

Sand im Getriebe 44

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html mail an die Redaktion: sig@attac.de

Die Karten werden neu gemischt



„Mit seinem deutlichen Nein zum Europäischen Verfassungsvertrag hat das rebellische Frankreich seiner Tradition als ‚politische Nation par excellence‘ am 29. Mai alle Ehre gemacht. **Es hat den alten Kontinent wachgerüttelt**, den Völkern neue Hoffnung gegeben und die Eliten verstört. Es knüpft an seinen ‚historischen Auftrag‘ an und beweist durch den Mut seiner Bürger, dass es sehr wohl möglich ist, sich angeblichen wirtschaftlichen und politischen **Sachzwängen** zu entziehen.“ Schreibt **Ignacio Ramonet** (LMD6/05) und betont die unvorhergesehene überaus starke Politisierung in Frankreich und die hervorragende Rolle, die Attac-F darin gespielt hat. Zum Verfassungsprozess veröffentlichen wir Hintergrundmaterial und die Auseinandersetzung zwischen **Habermas** u.a. und kritischen Intellektuellen einiger europäischer Länder.

In Frankreich und Holland die Ablehnung der Verfassung, in Deutschland die Neuwahlen, in Bolivien die militanten Massendemonstrationen zur Verstaatlichung der Ressourcen des Landes, im globalen Süden endlich das Organisieren einer (hoffentlich) dauerhaften Süd-Süd-Vernetzung, im Irak der andauernde Widerstand gegen die Besatzung des Landes – die alte Welt-Un-Ordnung verändert sich rapide, ohne dass die neuen Strukturen schon so recht klar sind. Dazu hat **Karl-Heinz Roth** auf dem Ratschlag in Mannheim den schwierigen Versuch gewagt, die Widersprüche in der Welt von heute mit weitem Zeithorizont und von einer globalen Perspektive aus zu verstehen. Nach Abwägung unterschiedlicher Szenarien kommt er zu dem Schluss: „**Gegenwärtig dominieren jedoch trotz dieser sich abzeichnenden Verwerfungen und Tendenzen zur Umformung der US-Weltherrschaft in eine multi- oder bipolare inner-imperialistische Konfliktdynamik die Strukturen und Institutionen eines durch die militärische Dominanz der USA gesicherten kollektiven Herrschaftsausgleichs, eines gegen den globalen Süden gerichteten „Ultra-Imperialismus“**“, wie ihn Karl Kautsky schon zwischen 1914 und 1917, mitten im ersten Weltkrieg, als mögliche Herrschaftsvariante des Weltsystems skizziert hatte.“

Was die neuen globalen Konstellationen für die **Strategie** der globalisierungskritischen Bewegungen bedeuten könnten, wurde in einem **Workshop des wissenschaftlichen Beirats** von Attac-D ausgelotet. Mehrere Beiträge forderten, den

Anspruch: „Eine andere Welt ist möglich“ **ernster** zu nehmen und über den Kapitalismus hinaus zu denken. **E. Altvater** betont „ die Notwendigkeit, das **Verhältnis von Netzwerken und Macht** genauer zu bestimmen als dies in aller Regel in der globalisierungskritischen Öffentlichkeit geschieht.“ **A. Pelazzari** (attac schweiz) warnt vor der **Machbarkeits-Falle** „Durch diese engere Anbindung an die parlamentarische Linke, inklusive Gewerkschaftsbürokratien und halbstaatliche entwicklungspolitische NGOs, droht sich jedoch das Versprechen einer „anderen möglichen Welt“ auf das „**möglich Machbare in dieser Welt**“ zu reduzieren, auf ein bestenfalls neo-keynesianisches Projekt, für dessen Umsetzung jedoch die ökonomischen und politischen Voraussetzungen längst abhanden gekommen sind“.

Derweil starten die Kriegstreiber Bush und Blair pünktlich zum G8-Treffen in Schottland wieder einmal eine Public Relation Aktion zum **Schuldenerlass** einiger weniger Länder Afrikas. Ein prominenter bürgerlicher Ökonom, **Kenneth Rogoff**, bezeichnet es als Gehirnwäsche, die uns glauben machen soll, dass „Schuldenerlass ein gewaltiger Schritt auf dem Weg sei, die Armut in der Welt zu beseitigen. Wenn man aber armen Ländern die Schulden erlässt, ohne einen besseren Rahmen für die zukünftige Hilfe zu vereinbaren, bleibt das nur eine leere Geste.“(FTD 16.6.05) **Philipp Hersel** betont, dass die Ausblutung des Süden weiter geht und **Mohssen Massarat** erinnert daran, dass es die **Strukturen** der Weltwirtschaft sind, die radikal umgestaltet, de-globalisiert werden müssen.

Inhalt

	Europa	
ATTAC Frankreich	DER SIEG EINES AUFRECHTEN UND INFORMIERTEN VOLKES	3
ATTAC Frankreich	Die 10 Forderungen von ATTAC-Frankreich an den Europäischen Rat für das Treffen am 16. und 17. Juni 2005	4
Jacques Nikonoff	Das geplante Ende der Europäischen Union	5
Thomas Coutrot	Attac : Welche neue Dynamik nach dem Referendum vom 29. Mai?	6
Attac Österreich	Attac fordert einen grundlegenden Wandel der EU-Politik und neuen Verfassungsprozess	8
ATTAC Deutschland	Attac Deutschland begrüßt französisches Nein zur EU-Verfassung / Neuverhandlung gefordert	8
Attac EU	Europäischer Aufruf Für Steuergerechtigkeit und globale Steuern	9
Habermas, Grass, Mies, Wecker, Callinicos, Bensaïd u.a.	„An unsere französischen Freunde“ Briefwechsel zur Abstimmung über den EU-Verfassungsvertrag	11
	Die Welt	
Karl Heinz Roth	Der Zustand der Welt und die Chancen einer erneuerten sozialistischen Alternative	13
Hermann Ploppa	Schuldenerlass für die USA?	22
Philipp Hersel	Der Süden blutet aus	22
	Strategiedebatte	
Bettina Lösch	Strategische Probleme und Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegungen Workshop des wissenschaftlichen Beirates von Attac Deutschland	23
Elmar Altvater	Strategische Dilemmata von attac	24
Alessandro Pelizzari	Bruchlinien zu den bestehenden Verhältnissen herausarbeitet - ein Schweizer Blick	26
Christa Wichterich	Agenda Following oder Agenda Setting?	28
Werner Rätz	Attac und andere globalisierungskritische Akteure im Strategieloch	291
Heide Gerstenberger	Vorschlag für eine längerfristig zu planende Kampagne: Globale Grundversorgung	30
Hans-Jürgen Urban	Modernisierungsbegleiter oder konstruktive Vetomacht? Zur Rolle der Gewerkschaften im flexiblen Kapitalismus	32
	Literatur	
Attac Schweiz	Nestlé. Anatomie eines Weltkonzerns	34
Mohssen Massarat	De-Globalisierung als Strategie für eine andere Welt Anmerkungen zum neuen Buch des Globalisierungskritikers Walden Bello	35
KoKreis Attac Deutschland	Zur Rolle von Attac im Bundestagswahlkampf 2005	36

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken cooridtrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen. -Die Redaktion dieser Nummer: Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis

Bezugsbedingungen:

– Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:.
1 Heft: 3 € 2 Hefte: 5 €
3 Hefte: 7 € ab 10 Hefte: 1,80 €pro Heft
Abonnement: 14 €für 6 Ausgaben.

– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto:
Förderverein für Attac in Hamburg e.V.,
Kontonummer: 211 000 000,
BLZ: 43 06 09 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

NON, c'est NON.

*Geschafft! Der unspektakuläre aber unermüdliche und an Argumenten reiche Einsatz vieler Menschen in Frankreich hat – trotz massiver Medienpropaganda - ein „deutlich mehrheitlich demokratisches und europäisches NEIN“ (Attac Fr) zum EU-Verfassungsvertrag bewirkt. Jetzt werden die Karten neu gemischt „Wir müssen jetzt unsere Fähigkeit unter Beweis stellen, einen Erfolg des „Nein“ in ein lebensfähiges Projekt umzuwandeln.“ meinte G.Massiah (SiG 43). In diesem Sinne veröffentlichen wir einige Dokumente zum Verfassungsprozess: eine Analyse von **Thomas Coutrot** (wissenschaftlicher Beirat von Attac Fr); die zehn „kurzfristigen Forderungen“ an den Europarat; den Aufruf zur Demonstration für Steuergerechtigkeit und gegen Steuerparadiese am 17. Juni in Brüssel. **Jacque Nikonoff** analysiert die sehr unterschiedlichen Interessen und Politiken von mindestens vier Ländergruppen innerhalb der EU und weist auf die Zerbrechlichkeit des EU-Einigungsprozesses hin. Wir dokumentieren schließlich den Briefwechsel europäischer Intellektueller zu diesem Thema.*

Einen herzlichen Dank an die vielen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen von cooridtrad@attac.org

DER SIEG EINES AUFRECHTEN UND INFORMIERTEN VOLKES Pressemitteilung des Büros von Attac Frankreich in Paris, 29 Mai, 22 Uhr

Laut vorläufigem Endergebnis hat das „Nein“ mit 55 % der Stimmen gegen 45 % „Ja“-Stimmen gesiegt.

Die Stimmenthaltung lag mit nur 30 % auf dem niedrigsten je bei einer europäischen Wählerbefragung erreichten Stand.

Das französische Volk hat zum Verfassungsvertrag Nein gesagt. **Ein deutlich mehrheitlich demokratisches und europäisches Nein.** Mit diesem Ergebnis haben die Bürger und Bürgerinnen zunächst einmal Nein zum Neoliberalismus gesagt, der im Text des Referendums wortgewandt verteidigt und veranschaulicht wurde. Dieses Nein ist gleichzeitig ein Ja zu einem unabhängigen, internationalistisch, sozial, ökologisch und feministisch ausgerichteten Europa; ein Ja zu einem solidarischen Europa: solidarisch mit der übrigen Welt, an erster Stelle mit dem Süden und mit den zukünftigen Generationen.

Es ist aber auch ein Ja zur Demokratie, die von der Staatspropaganda zusammen mit einem Medienkartell schamlos verhöhnt wurde. Gegenüber den „schwarzen Schafen“, die den Mut besaßen, die von den Parteien des „Ja“ mit aller Macht eingehämmerten Argumente nicht für bare Münze zu nehmen, haben fast alle Medienleute eine unerhörte Parteilichkeit und eine demütigende Arroganz an den Tag gelegt. Die Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrem Wahlzettel bewiesen, dass sie auf das Eintrichern von Meinungen allergisch reagieren. Wegen seiner Beispielhaftigkeit hat dieses Ereignis historische Bedeutung und große Auswirkungen auf das übrige Europa und die Welt.

Attac drückt seine Anerkennung aus gegenüber den Tausenden und Abertausenden von BürgerInnen, die sich voll und ganz für die Schlacht um die Volksabstimmung eingesetzt haben: die Mitglieder ihrer einzelnen Zusammenschlüsse, an erster Stelle die Ortsgruppen; die Mitglieder von Bürgerinitiativen für das NEIN; die Mitglieder der anderen politischen, gewerkschaftlichen und assoziativen Organisationen, die mit derselben Entschlossenheit mobilisiert haben, und auch die vereinzelt oder keiner Organisation angehörenden BürgerInnen, die auf nachbarschaftlicher Ebene besonders wirksam gearbeitet haben. Jeder hat auf seine Weise an einer gemeinsamen Dynamik mitgewirkt, um im eigenen Umfeld die Anliegen und den Inhalt des Vertrags zu erklären, und dadurch den Sieg des Nein zu gewährleisten. Dieser Sieg gehört niemandem: er ist der eines aufrechten und informierten Volkes.

Anlässlich der Feste zur Siegesfeier des Nein werden Bilanzen der Kampagne zu ziehen und Perspektiven zu erörtern sein.

Attac spricht allen Attac-Bewegungen in der Welt seinen tiefsten Dank aus, an erster Stelle denen in Europa, die in vielfältiger Gestalt eine unerschütterliche Solidarität für den Kampf unserer Vereinigung an den Tag gelegt haben.

Den Europäischen Freiwilligen für das französische Nein aus einem Dutzend Länder, die in ganz Frankreich an zahlreichen Treffen teilgenommen haben, gilt unsere besondere Anerkennung. Durch ihre solidarische Anwesenheit wurden die verleumderischen Unterstellungen der Parteien des Ja entkräftet und der Sinn des Engagements von Attac als echt bezeugt: nicht gegen Europa, sondern für ein anderes, gemeinsam aufzubauendes Europa. Damit ist ein weiterer Schritt zum Aufbau eines öffentlichen europäischen Raums gemacht worden. Im Rahmen der Aktivitäten der Europäischen Freiwilligen steht Attac Frankreich selbstverständlich den Attac-Vereinigungen der Länder zur Verfügung, in denen Volksabstimmungen organisiert werden, angefangen bei Luxemburg, Portugal und Dänemark, um sie in ihrem Kampf zu unterstützen.

Der Sieg des Nein stellt alle Beteiligten vor neue Verantwortlichkeiten: jedem in seiner je spezifischen Situation obliegt es nun, dem ungeheuren Elan der Bevölkerung gewachsen zu sein, zu dessen Entstehung er beigetragen hat.

Attac Frankreich wird sowohl innerhalb der eigenen Organisation als auch zusammen mit den Bürgerinitiativen, mit denen es in Verbindung steht, unverzüglich an der Entwicklung der Grundelemente einer europäischen Politik arbeiten, die den am 29. Mai ausgesprochenen Erwartungen entsprechen. Attac Frankreich wird auch den anderen Attac-Vereinen Europas das Abhalten eines **Konvents von Attac von Europa** Anfang Herbst vorschlagen. Dieser Konvent könnte eine gemeinsame europäische Plattform erarbeiten, die dann jeder Regierung vorzulegen ist. Das **Europäische Sozialforum 2006** in Athen wird aus diesem Grund für Attac, für die Sozialen Bewegungen und die europäischen Völker von besonderer Bedeutung sei.

Der neoliberale Geist des Vertrags macht nicht an den Grenzen der Europäischen Union Halt. Er wird auch auf einem noch höheren Niveau - und mit einer besonderen Heftigkeit - von den internationalen Organisationen getragen: den G-8, dem IWF, der Weltbank, der OECD und der WTO. Mit

diesem Referendum haben die Bürger einen entscheidenden Schritt gemacht: sie haben die Zusammenhänge zwischen der landesweit geführten und der europaweit beschlossenen Politik erkannt. Diese Einsicht muss sich auf die ganze Welt ausdehnen. **Zwei wichtige Termine** müssen daher Gegenstand einer schnellen und ausgreifenden Mobilisierung werden: die Zusammenkunft der **G-8 in Schottland im Juli**, und die der **WTO in Hongkong im Dezember**, wo zusätzlich die Liberalisierung der Landwirtschaft und der Dienstleistungen (GATS) auf der Tagesordnung steht. Attac wird den Bürgerinitiativen für das französische Nein vorschlagen, sich an diesen beiden großen Kämpfen zu beteiligen, sowie unter anderem an denen **für internationale Steuern, gegen die Steueroasen, gegen die GMO und für das Wasser**.

Noch vorher müssen wir die an eine Provokation grenzende Herausforderung aufgreifen, die Tony Blair mit dem ultraliberalen Arbeitsprogramm für den **britischen EU-Vorsitz** im zweiten Halbjahr an uns gerichtet hat. Wir müssen uns kraftvoll an der **Demonstration vom 16. und 17. Juni in Brüssel** anlässlich des letzten Europarats unter luxemburgischem Vorsitz beteiligen, den der geistige Sohn von Margaret Thatcher übernimmt. Er wird ein spürbares Zeichen dafür liefern müssen, dass er die Botschaft der Wähler verstanden hat.

Attac ruft alle Bürger, die geglaubt haben, mit einem JA zum Verfassungsvertrag gegen den Neoliberalismus ankämpfen zu können und für das soziale Europa einzutreten, dazu auf, sich mit uns im Kampf zu vereinen. Sie werden dabei auf der richtigen Seite stehen.

Attac ist eine auf Aktionen ausgerichtete Volkserziehungsbewegung und wird es bleiben. Für politische Neuzusammensetzungen ist Attac nicht zuständig. Attac wird hingegen insbesondere bei der Ausarbeitung von Alternativen zum Neoliberalismus auf französischer wie auf europäischer und auf internationaler Ebene seine Aufgabe wahrnehmen, Vorschläge zu unterbreiten und anzuspornen. Dieser neue Arbeitsbereich wird die Mitwirkung all seiner Zusammenschlüsse, all seiner Mitglieder und Lokalkomitees erfordern.

Attac ruft zur Organisation einer Rundreise durch die EU-Länder auf. Attac Frankreich wird in diesen Ländern das französische NEIN erläutern, auf europäischer Ebene zum Zusammenschluss beitragen und Alternativen ausarbeiten. Attac Frankreich ruft alle anderen Organisationen auf, den gleichen Weg zu gehen.

<http://www.attac.fr/a5116>

Übersetzung : ehrenamtliche Übersetzer coorditrad@attac.org, Angelika Gross, Michèle Mialane u.a.

Die 10 Forderungen von ATTAC-Frankreich an den Europäischen Rat

für das Treffen am 16. und 17. Juni 2005

Der Sieg des "NEIN" beim Referendum vom 29. Mai ist Ausdruck des Willens der französischen Bürger, den Aufbau Europas auf eine **völlig anderen Grundlage** zu stellen. Die Repräsentanten Frankreichs - Staatschef, Premierminister, Regierung - haben die Souveränität des Volkes zu respektieren. Die Repräsentanten der anderen Länder der Europäischen Union haben ihrerseits den Auftrag der der französischen Regierung gegeben worden ist, zu berücksichtigen.

Dazu haben sie Gelegenheit beim Treffen des Europäischen Rates, das am 16. und 17. Juni in Brüssel stattfinden wird. Dieses Treffen sollte deutlich zu erkennen geben, dass **die Botschaft des französischen Volkes** gehört worden ist.

Aus diesem Grund hat Attac-Frankreich vorgeschlagen, eine Delegation zu entsenden, zu der VertreterInnen der wichtigsten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gehören sollten, die im Namen eines sozialen, internationalistischen, solidarischen, feministischen, ökologischen und demokratischen Europas zur Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags aufgerufen haben.

Diese **Delegation** könnte sich am späteren Vormittag des 16. Juni nach Brüssel begeben und dort verlangen, vom Rat empfangen zu werden, um die beim Referendum zum Ausdruck gebrachten Forderungen darzulegen. An Ort und Stelle ließe sich um 12,00 h auch eine Pressekonferenz abhalten.

Darüber hinaus hat Attac-Frankreich verlangt, gemeinsam mit jenen Organisationen, die dies wünschen, vom neuen Premierminister, M. de Villepin, zur **Vorbereitung** dieses Rates empfangen zu werden.

Ohne notwendige Neuverhandlungen abwarten zu wollen, schlägt Attac-Frankreich zehn Sofortmaßnahmen vor, die vom Willen des Europäischen Rates zeugen würden, die europäische Konstruktion mit den von den Bevölkerungen Europas zum Ausdruck gebrachten Erwartungen in Übereinstimmung zu bringen,.

1. Auftrag des Rates an die Kommission, alle derzeit vorbereiteten europäischen **Direktiven** zur Liberalisierung zurückzuziehen (insbesondere die Bolkestein -Direktive , jene über die Arbeitszeit, über öffentliche Zuwendungen für Unternehmen, über den Schienenverkehr..).

2. Eine dringliche Zusammenkunft der Euro-Gruppe, um eine wesentliche Veränderung der **Geldpolitik** durch Zinssenkungen und das Bemühen um Wechselkursparität zwischen Dollar und Euro zugunsten des letzteren zu verlangen.

3. Schritte für eine neuerliche Flexibilisierung des **Stabilitätspaktes** unternehmen.

4. Substantielle Erhöhung der europäischen Budgets und der **Sturkturfonds** für die neuen Mitgliedsländer, als einziges Mittel, ihre Entwicklung zu fördern statt Sozialdumping , Steuersenkungswetlauf und Verlagerungen zu dulden.

5. Maßnahmen zur Neubelebung der europäischen Wirtschaft, auch durch Darlehen, auf der Grundlage der Investitionen in öffentliche **Infrastrukturen** zur Verbesserung der Umwelt, des Eisenbahnverkehrs, der Bildung, der Gesundheit. u.a.m., und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

6. Erhöhung des öffentlichen Beitrags zur **Entwicklungshilfe** auf 0,7% des BIP der Mitgliedsländer der Union, sowie ein stärkeres Engagement für die Millenniums-Ziele und Annullierung der **Schulden** der armen Länder.

7. Moratorium bei den Verhandlungen zum Allgemeinen Abkommen über Handel und Dienstleistungen (**GATS**).

8. Einsetzung von ad hoc - Gruppen mit dem Ziel, Vorkehrungen zu treffen, um den Steuerparadiesen ein Ende zu setzen und die Einführung **globaler Steuern** vorzubereiten.

9. Sofortiger Rückzug der Truppen aller Mitgliedsländer der Union aus dem **Irak**.

10. Vollständige Neufassung der **Lissabon-Agenda** (Europäischer Rat vom 23. und 24. März 2000) und der **Sozial-Agenda 2005-2010**. (1)

Anmerkung: Der Text der Lissabon-Agenda ist unter <http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/BeschluesseDe.pdf> nachzulesen

Jacques Nikonoff

Das geplante Ende der Europäischen Union

LE MONDE | 23.05.05

Wäre es nicht möglich, sich einmal von einer höheren Warte aus zu überlegen, was in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren aus der Europäischen Union geworden sein könnte? Ähnlich den Kontinentalverschiebungen gibt es auch eine europäische tektonische Verschiebung, die schon sichtbar ist: eine seit zwanzig Jahren anhaltend bei 10% liegende Arbeitslosigkeit; ein systematischer Abbau der öffentlichen Dienste; die Zunahme der Ungleichheiten; der Anstieg von Stimmhaltungen und von populistischen oder rechtsextremen Parteien.

Die Umsetzung der Europäischen Verfassung wird dieses schleichende Siechtum noch beschleunigen. Wie sollte es auch anders kommen? Eigentlich greift diese Verfassung nur die früheren Abkommen wieder auf, auf die sich die zu diesem Desaster führende europäische Politik gestützt hat. Eine solche, derart um ihren Willen und um ihre Symbole von Stärke gebrachte Union wird die Völker noch mehr gegeneinander aufbringen. Heute gibt es kein politisches Europa, und mit der vorgeschlagenen Verfassung wird es auch morgen keines geben.

Während Politik ein kollektives Vorhaben ist, das der Geschichte einen Sinn verleiht, organisiert die Verfassung die Unterwerfung unter die unpersönlichen Kräfte des Marktes. Von Europas Völkern werden keine emotionale Hinwendung zu Europa und keine Übernahme von Verantwortung erwartet. In 15 Staaten von 25 wird sogar den Bürgern eine Abstimmung über die Verfassung – das höchste Grundgesetz - vorenthalten. Dieses politische Vorhaben kann die EU unter den jetzigen Bedingungen nicht umsetzen. Besser wäre es, sich dies einzugestehen, anstatt schwerwiegende Enttäuschungen hervorzurufen, die sich ja bereits gegen ihre Urheber und die Union selbst wenden.

Das Europa zu 25 besteht aus vier Ländergruppen mit weit auseinanderdriftenden politischen und strategischen Interessen.

Zum einen: Großbritannien. Es ist vor allem atlantisch gesinnt. Zur Übersee hin ausgerichtet ist es von der Sprache, der Geschichte, der Kultur, dem Herz und dem Geist her amerikanisch. Wir alle mögen Großbritannien. Aber es spielt in der EU auf Distanz, nimmt am Euro nicht teil und blockiert alle - bescheidenen - Versuche einer steuerlichen und sozialen Harmonisierung.

Der Krieg der USA gegen den Irak war die Probe, bei der die Union ihr Selbstverständnis und ihre Stärke hätte unter Beweis stellen können: Die Gelegenheit bot sich an, Kohärenz in ihrer politischen Ausrichtung zu zeigen, an ihre Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten zu erinnern, sich für den Frieden einzusetzen, eine ausschlaggebende Rolle auf der internationalen Szene zu spielen. Auf britische Initiative hin kam es zu politischer Ohnmacht, zu Spaltung, Angleichung an George W. Bush, zum Krieg, zur Leere auf internationaler Ebene.

Die zweite Ländergruppe besteht aus den drei früheren faschistischen Diktaturen (Spanien, Portugal und Griechenland). Sie verdanken der Union enorm viel, haben viel erhalten, und die EU hat stark dazu beigetragen, diese Länder wieder in der Demokratie zu verankern. Ständig am Tropf europäischer Hilfsfonds billigen sie jede zu verabschiedende Direktive, leben sie ja doch in der anhaltenden Angst um ihre Finanzierung. Sie befinden sich schon jetzt in Konkurrenz mit

den neuen Mitgliedsländern, die ihrerseits ebenfalls - berechtigterweise - Entwicklungsfonds beantragen wollen. Ihr Einsatz für den Aufbau Europas ist im Augenblick schwach ausgeprägt.

Bei der Irakkrise haben sie sich der Furcht der Vereinigten Staaten unterstellt (Griechenland hat keine Truppen entsandt). Sie begreifen die EU als einen für ihren eigenen Entwicklungsbedarf nützlichen Bankschalter und nicht als eine Schicksalsgemeinschaft und als eine Verbindung der Union zu den Ländern am das Mittelmeer.

Dritte Gruppe: die neuen Mitgliedsländer, insbesondere die Länder des früheren Warschauer Pakts. Deren notwendiger Bruch mit der UDSSR musste eindeutig sein: es galt, 60 Jahre Kasernensozialismus zu überwinden. Spontan haben sie sich jedoch nicht die Europäische Union erwählt, sondern haben sich Amerika zugewandt.

Jenes hat ihnen seinen Militärschutz angeboten: sie sind der NATO beigetreten, bevor sie der EU beigetreten sind. Es hat ihnen den freien Markt versprochen: sie haben eine ultraliberale „Schocktherapie“ angewandt. Der Irakkrieg bot ihnen eine Gelegenheit, sich mit Nachdruck für Europa auszusprechen: sie haben das falsche Lager gewählt. Wo ist da die politische Perspektive?

Bleibt die deutsch-französische Partnerschaft und die Benelux-Länder. Hier befindet sich der Motor der Union, der in diesem Schlamassel bereits absäuft. Nun sieht es so aus, als würde dieses institutionelle Monster von einer Verfassung, die uns in Aussicht gestellt wird, auch die deutsch-französische Dynamik ersticken.

Nur so ist der beträchtliche Rückschritt der Verfassung gegenüber dem Abkommen von Nizza bezüglich der Zusammensetzung der Kommission nach 2014 zu verstehen. In der so genannten „reduzierten“ Kommission werden Paris und Berlin für einen Zeitabschnitt von 5 Jahren innerhalb von 15 Jahren kein stimmberechtigtes Kommissionsmitglied sein!

Ein nach Stärke strebendes politisches Vorhaben braucht entsprechende Befugnisse. Die EU hat keine. Bei der Währungspolitik bleibt die Europäische Zentralbank sich selbst überlassen, außer Reichweite von jeglichem noch so geringen politischen Anstoß. Der Haushaltspolitik werden durch das Maastricht-Abkommen Hemmnisse auf den Weg gelegt, während die EU jede Aufnahme von Darlehen ablehnt - wobei ihr lächerlich niedriges Budget ihr jeden bedeutenden Eingriff verbietet.

Auf steuerlicher und sozialer Ebene bringt die Einstimmigkeitsregel im Rat die Union um jeden Handlungsspielraum. Was die Außen- und Verteidigungspolitik angeht, regelt Artikel I-41.7 das Problem: *„Die Verpflichtungen und die Zusammenarbeit in diesem Bereich bleiben im Einklang mit den im Rahmen der Nordatlantikvertrags-Organisation eingegangenen Verpflichtungen [...]“*. Daher sagt Herr Bush laut dem Botschafter der Vereinigten Staaten bei der Union „Ja“ zur Verfassung, „weil sie die Frage der Außenpolitik regelt.“

Was bleibt? Nichts. Die Union ist gefesselt und geknebelt. Wenn am 29. Mai die Ja-Stimmen überwiegen, wird die EU noch weiter in eine Krise von schier unvorstellbarem Ausmaß geraten. (...)

Welche neue Dynamik nach dem Referendum vom 29. Mai?

Die Referendumskampagne zum europäischen „Verfassungsvertrag“ hat sowohl die Bedeutung der Themen der Globalisierungskritiker als auch die Vitalität von Attac bewiesen. In den letzten drei Monaten gab es einen Grad an Mobilisierung und Politisierung, den es so in Frankreich schon lange nicht mehr gegeben hat und der letztlich zum überwältigenden „Nein“ bei der Abstimmung geführt hat.

Im Gegensatz zur Abstimmung über den Vertrag von Maastricht spielten die souveränistischen und fremdenfeindlichen Thesen keine große Rolle, verglichen mit der Forderung nach einem anderen Europa, nach einem sozialen, ökologischen Europa, das seine Bürger schützen und gleichzeitig solidarisch und weltoffen sein soll. Die Frage des Beitritts der Türkei konnte zwar zu Beginn die Debatte bestimmen, doch mit der Zeit wurden die Verteidigung der öffentlichen Dienste und der sozialen Sicherungssysteme, die Ablehnung der Herrschaft durch die Finanzmärkte und der Bestrebungen, die Welt als Ware zu behandeln, also **die Hauptthemen der Globalisierungskritiker immer zentraler**.

Es ging sogar so weit, dass die Befürworter des Verfassungstextes innerhalb der Linken zugeben mussten, dass die Debatte Befürworter eines neoliberalen und die eines sozialen Europa gegenüberstellte.

Attac Frankreich hat eine entscheidende Rolle bei der Themensetzung der Kampagne gespielt. Es sollte aber trotzdem berücksichtigt werden, dass Attac dabei bei weitem nicht alleine war: Alle Parteien und Strömungen der Linken, die für ein „Nein“ waren und vor allem die Hunderten von lokalen **Bürgerinitiativen**, die auf Initiative des „Appells der 200“ der „Fondation Copernic“ zustande kamen, haben zu dieser Ausrichtung der Debatte beigetragen.

Zweifellos jedoch haben die Ortsgruppen von Attac mit ihrer Erfahrung und mit ihrer Verwurzelung, deren Vernetzungen in den letzten Jahren mit den sozialen Bewegungen und der Bewegungen für eine andere Welt Attac zur „Speerspitze des linken Neins“ (Le Monde 02/05/05) gemacht.

Wie soll sich Attac jetzt positionieren, wo die neue politische Situation ganz offensichtlich auch eine neue Verantwortung zuweist?

Um diese Frage zu beantworten sollten wir uns noch einmal bewusst machen, welchen Platz die globalisierungskritische Bewegung in Europa einnimmt und welche Rolle Attac darin spielt. Es gibt darüber innerhalb von Attac keinen Konsens aber eine Klärung wird sich in den nächsten Monaten als sehr wichtig erweisen.

Die Entwicklung der globalisierungskritische Bewegung: Ein Strohfeuer?

Nachdem sich die globalisierungskritische Bewegung in den Jahren 1998 bis 2001 sehr schnell entwickelte, vor allem nach den Gipfeln von Seattle und Genua und den ersten Weltsozialforen von Porto Alegre, scheint sie –wie auch attac – auf der Stelle zu treten.

In Europa hat sich die neoliberale Politik verschärft und das trotz der starken Mobilisierung sozialer Bewegungen in Frankreich, Italien und Deutschland.

Die Antikriegsbewegung, die auf Initiative des Europäischen Sozialforums von Florenz am 15. März 2003 Millionen von Menschen zur größten Antikriegsdemonstration der

Weltgeschichte mobilisiert hat, hat trotzdem den Irakkrieg und die Wiederwahl von Bush nicht verhindern können.

Das Durchsetzen sicherheitsstaatlicher und militaristischer Politik nach den Anschlägen des 11. Septembers hat einen beispiellosen Angriff auf die Grundrechte in Gang gesetzt (Patriot Act in den USA, Antiterrorgesetze in Europa). Die herrschenden Klassen instrumentalisieren die Angst, um vom Legitimitätsverlust der neoliberalen Politik abzulenken, die zu mehr Armut und Ungleichheit führt.

Die Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegung (und vor allem der Beginn einer Zusammenarbeit zwischen sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften) wurde in den USA durch den Antiterrorkonsens stark behindert, was nicht ohne Auswirkungen auf die weltweite Entwicklung blieb.

In Brasilien hat die sozial-liberale Politik der Regierung Lula, an der auch die Linke PT beteiligt ist, die Glaubwürdigkeit alternativer Politik zum Neoliberalismus beschädigt, da die brasilianische Linke sehr stark an der Gründung des WSF beteiligt war.

Es wäre jetzt aber zu früh zu sagen, die globalisierungskritische Bewegung hätte sich erschöpft. Jenseits der Schwierigkeiten, die sie bei der Einflussnahme auf die Politik hat, wird diese Bewegung immer breiter und immer tiefer verwurzelt. Ausgehend von ihren Gründungsbewegungen (NGOs mit Schwerpunkt internationale Solidarität, Menschenrechte, die Bauernbewegung von Via Campesina, usw.) zieht sie immer neue Bewegungen an (Feministinnen, ethnische Minderheiten, Armenbewegungen...) und kann nicht länger von den großen Gewerkschaften ignoriert werden. Diese (wie der europäische Gewerkschaftsdachverband CES) müssen nun besonders für transnationale Mobilisierungen mit Globalisierungskritikern zusammenarbeiten. Parallel dazu breitet sich die Bewegung auch geographisch aus, was sich am Erfolg des Forums von Mumbai und der vorrausichtlichen Entwicklung in Afrika zeigt.

Die Hypothese einer strategischen Rolle der Globalisierungskritiker könnte eine langfristige Orientierung für Attac bieten. Gemäss dieser Hypothese – die innerhalb von Attac allerdings nicht unwidersprochen bleibt – wäre die gegenwärtige globalisierungskritische Bewegung die Vorläufer einer großen weltweiten internationalistischen Emanzipationsbewegung, die in der Lage wäre, die Arbeiterbewegung zu integrieren, die durch Arbeitslosigkeit und Prekarität geschwächt ist, auch nicht fähig ist, den nationalen Rahmen wirklich zu überschreiten und dessen Führer zu einem großen Teil von den neoliberalen Eliten kooptiert wurden.

Die globalisierungskritische Bewegung ist, im Gegensatz zur Arbeiterbewegung, nicht auf einem Klassengegensatz begründet. Sie will die gemeinsamen Interessen der gesamten Menschheit gegen die Raubzüge des Kapitals und der Technowissenschaft wahrnehmen. Sie ist in Kämpfen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene verwurzelt, verfügt aber über eine globale Vision und Struktur: Es geht darum „lokal zu handeln und global zu denken“, so diese berühmte Formel. Sie könnte neben dem bestehenden neoliberalen einen neuen alternativen und sozialen historischen Block hervorbringen, wo sich die prekarisierten unteren Schichten die mittleren Arbeitnehmerschichten und deren Organisationen, die Frauen-, Bauern- und Umweltbewegungen, die Initiativen für einen fairen Handel usw. zusammenschließen könnten.

Für einen konstitutiven Prozess in Europa

In Europa könnte die Niederlage der Europäischen Verfassung und die nunmehr offene Krise des Aufbaus Europas das **Europäische Sozialforum** zu einem neuen Aufschwung und einer neuen Rolle verhelfen. Dieser ist heute ein Ort der Begegnung und des Austausches für alle sozialen Bewegungen des Kontinents, inklusive der Gewerkschaften, die nach Alternativen zur Vorherrschaft der Kriegs- und Finanzlogik suchen. Er stellt einen Vorposten der europäischen Zivilgesellschaft, die sich unabhängig von wirtschaftlichen und staatlichen Machtstrukturen organisiert.

Während der unter Führung von Giscard d'Estaing gestellte Konvent - ein undurchsichtiges und bunt zusammengesetztes, unter Kontrolle der neoliberalen Kräfte stehendes Konglomerat - beim Versuch gescheitert ist, eine konstitutive Prozedur mit einem minimalen Anschein von Legitimität vorzutauschen, könnte sich das ESF zwar nicht als Europäische Verfassungsgebende Versammlung aufspielen - dazu fehlt ihm offensichtlich die einzig und allein von der allgemeinen Wahl ausgehende Legitimität - aber doch sich zumindest als permanentes Forum mit dem Ziel der Initiierung eines konstitutiven, von den Überlegungen und alternativen Vorschlägen aus allen Sozial- und Bürgerbewegungen in allen europäischen Ländern genährten Prozesses einrichten.

Es könnte, wie René Passet es vorgeschlagen hatte, in Frankreich und Europa die Abfassung von „cahiers de doléances“ (Klageheften) und die Abhaltung von Generalversammlungen organisieren, bei denen die Grundzüge einer alternativen Politik zum Neoliberalismus erarbeitet würden.

Nur ein massives Eingreifen der Bürger und deren direkte Beteiligung an der Ausarbeitung von alternativen Richtlinien können den Aufbau Europas auf neue Bahnen bringen und zum neuen Aufschwung verhelfen. Die Zeit ist vorbei, in der undurchschaubare zwischenstaatliche, in Brüsseler Korridoren von Unternehmer- bzw. gewerkschaftlichen Lobbys vorangetriebenen Verfügungen ausgehandelt und dann den Bürgern als „einzige Lösung für das Europa von morgen“ verkauft wurden.

Natürlich wird ein derartiger konstitutiver Prozess erst nach grundlegenden politischen Veränderungen in den wichtigsten Ländern der Europäischen Union Erfolg haben. Jene würden dann die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung Europas auf die Tagesordnung setzen, und dies kann keine kurzfristige Perspektive sein. Dafür müssen mehrheitsfähige politische Koalitionen entstehen, die auf den sozialen und ökologischen Bestrebungen der Bevölkerung basieren und die die Zwangsjacke der von Kapital- und Finanzwelt aufgezwungenen neoliberalen Politik zurückweisen. Aber diese Koalitionen werden erst dann glaubwürdig erscheinen, wenn sie in mehreren wichtigen Ländern gleichzeitig entstehen und sich koordinieren, um gemeinsam ein einheitliches Konzept zum Aufbau Europas vorzustellen. Das ESF könnte einen guten Nährboden zur Ausarbeitung solcher Alternativen auf Grund der Erfahrungen und Forderungen sämtlicher europäischer Sozialbewegungen liefern. Das würde eine neue Form der Verbindung zwischen Politik und Soziales voraussetzen - weder Unterwerfung, noch Gleichgültigkeit, stattdessen Austausch und flexible Koordination.

Welche Rolle für Attac nach dem 29. Mai?

Die Entscheidungen, die Attac Frankreich in dieser neuen Situation treffen wird, werden für die spätere Entwicklung von großer Bedeutung sein. Zunächst weil Attac Frankreich ein Laboratorium von Ideen und ein Koordinationsinstrument ist, das

seinesgleichen sucht, aber auch weil die sozialen Bewegungen Attac brauchen. Dann wegen des europaweit strukturierten Netzwerkes Attac, das in der oben skizzierten Situation von großer Bedeutung sein wird.

Dabei gibt es innerhalb von Attac zwei unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle dieses Verbandes.

Für die gegenwärtige Führung ist Attac vor allem eine Organisation, die man weiter aufbauen und die sich als solche behaupten sollte. Attac sollte wegen seiner Repräsentativität und wegen seiner weiten Perspektiven innerhalb der sozialen Bewegungen die Hegemonie anstreben, und sich davor hüten, in undeutlich definierte Gruppierungen aufzugehen. Attac sollte seine eigene Herangehensweise und seine eigenen Themen unermüdlich weiter entwickeln, mit dem obersten wenn nicht gar einzigen Ziel, neue Mitglieder zu gewinnen. Der Verband definiert sich weder als rechts noch links, in der Hoffnung so auch bis ins rechte Wahlspektrum hinein an Einfluss zu gewinnen. Er sollte eine Lobby bilden, die durch die Mittel der Volksaufklärung und der Bewusstseins-Schärfung der Wähler die Linke zum Bruch mit dem Neoliberalismus bewegen würde. Attac sollte sich also um so mehr von der extremen Linke abgrenzen, als seine Positionen denen so nah sind; Attac sollte sich von allen Sammlungsbestrebungen bzw. Neugruppierungen am linken Rand der Linke fernhalten und stattdessen auf die linken Regierungsparteien Einfluss nehmen, ohne jene zu destabilisieren.

Eine andere Vorstellung wurde in einem Text verteidigt, der im Dezember 2004 von Mitgliedern des wissenschaftlichen Rates von Attac unterzeichnet wurde („Beginn einer neuen Etappe: Attac innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung“, <http://www.france.attac.org/a3731>, s. SiG Nr. 42).

Nach dieser Vorstellung ist Attac **mehr ein Werkzeug** im Dienste der Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegung **als ein Selbstzweck**. Die Identität von Attac wäre demnach nicht, als oberstes Ziel ihren eigenen Aufbau zu betreiben, sondern seine Fähigkeit, die Überlegungen und Vorschläge der Globalisierungskritiker voran zu treiben sowie deren Kohärenz und Stichhaltigkeit zu belegen.

Einzigartig durch seine Fähigkeit, Aktivisten und Bürger aus allen verschiedenen Richtungen der linken Parteien, Verbände und Gewerkschaften innerhalb der Gründerkollegs sowie der Ortsgruppen zusammenzubringen, dürfte Attac kein neuer weiterer Verein sein, sondern sich als ein Katalysator und Förderer im Dienste einer kollektiven Dynamik der sozialen Bewegungen stellen.

Der Verband sollte seine Aktionen nicht selber beschneiden, indem sie an den Interessen oder dem Einfluss gewisser Strömungen innerhalb der Linken oder der Gewerkschaften angepasst werden, sondern permanent nach Aktionsformen und Zusammenschlüssen suchen, die es den sozialen Bewegungen ermöglichen, voran zu schreiten und in der Durchsetzung ihrer eigenen Ziele voranzukommen - Demokratie, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, internationale Solidarität, Umweltschutz...

Diese Debatte wird an der Kampagne über den Verfassungsvertrag besonders deutlich. Die Führung von Attac hat zunächst gezögert, sich dem breiten Bündnis im Sinne des „Appell der 200“ anzuschließen. Sie hat vor allem versucht, eine eigene Attac-Kampagne auf die Beine zu stellen, musste aber bald einsehen, dass die Ortsgruppen bereits sehr aktiv in den gemeinsamen Bündnissen mit anderen zusammenarbeiteten. Jetzt wo die Referendumskampagne beendet ist, ist die Versuchung stark, diese Bürgerinitiativen aufzulösen, die „ihre Aufgabe erfüllt“ haben sollen. Sie werden nämlich sehr misstrauisch beäugt, gelten sie doch entweder als sehr leicht zu manipulieren

und/oder als unkontrollierbar, vor allem aber als potentiell gefährliche Konkurrenten.

Für andere hingegen innerhalb von Attac bilden diese Bürgerinitiativen einen möglichen und vielleicht unersetzlichen Rahmen zur Fortsetzung der Dynamik der Referendums-Kampagne und Einleitung eines Mobilisierungsprozesses von unten zur Erarbeitung von Alternativen. Die Auflösung dieser Gruppen bzw. die Aufforderung, sich Attac anzuschließen wäre ein großer politischer Fehler und ein Ausdruck von Sektierertum und Hegemoniestreben.

Diese Bürgerinitiativen haben in der Kampagne bewiesen, dass sie ausgehend von den alltäglichen Problemen der breiten

Volksmassen eine mehrheitsfähige Bewegung aufbauen können. Natürlich sollte vermieden werden, dass sie im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2007 manipuliert und gesteuert werden, also in den Dienst einer Präsidentschaftskandidatur aufgehen, die sich als „echte Linke“, „100% Links“ oder als „Antiliberaler Linke“ gibt. Aber indem Attac ihnen weitere Ziele vorschlägt, dank seiner Erfahrungen ihre Fähigkeit zur Ausarbeitung von Analysen und Vorschlägen erhöht und zur internationalen Vernetzung zwischen den Mobilisierungen für ein anderes Europa beiträgt, wird Attac wirklich seine Rolle als Forschungsinstrument und Ideenliste spielen können. Eine unersetzliche und strategische Rolle in einer Zeit voller Verheißungen, die sich mit dem 29. Mai 2005 eröffnet hat.

2.6.05

Attac Österreich: Frankreich sagt "Non" zur EU-Verfassung Attac fordert einen grundlegenden Wandel der EU-Politik und einen neuen Verfassungsprozess

(...) Das Attac Netzwerk sieht sich mit dem Ausgang des Referendums in seiner Arbeit voll bestätigt und Attac Frankreich sieht in diesem Nein der fortschrittlichen Kräfte gleichzeitig „ein „Ja“ zu einem unabhängigen Europa, zu einem sozialem, ökologischen und feministischen Internationalismus; ein „Ja“ zu einem solidarischen Europa: **solidarisch mit dem Rest der Welt in erster Linie mit dem Süden und mit den kommenden Generationen**“.

Als nächster Schritt muss der Ratifizierungsprozess gestoppt und der Verfassungsvertrag neu verhandelt werden. Dabei sollten die Werte und Ziele erweitert,

die Gültigkeit der Grundrechtscharta verbessert und soziale Grundstandards festgelegt werden. Die Wirtschaftspolitik darf nicht auf einseitige Weise fest geschrieben werden, sondern muss für zukünftige Entwicklungen offen sein. Die Steuerpolitik soll harmonisiert werden können, um ein Dumping zu verhindern und dem Bekenntnis zur aktiven Beschäftigungspolitik müssen endlich Taten folgen. Kultur, Bildung und Gesundheit dürfen weder durch Liberalisierung der öffentlichen Dienste noch durch die Handelspolitik der Union zu Waren gemacht werden. Die Währungspolitik der EU darf nicht nur der Preisstabilität verpflichtet

werden und die Union soll Kapitalbewegungen kontrollieren können. Außerdem fordert Attac ein wirksames Initiativrecht der BürgerInnen in der EU-Politik statt der von diesem Vertrag vorgesehenen Minimalvariante, die die Kommission zu nichts verpflichtet.

„Wenn selbst der Motor der europäischen Integration, Frankreich, mit „Nein“ stimmt, kann man auch in Österreich Verfassungskritiker nicht länger mit ignoranten EU-Kritikern gleichsetzen“, fordert Brunnhofer zuletzt für die Debatte hierzulande.

Attac Deutschland begrüßt französisches Nein zur EU-Verfassung / Neuverhandlung gefordert

Frankfurt 29.05.2005 **Mit großer Freude** hat Attac Deutschland den Ausgang des französischen Referendums über die EU-Verfassung aufgenommen.

„Das französische Nein ist eine klare Botschaft: Die Menschen wollen ein sozialeres Europa und ein Ende der neoliberalen Politik“, sagte Heike Hänsel, Sprecherin der bundesweiten Attac EU-AG. „Wir gratulieren unseren französischen Freunden und dem progressiven NON-Bündnis!“ Jetzt müsse es zu einer Neuausrichtung des europäischen Integrationsprozesses unter breiter Bürgerbeteiligung kommen. In der EU sei bereits zu lange über die Köpfe der

betroffenen Menschen hinweg entschieden worden. „Jetzt ist es Zeit für mehr Demokratie.“

„Wir fordern, soziale Rechte rechtsverbindlich zu verankern, dem Europäischen Parlament ein Initiativrecht einzuräumen und die Militarisierung zu stoppen“, sagte Stephan Lindner, EU-Experte im bundesweiten Koordinierungskreis. Bei der Neuverhandlung dürfe es keine Tabus geben. Auch über Alternativen zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, eine soziale und ökologische Ausgestaltung des Binnenmarktes und die Aufgaben der Europäischen Zentralbank müsse jetzt neu nachgedacht

werden.

Attac bekräftigt die Ablehnung der EU-Verfassung und fordert die Einstellung des Ratifizierungsprozesses. „Sollten die Abstimmungen in den anderen Ländern weitergehen, werden wir auch dort die 'Nein-Kampagnen' unterstützen, die für ein soziales, demokratisches, friedliches und ökologisches Europa eintreten“, sagte Gerold Schwarz, Koordinator der Kampagne „Les faces du Non“, in deren Rahmen zahlreiche Attac-AktivistInnen aus Deutschland im Nachbarland aktiv wurden. http://www.attac.de/presse/presse_ausgabe.php?id=456

Tips:

-Texte: Sand im Getriebe <http://www.attac.de/rundbriefe/index.php>

Campagne pour la victoire du NON <http://www.france.attac.org/r613>

«Schwarze Schafe der ganzen Wiese, vereinigt euch» (Anspielung auf eine Rede von Chirac, in dem er für Frankreich eine bedrohliche Zukunft als «mouton noir = schwarzes Schaf» ankündigte, falls es eine Mehrheit für das „Non“ gäbe. Für einige lustige Momente:

« Mouton noir » <http://www.france.attac.org/a5036>

- Bilder, Lied und mehr über die französische Kampagne: www.SteinbergRecherche.com

Europäischer Aufruf Für Steuergerechtigkeit und globale Steuern Gegen Steuer- und Rechtsparadiese

Versammlung auf dem Place du Luxembourg in Brüssel Freitag, 17. Juni 2005 um 10.30 Uhr

Die Deregulierungsprozesse in der Finanzwelt und der freie Kapitalverkehr, die vor über 20 Jahren in Gang gesetzt wurden, haben zu einer noch nie da gewesenen Entwicklung in der Finanzwelt geführt.¹

Damit einher gehen Finanz- und Währungskrisen. Die Bewegungen auf dem spekulativen Kapitalmarkt, die fehlende Stabilität der Währungen und die Kapitalflucht haben zahlreiche Volkswirtschaften weltweit destabilisiert. Hieraus wurden unzählige Fragen zu den Risiken für das weltweite Finanzsystem aufgeworfen, die damit einhergehen. Auch haben sich daraus erhebliche Auswirkungen für die Bevölkerungen ergeben, die Probleme mit der Rückzahlung ihrer Schulden haben. IWF und Weltbank haben ihnen außerdem Haushaltskürzungen auferlegt und sie zu Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen gezwungen. Bis heute konnte keine kohärente Politik zur Reduzierung der Armut im Rahmen einer neoliberalen Weltwirtschaft etabliert werden. Das Scheitern der geplanten Millenniumsziele für 2015 (also die Armut um die Hälfte zu reduzieren) musste eingestanden werden.

1. Wir müssen globale Steuern erheben

Ein Vorschlag, der von den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen erarbeitet wurde, nämlich die Entwicklung zum Teil durch eine Besteuerung der Devisengeschäfte zu finanzieren (die so genannte **Tobin-Spahn-Steuer**), wurde kürzlich von den französischen und belgischen Parlamenten angenommen. Diese Initiative muss schnell von jedem der andern europäischen Staaten unterstützt werden, damit sie wirksam werden kann. Diese globale Steuer würde die Devisenspekulation bremsen und wäre nicht nur ein Instrument finanzieller Stabilität sondern auch ein Instrument der Umverteilung zugunsten der Entwicklungsländer.

Gleichzeitig hat sich der Steuerwettbewerb zwischen den Staaten verstärkt, insbesondere in bezug auf die Unternehmenssteuern und die Einkommenssteuern. Diese Konkurrenz "hin zu den niedrigsten Steuern" führt zu einer Abwanderung von Betrieben und entzieht den Staaten notwendige Einnahmen, die sie für die Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen, für die soziale Sicherung oder für die Rückzahlung ihrer Schulden benötigen. Das Fehlen wirksamer fiskalpolitischer Instrumente der Umverteilung in den Entwicklungsländern hat diese angreifbar gemacht für Erpressung oder Nötigung von Seiten ausländischer Investoren und transnationaler Unternehmen.

Auch Europa ist von diesem Wettbewerb nicht ausgenommen, das durch seine Erweiterung auf 25 Mitgliedsstaaten in einen einheitlichen Markt Tür und Tor öffnet für Sozial- und Steuerdumping und sich immer weiter von einem Integrationsmodell entfernt, das auf Harmonisierung und Kooperation basiert.

Die Zukunft unserer Gesellschaften beruht auf Solidarität und Gerechtigkeit. Es kann keine soziale Gerechtigkeit ohne Steuergerechtigkeit geben! Eine gerechte Steuer bedeutet weniger Armut, wie es die nordischen Staaten beweisen.

2. Wir fordern die Beseitigung der Steuer- und Rechtsparadiese.

Wir können nicht länger die Augen davor verschließen, dass Mitte der 1970er Jahre erst 25 und heute vom IWF schon mehr als 60 solcher Steuer- und Rechtsparadiese ausgemacht worden sind, durch die die Hälfte der Kapitalströme des Weltmarktes fließen und deren Aktivvermögen sich auf über 11.000 Milliarden Dollar belaufen, während diese Gebiete nur 3% des

weltweiten Bruttosozialprodukts erwirtschaften.

Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass selbst innerhalb des europäischen Kontinents, ein Dutzend solcher Steuer- und Rechtsparadiese existieren, wie die Schweiz, Luxemburg, aber auch die anglo-normannischen Inseln, Gibraltar, Malta, Zypern, Lichtenstein, Monaco und Andorra.

Warum wir etwas dagegen tun sollen:

- Die Steuer- und Rechtsparadiese führen zum Austrocknen der Steuereinnahmen der Länder im Norden wie im Süden. Aufgrund ihrer kleinen Fläche und niedriger Bevölkerungszahl können Sie den niedrigsten Steuersatz erheben, während die Länder des Nordens wie des Südens das Ausmaß von Steuerbefreiungen vergrößern müssen. Nach den niedrigsten Schätzungen, - Kapitalflucht nicht mit eingerechnet - betragen die Kosten dieser Plage für die Länder des Südens 50² bis 70³ Milliarden Dollar!

- Die Steuer- und Rechtsparadiese sind ein gutes Versteck für die transnationale Kriminalität: die Instrumente zur Verdunkelung der Herkunft der Gelder werden mit der Weigerung kombiniert, mit der internationalen Gemeinschaft in Sachen Steuerfahndung und Verbrechensbekämpfung zusammenzuarbeiten. Sie schaffen dadurch eine günstige Schnittstelle zwischen der Welt der rechtlich korrekten Devisengeschäfte und den Geschäften mit Geld aus kriminellen Quellen. Sie tragen durch ihre Existenz zur weltweiten Korruption und zur Entwicklung krimineller, terroristischer und mafioser Netzwerke bei.

- Die Steuer- und Rechtsparadiese sind verantwortlich für einen unlauteren Wettbewerb und verstärken so das Risiko einer weltweiten Finanzkrise, denn sie ermöglichen es, die Bilanzen und Betriebsergebnisse multinationaler Unternehmen zu fälschen.

Was können wir tun?

Der Europarat, der unter der Luxemburgischen Präsidentschaft am 16. und 17. Juni 2005 in Brüssel tagen wird, muss die Europäische Kommission um die Vorbereitung von Gesetzestexten bitten, die es ermöglichen:

- Alle finanziellen Verbindungen mit den Gebieten abubrechen, die sich nicht kooperativ zeigen, also solche, die eine internationale Zusammenarbeit auf rechtlicher Ebene entweder verweigern oder diese nur virtuell betreiben, indem sie sich auf das Bankgeheimnis stützen⁴. Die Staaten der Union müssen die Annahme einer europäischen Richtlinie fördern, die jeder europäischen Bank verbietet, sich dort niederzulassen, dort zu bleiben oder mit ihnen weiter finanztechnische Beziehungen zu unterhalten.

- Die Rückverfolgbarkeit der Geldbewegungen zu garantieren und die Kontrolle der Ausgleichsgesellschaften zu verstärken. Die für Devisentransaktionen geforderte Anonymität darf nicht verhindern, dass die Identität der jeweiligen Auftraggeber und Nutznießer an die Magistrate, die Steuerpolizei, die Zollbehörden und die Steuerverwaltungen gemäß der Erklärung von Paris⁵ weitergegeben wird. Die Mittel zur Aufklärung und gegenseitiger rechtlicher Unterstützung müssen verstärkt werden.

- Einen systematischen und automatischen Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten zwischen der Bank oder der Finanzinstitution zu garantieren, die Zinsen oder Kapital-

gewinne zugunsten eines Kunden registriert, der dort nicht seinen Wohnsitz hat, und den zuständigen Behörden des Staates, wo der Inhaber des entsprechenden Kontos wohnhaft ist.

- Die Anerkennung konsolidierter Konten von Gesellschaften zu verbieten, die in keinem der Länder ihres Tätigkeitsbereiches einer Steuerkontrolle unterzogen wurden, und zwar durch die zuständigen Behörden der großen internationalen Finanzplätze. Börsennotierte Unternehmen müssen verpflichtet werden, in ihren konsolidierten Konten die mit den Steuer- und Rechtsparadiesen erfolgten Operationen bekannt zu geben und zu rechtfertigen.

- Die Namen der verschiedenen beteiligten Parteien in dem Land verpflichtend zu registrieren, wo ein Fonds nach englischem Recht ("Trust" oder "Fondation") registriert wurde. Diese Registrierung und diese Information, die ausschließlich für die Steuerbehörden der entsprechenden Länder gedacht ist, müssen einhergehen mit der jährlichen Bekanntgabe der Konten des Trusts.

- Hilfsprogramme aufzustellen für die wirtschaftliche Wiedereingliederung von Off-Shore-Zentren.

Die ersten Unterzeichner des Aufrufes: Attac Wallonien-Brüssel,

Tax Justice Network, Attac Frankreich, Attac Luxemburg, Französische Koalition der NGOs für die Millenniumsziele (2005 Plus d'excuses), Fédération des Finances CGT, Syndicat National Unifié des Impôts; Union Syndicale Solidaires, URFIG (=Unité de Recherche, de Formation et d'Information sur la Globalisation), Survie, Confédération Paysanne, Kairos Europe, Attac Polen, Attac Jersey, Réseau francophone contre la spéculation financière, IPAM (=Initiatives Pour un Autre Monde).

1) Das finanzielle Gesamtguthaben hat sich seit 1980 verzehnfacht und soll heute 118 Trillionen \$ übersteigen; im Jahr 2010 soll es 200 Trillionen \$ erreichen, wenn die derzeitige Tendenz anhält. – The Mc Kinsey Quarterly 2005 Special edition: Value and performance

2) OXFAM, *The Hidden Billions for Development*, Juni 2000.

3) Nach Evelyn Herfkens, damals Ministerin in den Niederlande, für das Jahr 2002. (Sie ist heute verantwortlich für die Kampagne der Vereinten Nationen für die Weltzollorganisation).

4) Definiert als die Weigerung, den zuständigen Behörden (Justiz, Polizei, Zoll, Finanzverwaltung) Informationen zu geben. Sogar Jacques Chirac hat mit dem Finger auf diese Territorien gezeigt und ihre Besteuerung verlangt, als er sich am 26. Januar 2005 an die Teilnehmer des Forums in Davos gewandt hat.

5) <http://www.declarationdeparis.org>

Briefwechsel

An unsere französischen Freunde,

von Wolf Biermann, Hans Christoph Buch, Günter Grass, Jürgen Habermas, Klaus Harprecht, Alexander Kluge, Michael Naumann, Peter Schneider, Gesine Schwan, Armin Zweite und Werner Spiess

Liebe französische Freunde,

Mit großer Sorge beobachten wir das Anwachsen des populistischen Nein zur Europäischen Verfassung. Will die Mehrheit der Franzosen sich wirklich im gemeinsamen Bunker der rechten und linken Nationalisten eingraben? (lemonde.fr - 2/05/05)

Das wäre eine Kapitulation der Vernunft, die sich die Franzosen selbst nicht verzeihen könnten. Deshalb bitten wir Euch, Euch leidenschaftlich dagegen zu wehren, dass Frankreich, das klassische Vaterland der Aufklärung, den Fortschritt verrät.

Eine Ablehnung des Verfassungsvertrags hätte katastrophale Konsequenzen:

- für das Werk der europäischen Einheit, dem wir seit einem halben Jahrhundert eine Epoche des Friedens verdanken – ein Glück, das unser Kontinent vorher nie gekannt hat.

- für Eure deutschen Nachbarn, die wissen, dass Europa nur mit, niemals ohne oder gegen Frankreich entstehen kann;

- für Polen und die anderen neuen Mitglieder der Union, die Frankreich nicht allein lassen darf zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und dem russischen Reich

- für die Vereinigten Staaten, die ihr Gleichgewicht nur durch ein stärkeres Europa finden werden

- für Frankreich selbst, das sich auf fatale Weise selbst isolieren würde.

Die Verfassung entspricht nicht all unseren Idealen und sie vertreibt nicht durch Magie die Ursachen aller Ängste.

Sie ist ein ehrlicher Kompromiss. Sie ist eine intelligente Balance zwischen Elementen einer supranationalen Föderation, einer Konföderation von Nationalstaaten und dem wachsenden Bewusstsein, das die Regionen von ihrer Bedeutung haben. Sie ist eine Stärkung des Parlaments und seiner Kontrollfunktionen. Sie ist die Beschränkung des Vetorechts bei wesentlichen Entscheidungen. Sie ist die Grundlage einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik, ohne die Europa nichts wäre unter den Weltmächten.

Sie ist die Garantie für die Produktivität der Märkte und gleichzeitig der Schutz unserer sozialen Rechte. Damit ist sie die einzig mögliche und durchsetzungsfähige Alternative zum Alptraum eines entfesselten „ultraliberalen“ Kapitalismus. Sie ist der Schutz unseres kulturellen Reichtums und seiner nationalen Besonderheiten. Sie ist der Anker für die Menschen- und Bürgerrechte, die von der französischen und amerikanischen Revolution hervorgebracht wurden.

Französische Freunde, es wäre ein Wahnsinn, die Europäische Verfassung die Folgen Eurer Unzufriedenheit mit Eurer Regierung spüren zu lassen. Im Gegenteil, Europa kann Eure Regierung, Eure Parteien, Eure Geschäftsleute und Eure Gewerkschaften zwingen, produktiver zu denken und zu handeln.

Die Angst schafft keine Sicherheit, sondern ist immer ein Zeichen von Schwäche, wenn nicht eine Antrieb zum Selbstmord. Als Spanien, Portugal, Irland und Griechenland

der Union beitraten, lag ihr Lohnniveau mehr als 50% unter dem von Frankreich. Heute wurde praktisch das gleiche Niveau erreicht, und die Produktivität der „neuen Mitglieder“ hat Frankreich (und uns allen) Märkte geöffnet, die keine Arbeitsplätze gekostet haben, sondern im Gegenteil, welche geschaffen haben. Die Dynamik unserer Partner in Osteuropa wird uns langfristig nicht schaden, sondern wird uns helfen, Arbeitsplätze zu schaffen.

Europa ist die Antwort auf unsere und Eure Ängste. Europa erfordert Mut von uns. Ohne Mut gibt es kein Überleben. Nicht für Frankreich. Nicht für Deutschland. Nicht für Polen. Weder für irgend eines der alten und der neuen Mitglieder der Europäischen Union, die dank der Verfassung, einen Jahrhunderttraum verwirklichen. Das schulden wir den Millionen und Abermillionen Opfern unserer sinnlosen Kriege und unserer verbrecherischen Diktaturen.

Wolf Biermann, Dichter und Sänger; Hans Christoph Buch, Schriftsteller; Günter Grass, Schriftsteller, Nobelpreisträger für Literatur; Jürgen Habermas, Philosoph; Klaus Harprecht, Schriftsteller, ehem. Berater von Willy Brandt; Alexander Kluge, Filmemacher; Michael Naumann, Schriftsteller und Kulturminister a.D.; Peter Schneider, Schriftsteller; Gesine Schwan, Präsidentin der Europäischen Universität Viadrina; Armin Zweite, Kunsthistoriker; Werner Spiess, Kunsthistoriker und ehem. Direktor des Musée national d'Art moderne Paris.

Quelle:

http://www.ouisocialiste.net/article.php3?id_article=824; Übersetzung aus dem Französischen: PeWa

OFFENER BRIEF

Wolf-Dieter Narr, Birgit Mahnkopf, Ekkehart Krippendorff, Konstantin Wecker, Jörg Huffschmid, John Neelsen, Joachim Hirsch, Albrecht Müller, Norman Paech, Hans-Peter Dürr, Käthe Reichel, Heidrun Hegewald, Angelika Haas, Maria Mies

"An unsere französischen Freunde" Unter dieser Anrede haben sich Wolf Biermann, Günter Grass, Jürgen Habermas und die anderen Verfasser dieser Tage an "die Franzosen" gewandt. Sie appellieren an deren europäische Vernunft sowie deren Friedenswillen und fordern sie nachdrücklich dazu auf, für die Verfassung der EU zu stimmen.

Wie diese Appellanten engagieren auch wir uns für eine demokratische, strikt menschenrechtlich orientierte, also friedenspolitisch ausgerichtete Politik. Wir sind - wie sie - gegen alle nationalstaatlich bornierten Fehllösungen und lehnen - wie sie - Formen und Inhalte einer Politik ab, die Verstand und eigene Entscheidungen von Bürgerinnen und Bürgern, in welchen Land sie auch leben, nicht ernst nehmen.

Just aus diesen Gründen, die sich aus bester europäisch-angelsächsischer Aufklärungstradition herleiten, **widersprechen** wir **energisch** diesem "Brief an unsere französischen Freunde". Die "deutschen Freunde", die diesen Brief geschrieben haben, irren sich mit der Form eines beherrschenden Appells und ebenso in den zentralen Argumenten, die der Verfassung der EU gelten.

Zum **ersten**: Die französische Bevölkerung bedarf keiner bundesdeutschen **Behlehung**, und sei sie noch so freundschaftlich gemeint. Die Appellanten treten mit ganzer Sohle auf; sie geben Sicherheiten vor, die in Sachen EU-Verfassung, der Wirkung ihrer Annahme

und der Wirkung ihrer Ablehnung schlechterdings nicht behauptet werden können. Als wären sie dazu beauftragt, behaupten sie eine alternativlose Wahlsituation: als guter Europäer dürfe man diese EU-Verfassung nicht ablehnen. Zum **zweiten**: die Appellanten irren in der Sache. Sie haben entweder den Verfassungsentwurf nicht genau gelesen oder sie haben ihn durch eine **deutlich etatistisch-großunternehmerisch getönte Brille** betrachtet.

Für uns zeichnet sich dieser Verfassungsentwurf durch folgende Kernmerkmale aus: Er ist nur zu verstehen als "die europäische Konstitution des Neoliberalismus". Unter den europäischen Bürgerrechten der Verfassung zählen vor allem vier "Grundfreiheiten": die Freiheit des Kapitals, der Ware, der Dienstleistung und der Arbeit (und wie wir hinzufügen: vor allem der Arbeitslosigkeit). Alle anderen Bürger- und Menschenrechte der "Charta der Grundrechte" bleiben unverbindlich. **Garantiert ist allein die faktische Zunahme sozialer Ungleichheit.**

Über die Hauptfunktion hinaus, die Länder und Bürger der EU für die auch europäisch **intensivierte Weltmarktkonkurrenz** aufzurüsten, kreist die Verfassung darum, die EU zu einer **Militärmacht** aufzustoßen. Diese soll jederzeit weltweit - "humanitär" kaschiert - intervenieren können. Erst- und einmalig in der Verfassungsgeschichte erhält eine permanente Aufrüstung

Verfassungsrang.

Kein Artikel des Verfassungsentwurfs redet davon, dass die demokratische Beteiligung der Bevölkerungen in der EU und eine Kontrolle der bürokratisch expansiven Herrschaft gewährleistet werden. Im Gegenteil: das seit Anfang der siebziger Jahre benannte, aber nie ernsthaft behandelte "europäische **Demokratiedefizit**" wird jetzt strukturell festgeschrieben. Selbst als Organisationsstatut, das transparente Verfahren und Entscheidungsmechanismen vor allem in vielfach zu erwartenden Konfliktfällen vorgibt, versagt der Entwurf angesichts des fortschreitenden Erweiterungsprozesses. Er kann nur als Placebo für die Regierten verstanden werden, damit Regierende und Brüsseler Einrichtungen "verfassungslegitimiert" nahezu alles tun können, was ihnen je **im Interesse der Großen und des Weltmarktes** erforderlich erscheint.

Darum widersprechen wir als engagierte Europäerinnen und Europäer. Wir treten dafür ein - und werden in dieser Richtung initiativ bleiben -, dass in einer möglichst drei Jahre währenden Verfassungsdiskussion eine Verfassung der europäischen Bürgerinnen und Bürger entsteht, die sie als ihre, in jeder Hinsicht demokratische, dem Frieden und sozialer Gerechtigkeit dienende Verfassung akzeptieren können.

<http://www.freitag.de/2005/21/05210503.php>

An unsere deutschen Freunde

In einer "Tribüne" in Le Monde vom 3. Mai haben einige bekannte deutsche Intellektuelle (darunter Jürgen Habermas, Günter Grass und Wolf Biermann) ihre "französischen Freunde" zur Rechenschaft gezogen. Sie ermahnten sie, dem Verfassungsvertrag zuzustimmen. Unsere deutschen Freunde sind in der französischen Debatte **willkommen**, aber sie sind anscheinend über ihren Inhalt **schlecht informiert**. Zweifelsohne weil die parlamentarische Ratifizierung in Deutschland sie um eine fruchtbare öffentliche Debatte gebracht hat. Hätte Frankreich dieselbe parlamentarische Prozedur gewählt, hätten 90 % der Abgeordneten und Senatoren den Vertrag ratifiziert, während das Ergebnis des Referendums bis heute ungewiss bleibt. Für unsere deutschen Freunde stellt ein französisches "Nein" einen Verrat an Fortschritt und Aufklärung (sic) dar. Und warum nicht am "Sinn der Geschichte"? Der Ernst ihrer Aussagen erfordert einige Klärungen. **1)** Als Anhänger eines "Nein von links" treten wir ein für die Perspektive eines Europa, das sozial, demokratisch, offen und nicht

beschränkt ist auf die unklaren Grenzen einer jüdisch-christlichen Zivilisation. Aus diesem Grunde lehnen wir einen Vertrag ab, der einem neoliberalen Europa eine konstitutionelle Vollmacht verleiht, die **soziale Solidarität** und **öffentliche Dienste** weiterhin **zerstört**, das außerhalb jeglicher politischen Kontrolle stehende Mandat der Europäischen **Zentralbank** bekräftigt und Sozialdumping und ungleiche Entwicklung (bei gleichzeitiger **Abwesenheit sozialer und steuerlicher Harmonisierung**) begünstigt.

2) Eine Europäische Union ohne ein soziales Programm, die sich dem **Wettbewerb aller gegen alle** verschreibt, ist zwangsläufig **antidemokratisch**. Erklärte Neoliberale, die ihren Montesquieu auswendig kennen, begeistern sich somit für ein institutionelles Arrangement, bei dem die Exekutive (Rat und Kommission) und die Judikative (der Gerichtshof) Gesetze machen, während die Legislative (das Parlament) ein konsultatives Ektoplasma ist. Unsere deutschen Freunde wissen jedoch, wie schwer die bismarcksche bürokratische Einigung auf den Trümmern

abgebrochener demokratischer Revolutionen in der deutschen Geschichte lastete. Einen Vertrag zum Verfassungsrang zu erheben, **der hinter dem Rücken der Bevölkerungen ausgeheckt wurde**, ohne eine effektive Ausübung ihrer konstituierenden Macht, wird am Ende nichts anderes als Enttäuschung und Unmut hervorbringen. Die europäische Idee selbst wird diskreditiert werden.

3) Es wäre mehr in Übereinstimmung mit der Realität gewesen, hätte man diesen in einer konstitutionellen Feierlichkeit drapierten Vertrag als eine - in der nüchternen Formulierung Michel Rocard's - "nützliche Liste interner Regulierungen" betrachtet. Dass er in den Rang einer Verfassung erhoben wurde, hat jedoch keineswegs eine rein symbolische Funktion. Es geht darum, Orientierungen (im Einzelnen dargelegt in Teil III) konstitutionelle Kraft zu verleihen, die Sache gewählter Organe sein sollten, sodass das, was eine Mehrheit durchgesetzt hat, eine andere Mehrheit wieder außer Kraft setzen kann. Indem diese Orientierungen in eine Verfassung eingemeißelt werden, die

praktisch nicht modifiziert werden kann – so unwahrscheinlich ist ein Revisionsprozess, der zwanzig, dreißig Länder umfasst –, wird die **Volkssouveränität in ein eisernes Korsett gepresst**, und wird eine Politik im Namen des ungehinderten Wettbewerbs **verboten**, die der Logik der Bedürfnisse und des **allgemeinen Wohls Vorrang** gibt gegenüber der rücksichtslosen Logik der Börse.

4) Von ihrem Eifer fortgetragen schreiben die Befürworter des "Ja" einem gütigen europäischen Geist magische Kräfte zu: Frieden, soziale Rechte, Airbus – all dies dank Europa. Soziale Rechte werden jedoch nicht von gütigen Geistern gewährt, sondern durch reale soziale Kämpfe tagtäglich errungen. Der Friede ist kein großzügiges Geschenk der Brüsseler Kommission, sondern das Resultat tragischer historischer Zerreißproben und des vom Zweiten Weltkrieg geschaffenen Kräfteverhältnisses (nicht zu vergessen, dass das logische Gegenstück von sechzig Jahren relativen inneren Friedens die **Beteiligung an allen kolonialen und imperialen Expeditionen** war, sei es in Afrika oder im Golf). Was Ariane und den Airbus betrifft, so sind sie nicht die Frucht einer künftigen Verfassung, sondern das Resultat einer industriellen Zusammenarbeit, die von real existierenden Staaten unterstützt wird.

5) Laut unseren deutschen Freunden ist der Verfassungsvertrag notwendig, "um die Beziehungen zu den USA im Gleichgewicht zu halten". Doch indem dieser die **Vormundschaft der NATO akzeptiert, bestätigt er Europas Unterordnung unter die hegemoniale Macht der USA**, deren Militäretat mehr als doppelt so hoch ist wie der der Europäischen Union. Das Bestreben, diese Lücke deutlich zu schließen, würde entweder zu einem erneuten öffentlichen Defizit schwindelerregenden Ausmaßes führen oder (und dies ist offensichtlich die wahrscheinlichste Hypothese) zu drastischen Kürzungen der Sozialausgaben. Sollte wirklich eine neue "amerikanische Herausforderung" existieren, so kann ihr nicht durch die Kopie ihres liberalen Modells entgegengetreten werden. Eine **Antwort auf imperiale Hegemonie** müsste im Gegenteil die Sympathie und die **Freundschaft der Völker** gewinnen, indem sie ein **wirklich alternatives Modell von sozialer Gerechtigkeit und Frieden** präsentiert.

6) Wenn die Europäische Union heute krank ist, so nicht infolge eines möglichen französischen (oder niederländischen) "Nein" zum Verfassungsvertrag. Sie ist **krank** aufgrund eines Fehlers in ihrem genetischen Code. Das in der europäischen Einheitsakte (1986) und im Vertrag von Maastricht (1992) entworfene Szenario hat drei wichtige Ereignisse nicht berücksichtigt. **Erstens** hat die liberale Globalisierung zu einer Konzentration des Kapitals geführt, das eher transnational statt europäisch ist: Die Union unterhält ebenso viele und tatsächlich mehr industrielle Partnerschaften mit amerikanischen oder japanischen Firmen als sie an eigentlich europäischen Vertretern

aufzuweisen hat. **Zweitens** beschleunigte der plötzliche Zusammenbruch der bürokratischen Regime in Osteuropa die Frage der Erweiterung, die voller sozialer Widersprüche, aber politisch unvermeidbar ist. Schließlich haben der Zerfall der Sowjetunion, die deutsche Vereinigung und der Bruch des prekären Gleichgewichts der Nachkriegsperiode eine neue Spaltung der Welt und eine Neuformierung von Allianzen auf die Tagesordnung gesetzt. Auf diese Weise sind die Ingredienzien einer historischen Krise zusammengekommen. Nur eine radikale Veränderung der Logik, die sozialen, demokratischen und ökologischen Angleichungen Priorität verleiht gegenüber egoistischen Profitkalkulationen und Börsengewinnen, könnte sie entschärfen.

7) Laut denen, die für ein "Ja" eintreten, besteht die Wahl zwischen diesem Vertrag oder nichts: "Es gibt keine Alternative", propagierte Mrs. Thatcher gerne! Diese **Rhetorik der Resignation** trägt zur Diskreditierung von Politik bei. Wir dagegen sind nicht nur davon überzeugt, dass **soziale Konvergenzkriterien** (in Begriffen von Löhnen, Beschäftigung, öffentlicher Dienste, sozialer Sicherung) eine Maßnahme elementarer sozialer Gerechtigkeit darstellen, sondern auch das beste Mittel sind, um ein Sozialdumping zu vermeiden. Sie würden die Grundlage legen, auf der die Erweiterungen verhandelt werden könnten. Solche Kriterien würden, das ist wahr, **von Natur aus "mit dem freien Wettbewerb in Konflikt geraten"**. Sie ständen deshalb im Widerspruch zum Geist und zum Buchstaben des gegenwärtigen Vertrags.

Unsere deutschen Freunde sind besorgt, dass ein "Nein" "Frankreich auf fatale Weise isolieren" würde. Ihre Sorge ist Ausdruck einer **statischen Weltansicht**. Wir können uns im Gegenteil vorstellen, dass ein solches "Nein" **den Teufelskreis zaghafter Schritte und des kleineren Übels, das oft zum schlimmsten führt, durchbricht**. Es würde die **Völker Europas einladen, Akteure ihrer eigenen Geschichte** zu werden. In Wirklichkeit betrifft die gefürchtete Isolation nur die Regierungen und nicht die Volksbewegungen gegen Krieg, nicht die Europäischen Sozialforen, die Märsche der Frauen oder die der Erwerbslosen. **Die Regierungen gehen, die Völker bleiben**.

Unsere deutschen Freunde fürchten ein "populistisches Nein zur Verfassung" und das Eingesperrtsein "linker Nationalisten in einem Bunker". Das zeigt, wie wenig sie die Anhänger eines "Nein" von links kennen. Es sind zu einem großen Teil Aktive der Bewegung für globale Gerechtigkeit, Initiatoren der Euromärsche, Organisatoren der Europäischen Sozialforen. Was bei der Abstimmung am 29. Mai den Ausschlag geben kann ist im Gegenteil das Voranschreiten eines "Nein", das sozial ist, **eines "Nein" der Solidarität**, und nicht das chauvinistische und islamophobe "Nein" der alten Rechten.

Unsere deutschen Freunde ersuchen ihre "französischen Freunde" darum, dass "sie die

europäische Verfassung nicht zur Leidtragenden ihrer Unzufriedenheit mit ihrer Regierung machen". Doch es sind die **Erfahrungen** und der gesunde Menschenverstand der arbeitenden Menschen, die die logische Verbindung zwischen der seit zwanzig Jahren betriebenen Politik und dem Vertrag von Giscard herstellen. Wenn die vorgeschlagene Verfassung das Gespenst des Liberalismus ist, so ist die **soziale Gegenreform, die die Menschen täglich erfahren**, der Liberalismus in Fleisch und Blut, und Chirac und Raffarin sind sein profaner Arm. Die Haupttrennlinie stellt nun ein "Nein von links" einem ökumenischem "Ja" entgegen, das, wie der zurückgekehrte Jospin zugibt, die Eurokompatibilität zwischen der liberalen Rechten und der liberalen Linken illustriert. Wenn diese Linke, freiwillig versklavt durch die konstitutionelle Zwangsjacke, an die Macht zurückkehrt, wird sie deshalb den Weg von Maastricht, von Amsterdam und des Stabilitätspakts einschlagen müssen.

Vor drei Jahren unternahm François Hollande seine Pilgerfahrt nach Porto Alegre, wo das Weltsozialforum verkündete, dass eine andere Welt möglich sei. Vor kaum einem Jahr gab die Sozialistische Partei im Europawahlkampf die Losung aus: "Jetzt ein soziales Europa". Ein **"Ja" zum liberalen Vertrag würde heute bedeuten, dass ein anderes Europa (von einer anderen Welt nicht zu reden) unmöglich ist**. François Hollande kann ein anderes Europa zum Nimmerleinstag versprechen, aber er kann die Menschen nicht vergessen lassen, dass es 1997 dreizehn sozialdemokratische Regierungen in der Europäischen Union gab. Auch nicht, dass Lionel Jospin ein Jahr, bevor er Premierminister wurde, den Stabilitätspakt angriff, der "absurderweise den Deutschen zugestanden wurde", und den Amsterdamer Vertrag als ein "Super-Maastricht" anprangerte.

Was Jacques Delors betrifft, der gerade das ganze Gewicht seiner Erfahrung in den Kampf für das "Ja" eingebracht hat, so bekannte er, kaum zwei Jahre, nachdem er beim Zustandekommen des Maastrichter Vertrags geholfen hatte, ihn nicht "leidenschaftlich verteidigt" zu haben, weil er "nicht in ihn vernarrt war". Heute können wir daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass er entweder in Giscard's Vertrag, den er leidenschaftlich verteidigt, vernarrt ist oder ihn auch nicht lieber mag als den Vertrag von Maastricht, dies uns aber erst in zwei Jahren mitteilen wird.

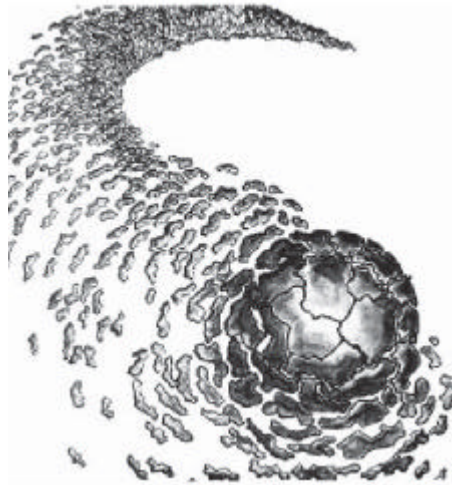
Unterzeichnet von: – Daniel Bensaïd, Philosoph, führendes Mitglied der LCR – Francisco Fernández Buéy, Philosoph, Universität Barcelona – Alex Callinicos, Philosoph, Universität York, führendes Mitglied der Socialist Workers Party (SWP) – Domenico Jervolino, Philosoph, Universität Neapel – Stathis Kouvelakis, Philosoph, King's College London – Francisco Louçã, Ökonom, Abgeordneter des Linksblocks im portugiesischen Parlament Aus dem Französischen übersetzt von Hans-Günter Müller-Erscheint in: Sozialistische Zeitung (SoZ), Juli 2005 <http://www.soz.plus.de> <http://www.politis.fr/article1353.html>

Karl Heinz Roth

Der Zustand der Welt und die Chancen einer erneuerten sozialistischen Alternative

Auszüge aus dem Vortrag auf dem Ratschlag von Attac-D in Mannheim (24.4.2005)

Die globalisierungskritische Bewegung tut gut daran, die tektonischen Verschiebungen auf der Weltbühne genauestens zu analysieren, um die gegenwärtigen und zukünftigen Tendenzen des Widerstandes gegen die Zumutungen des kapitalistischen Weltsystems zu identifizieren. Anfang 2004 hat Karl Heinz Roth, Historiker in Bremen, in einem viel beachteten Aufsatz „Umbruch in Deutschland“ (SiG33) festgestellt, dass die durch die Globalisierung verursachten gigantischen Umbrüche auch auf den Norden zurück schlagen und überall, im Norden wie im Süden, soziale Polarisierung und ökonomisches Chaos erzeugen. „Aussichtsreich erscheint mir deshalb nur noch ein breites soziales Bündnis, das von den Subproletarierinnen und -proletariern der neuen Massenarmut über die ungesichert Beschäftigten und die industrielle Arbeiterklasse bis zu den selbständigen Arbeiterinnen und Arbeitern alle Verlierer des Umbruchs einbezieht, also zwei Drittel bis drei Viertel der Gesellschaft“. Die Aktualisierung und Vertiefung der Analyse der Widersprüche in der Welt von heute auf dem Mannheimer Ratschlag führte dort zu leidenschaftlichen Debatten. Karl Heinz Roth hat den Vortrag zu einem Buch ausgearbeitet (VSA-Hamburg, 60 Seiten), aus dem wir hier Ausschnitte veröffentlichen.



1. Der neue globale Zyklus

Seit Beginn der siebziger Jahre ist das kapitalistische Weltsystem durch die metropolitanen Sozialrevolten, die Arbeiterresistenz der osteuropäischen Übergangsgesellschaften und die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen der Peripherie in eine tiefe strukturelle Krise gestürzt worden. Die Profitabilität sank dramatisch, und diese Entwicklung kombinierte sich mit den Defiziten des bisherigen Zyklus, insbesondere den Umweltproblemen, dem reaktivierten Wettrennen der bipolaren Machtblöcke, dem Boom der Erdölpreise und der aus den Fugen geratenen Weltwährungspolitik. Die „Einkommensrevolution“ der fordistisch-keynesianischen Ära war an der unkontrollierbar gewordenen Steigerung der Relativlöhne und den globalen Inflationstendenzen gescheitert, die vor allem vom Krieg der Hegemonialmacht des Westens gegen die indochinesische Befreiungsbewegung ausgingen. Hinzu kamen die Fehlinvestitionen der internationalen Überschusskapitalien, insbesondere des „Petrodollars“, in der Peripherie: Unter dem Druck der Massenbewegungen gingen auch die politischen Eliten der „Entwicklungsländer“ ihre eigenen Wege.

Nun aber zeigte sich einmal mehr, dass das kapitalistische Weltsystem nicht statisch, sondern ein **aggressiver und expansiver Prozess der „schöpferischen Zerstörung“** und der Enteignung ist, in dem alle der Verwertung der Arbeitskraft und der darauf begründeten Kapitalbildung im Weg stehenden gesellschaftlichen, institutionellen, politischen und kulturellen Barrieren entwertet und zermalmt werden, um aus ihren Fragmenten und den Resultaten der raubwirtschaftlichen

Enteignung die **Voraussetzungen für einen neuen Zyklus der ungleichen Entwicklung und der Prosperität zu schaffen**. Der nach dem Ende der Weltkriege geschlossene **Kompromiss** der kapitalistischen Welteliten mit den Arbeiterbewegungen und den sozial- bzw. entwicklungsstaatlichen „Nationalökonomien“ wurde **aufgekündigt**. Es begann ein Prozess der sozialtechnischen, ökonomischen und offen gewalttätigen Restrukturierung, in den nach und nach alle Barrieren des Status quo und des sozialstaatlich vermittelten Klassenkompromisses geschleift wurden.

Unter dem Diktat der Weltbank, des IMF und der neoliberalen Monetaristen wurden den in die Schuldenfalle geratenen Herrschaftseliten der **Entwicklungsländer** „Strukturelle Anpassungsprojekte“ aufgezwungen, die ihre Budgets ruinierten, ihre gemischtwirtschaftlichen Sektoren schleiften und die auf die Straße geworfenen Beschäftigten dem Elend eines „schattenwirtschaftlichen“ Überlebens oder dem Niedriglohn-diktat einer exportorientierten Umsteuerung in Landwirtschaft und gewerblicher Produktion auslieferten. Zum „**Versuchs-labor**“ wurde dabei das gegenrevolutionäre **Chile**, wo unter der am 11. September 1973 blutig etablierten Militärdiktatur Pinochets die optimalen Bedingungen einer „tabula rasa“ bestanden. Auf diese Durchbruchkonstellation folgte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine zweite finanzpolitische Enteignungswelle, die die Unter- und Mittelschichten einiger lateinamerikanischer und süd ostasiatischer Schwellenländer endgültig ruinierte.

Parallel dazu wurde die tiefe innere Strukturkrise der „Hybridökonomien“ der ost- und südosteuropäischen

Übergangsgesellschaften auf allen verfügbaren Zugriffsebenen verschärft, nicht zuletzt durch eine letzte Phase des Wettrüstens und die weit reichenden Eingriffe des IMF und der Weltbank in die hoch verschuldeten Länder Polen, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. Nach der **Implosion der Übergangsgesellschaften des Sowjet-Block** begann unter der aktiven Beteiligung der bisherigen Staatseliten eine Ära der „schockartigen“ Zerstörung aller sozioökonomischen und institutionellen Strukturen, die einem ruinösen Enteignungs- und Privatisierungswettlauf zwischen den sich zu „Oligarchen“ transformierenden Partieliten und dem Auslandskapital unterworfen wurden und zu einer katastrophalen Massenverarmung führten. In **China** bewerkstelligte die Partei- und Staatselite dies auf eigene Faust, wobei die seit 1985 begonnene Lockerung des über die ländliche Bevölkerung verhängten Mobilitätsverbots und die Liquidierung der Volkskommunen den entscheidenden Bruchpunkt des autoritären „Reform“-Prozesses darstellten. In den neu etablierten Sonderwirtschaftszonen schufen defizit-finanzierte Infrastrukturinvestitionen die Voraussetzungen für eine gigantische Investitionswelle des Auslandskapitals, dem durch die despotische Verfügung über eine aller politischen und sozialen Rechte beraubte Migrationsarbeiterklasse optimale Verwertungs- und Ausbeutungsbedingungen präsentiert wurden.

In den **Metropolen** wurde diese Entwicklung durch eine zuerst in England und den USA einsetzende neoliberale Deregulierung flankiert, die sich dann in den 1990er Jahren im gesamten entwickelten Westen durchsetzte. Die **Arbeiterbewegung** wurde durch die Öffnung der Arbeitsmärkte und durch umfangreiche Produktionsverlagerungen in die sozioökonomischen Branchen Osteuropas und die sich in Südostasien, China und im Norden Mexikos herausbildenden neuen Wachstumszentren **entmacht**. Die sozialstaatlichen Besteuerungs- und Umverteilungsfunktionen wurden in ihr Gegenteil verkehrt, wobei Arbeitszwang, neue Niedriglohnssektoren und die Einschließung der „gefährlichen“ Segmente des Proletariats den Wohlfahrtsstaat zunehmend in einen **Repressionsstaat** verwandelten. In den USA ist diese Kopplung von Arbeitsarmut, massenhafter Einschließung und polizeilich-juristischer Unterdrückung besonders weit fortgeschritten, während in den europäischen Metropolen je nach der neo-konservativen oder neo-sozialdemokratischen Ausrichtung der politischen Regime der Entzug der kompensatorischen Sozialeinkommen mit neuen Instrumenten der urbanistischen Segregation und/oder der sozialpolitischen Entrechtung und Arbeitserzwingung kombiniert wird. Diese Prozesse gehen mit einer zunehmenden Aushöhlung der politischen Gleichheitsrechte auf der supranationalstaatlichen Ebene einher. Wer sich der Mühe unterzieht, die aktuellen Traktanden des obrigkeitstaatlichen Formierungsprozesses der Europäischen Union (in Gestalt des EU-Verfassungsvertrags) mit den Projekten zur schrankenlosen Deregulierung des privaten und öffentlichen Dienstleistungssektors (Bolkestein-Richtlinie) vergleichend zu lesen, erschrickt über die Kompromisslosigkeit, mit der die sich verdichtenden Strukturen des europäischen Machtblocks zur sozialen und politischen Entrechtung der abhängig Beschäftigten ausgenutzt werden. Auch im Bereich der Europäischen Union kommen Neoliberalismus und politisch-institutioneller Neokonservatismus zunehmend zur Deckung.

Bei der Durchsetzung dieser ineinander verzahnten Konzepte einer weltweiten Restrukturierung, der **vierten oder fünften „Globalisierungswelle“ des inzwischen 600 Jahre alten kapitalistischen Weltsystems**, formierte sich eine **neue Weltelite** aggressiver Konzernmanager (vom Typ Bill Gates), Fondskapitalisten (ihr Archetyp war George Soros, der seiner Kaste die profitmaximierenden Innovationen der *Private Equity-Fonds* und der *Hedge Fonds* beibrachte), neoliberaler

Wirtschaftswissenschaftler (aus dem Netzwerk der Mont Pèlerin Society), Medienzaren und Politiker (wobei Silvio Berlusconi die bisherige Arbeitsteilung zwischen Politik und Fernsehen exemplarisch aufhob). Sie entmachteten nicht nur die kollektiven Repräsentationen der Arbeiterinnen und Arbeiter und die Instrumente des wohlfahrtsstaatlichen Status quo, sondern auch die in den vorausgegangenen Zyklen verfestigten Regulationsstrukturen der kontinentalen und nationalen Kapitalgruppen, die mit ihren „finanzkapitalistischen“ Verflechtungen zwischen Großbanken, Industriekonglomeraten und Versicherungsgesellschaften dem neuen Kurs der „schöpferischen Zerstörung“ und der Wiederherstellung und Maximierung der Ausbeutungs- und Profitraten im Weg standen. Dabei bedienten sie sich der gegen Ende des zweiten Weltkriegs geschaffenen Bretton Woods-Institute zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft (**IMF, Weltbank und GATT**), die sie gemäß den monetaristischen Prinzipien der neoklassischen Wirtschaftstheorie umstrukturierten und zu einer veritablen **finanz- und wirtschaftspolitischen Weltregierung** ausbauten.

Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde jedoch deutlich, dass sich die Einverleibung der Weltgesellschaft in den Mahlstrom der Maximalprofite und Märkte mit ökonomischer, medienpolitischer und institutioneller Gewalt allein nicht zum Abschluss bringen ließ. Zwar war es in den meisten Fällen gelungen, die regionalen Eliten des vergangenen Zyklus – und dabei insbesondere die entsprechend gewendeten „linken“ Funktionsträger der Entwicklungsstaaten, Übergangsökonomien und der metropoliten Sozialproteste – für das neue Akkumulations- und Herrschaftsmodell zu gewinnen. Aber nicht alle wollten sich anpassen. Schon 1991 hatte eine erste „Koalition der Willigen“ unter der Führung der USA die imperialen Expansionstendenzen des vormaligen mittelöstlichen Bündnispartners Irak militärisch gezügelt. 1999 folgte die militärische Beschleunigung des „Dekompositions“-Prozesses der Jugoslawischen Föderation, zwei Jahre später die geostrategische Sicherung Zentralasiens durch einen Blitzkrieg gegen die Stützpunkte der früheren wahabistisch-islamistischen Koalitionspartner bei der Unterminderung der Sowjetunion, und im Frühjahr 2003 schließlich der zweite Irakkrieg. Den willkommenen Anlass zu dieser Eskalation bildeten die Al-Kaida-Angriffe auf das New Yorker World Trade Center und das Pentagon vom 11. September 2001: Sie gestatteten es der neo-konservativen Führungselite der USA, eine seit längerem entwickelte Konzeption zur **Formierung eines zweiten „amerikanischen Jahrhunderts“** in die Tat umzusetzen. Sie antworteten auf die sich zunehmend zuungunsten der US-Ökonomie auswirkenden Effekte der globalen Deregulierung mit der Durchsetzung einer mittelfristig nicht mehr einholbaren **militärischen Weltherrschaft**, die mit dem Anspruch auf die Kontrolle der globalen Erdölförderzentren und –Transportrouten kombiniert war.

In dieser **Kette von Kriegen** manifestierte sich aber nicht nur die wachsende Bereitschaft der Welteliten zur offen gewaltsamen Unterwerfung widerspenstiger Regime, Regionen, Gesellschaftsstrukturen, Rechtssysteme und Kulturen unter die Restrukturierungsdiktate des neuen Zyklus. Sie militarisieren vielmehr den gesamten Restrukturierungsprozess und verbanden ihn mit einer präventiv „antiterroristischen“ Weltinnenpolitik. Dabei ordneten sie sich – wie widerstrebend auch immer – der militärischen Hegemonie der USA unter, deren neokonservative Eliten inzwischen ihre Machtbasis durch die Koalition mit dem christlichen Endzeit-Fundamentalismus der Evangelikalen verbreitert haben wie nie zuvor. George W. Bush ist die ideale Brückenfigur eines makabren Bündnisses zwischen global-kapitalistischer Verwertungslogik und **fundamentalistischer**

Gegenaufklärung, das die US-amerikanische Gesellschaft außerordentlich polarisiert hat. Den rücksichtslosen Global Players aus Big Business, neo-konservativen *Think Tanks* und U.S. Army stehen inzwischen Dutzende von Millionen weißer wie schwarzer Mittel- und Unterschichtamerikaner zur Seite, die die USA für das auserwählte Land Gottes und ihren jetzigen Präsidenten für einen Sendboten eben dieses Gottes halten, der nun, in Erwartung des sich vor der Wiederkehr Jesu abzeichnenden Endkampfes (Armageddon) und des jüngsten Gerichts, unerbittlich gegen alles Böse auf der Welt vorzugehen hat, um den Endsieg des Guten zu sichern.

Möglicherweise stehen wir inzwischen am Ende der zweiten, besonders gewalttätigen Restrukturierungsphase des Zyklus – vielleicht aber auch nicht, denn der militärische Aufmarsch der USA gegen die sich in **Lateinamerika** abzeichnende „**Linkswende**“ ist mindestens genau so bedrohlich wie der von den Falken des Pentagon und von Sharon geforderte Präventivschlag gegen die iranischen Nuklearanlagen. Aber auch jetzt schon sehen wir uns mit einem frappierenden Ergebnis konfrontiert, das wir noch vor einem Jahrzehnt für undenkbar gehalten hatten. Vor unseren Augen entsteht eine **neue Sphäre kollektiv-imperialistischer Kolonialherrschaft**, die in den Protektoratsgebieten Südosteuropas (Kosova, Bosnien-Herzegowina und Makedonien) beginnt, sich in Zentralasien (Afghanistan, Tschetschenien) ausdehnt und inzwischen auch das historisch-politische Zentrum der ostarabischen Kultur und Entwicklungsdynamik im Griff hat. Ein solches Ergebnis war sicher nicht beabsichtigt und noch weniger erwartet. Den neokonservativen Geostrategen der USA und ihrer „Koalition der Willigen“ war es zweifellos in erster Linie darum gegangen, die in Südosteuropa, Zentralasien und im Nahen Osten als besonders resistent wahrgenommenen politischen, sozialen und kulturellen Barrieren gegen die globale Neuordnung in extrem kurzen und wegen ihrer haushohen technischen Überlegenheit demoralisierenden Angriffskriegen aufzubrechen, um auch in diesen Regionen eine „Schocktherapie“ zu implementieren, die dann aus sich selbst heraus eine neue arbeitsteilige Entwicklungsdynamik in Gang bringen und als Nebenergebnis die Kontrolle der USA über die Förderzentren und Transportwege des Erdöls sichern würde. Die aber blieb und bleibt wegen eines sich massenhaft verfestigenden Widerstands auf absehbare Zeit aus. Zweifellos ist diese Entwicklung vor allem darauf zurückzuführen, dass in den konzeptionellen Arsenalen des Neoliberalismus zwar Rüstungs- und Kriegszyklen als unabdingbare Komponenten der „schöpferischen Zerstörung“ und Enteignung toleriert werden, nicht aber damit verknüpfte keynesianische Wiederaufbauprogramme wie seinerzeit das *European Recovery Program* nach dem Ende des zweiten Weltkriegs. Ohne solche kreditgesättigte mittelfristige Wiederaufbauprogramme, die allein schon deshalb undenkbar erscheinen, weil sie ausgerechnet die resistentesten Opponenten der Neuordnung gegenüber den gedemütigten Übergangsgesellschaften des Ostens und den geschleiften Entwicklungsregimes des Südens extrem privilegieren würden, können aber aus den niedergeworfenen Eliten und den Unterklassen keine stabilen Kollaborationsstrukturen herausgebrochen werden. Stattdessen **transformieren sich die Söldnerarmeen der High Tech- Blitzkriege zu kolonialistischen Besatzungstruppen**. Diese „Schutztruppen“, die jetzt in den „Protektoraten“ und „Mandatsgebieten“ zum Einsatz kommen, sind inzwischen genau so buntscheckig und gewalttätig wie die Kolonialtruppen des frühen 20. Jahrhunderts: Es wäre eine lohnende Aufgabe, die sich dabei entwickelnden Verzahnungen zwischen Okkupationsherrschaft, Kollaboration und Widerstand vergleichend zu analysieren – einschließlich ihrer offensichtlich unverzichtbaren Komponenten der physisch-

körperlichen Zurichtung, der **Folter**, die wieder einmal zu einem integralen Bestandteil des Systems von Zerstörung und raubwirtschaftlicher Enteignung geworden ist. Das sind wahrhaft schlechte Zeiten für die neue historische Schule der „Post-colonial Studies“: Wenn ihre Anhängerinnen und Anhänger sich nicht unglaublich machen wollen, dann werden sie das Präfix recht bald aus ihrem Vokabular streichen und sich der zyklischen Wiederkehr kolonialistischer Herrschaftspraktiken stellen müssen – und somit der Tatsache, dass **das kapitalistische Weltsystem immer wieder Dynamiken freisetzt, in die das Massenverbrechen strukturell eingeschrieben ist**.

Vordergründig war dem Projekt der globalen Neuordnung trotzdem ein durchschlagender **Erfolg** beschieden, und deshalb werden die sich schon jetzt auftürmenden Hypotheken der kollektiv-imperialistischen Kolonialpolitik von den Welteliten achselzuckend in Kauf genommen. Im Schatten der militärischen Aggressionspolitik konnten wesentliche Traktanden der Neuordnung – insbesondere das Freihandelsdiktat der WTO gegen die Landwirtschaft der südlichen Hemisphäre – durchgesetzt werden, und erst im vergangenen Jahr gelang es einer neuartigen Koalition des „globalen Südens“ bei den Verhandlungen von Cancún, den Durchmarsch des US-dominierten *Agro Business* wieder etwas zu verlangsamen. Die weltwirtschaftlichen Grunddaten zeigen seit der Jahrtausendwende deutlich nach oben, und China, Ostmitteleuropa sowie einige Länder Südostasiens gelten inzwischen als stabile Motoren der globalen Ökonomie. Dem jüngsten Überblick des IMF zufolge ist das globale Brutto-Inlandsprodukt 2003 um 4,0 Prozent und im vergangenen Jahr um 4,1 Prozent gestiegen, und für 2005 und 2006 werden weitere Steigerungsraten von 4,3 und 4,4 Prozent erwartet. An dieser **Aufwärtsentwicklung** haben die Schwellen- und Entwicklungsländer im Weltdurchschnitt mit 6,4 Prozent (2003) und 7,2 Prozent (2004) überproportional stark teilgenommen, und auch für das laufende und das nächste Jahr werden ihnen Wachstumsraten von 6,3 bzw. 6,0 Prozent vorausgesagt. Damit korrespondiert eine außergewöhnliche Expansion des Welthandels: Auf die schon überdurchschnittlich hohe Steigerungsrate von 5 Prozent von 2003 folgte im vergangenen Jahr eine weitere Zunahme um 9 Prozent und damit das Doppelte des gleichzeitigen Weltwirtschaftswachstums. Aufgrund der zunehmenden Abwertung des US-Dollars belief sich diese Steigerungsrate 2004 wertmäßig sogar auf 21 Prozent im Warenhandel und auf 16 Prozent in der Dienstleistungsbranche. Und da der Außenwert des US-Dollars in dieser Berichtsperiode um durchschnittlich 11 Prozent zurückging, explodierten die Rohmetallpreise um 36 und die Erdölpreise um 31 Prozent.

Doch dieser erste Schein, der von diesen Globaldaten ausgeht, trägt – selbst aus der Perspektive von oben. Die **US-Ökonomie** bewegt sich angesichts einer ruinösen Rüstungskonjunktur, der ständig wachsenden öffentlichen wie privaten Binnenverschuldung, des zunehmenden technologischen Rückstands wichtiger Industriebranchen und einer sich immer weiter öffnenden Leistungsbilanzschere auf eine **tiefe strukturelle Krise** zu, die auf Dauer nicht vertagt werden kann und die Welteliten zunehmend beunruhigt. Wie dramatisch die Entwicklung inzwischen ist, wird freilich erst deutlich, wenn wir die wichtigsten finanz- und währungspolitischen Daten miteinander korrelieren: Das Budgetdefizit des US-Bundshaushalts hat inzwischen die Marge von 500 Milliarden Dollar überschritten, das Leistungsbilanzdefizit beläuft sich mittlerweile auf 600 Milliarden Dollar pro Jahr, und diese beiden Schuldenparameter können nicht mehr aus Handelsbilanzüberschüssen ausgeglichen werden, weil die Importe seit mehreren Jahren die Exporte weit überflügelt haben. Zusammen

genommen ergibt sich daraus seit Beginn der Ära Bush jr. eine historische Rekordverschuldung in Höhe von neun bis zehn Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts der USA. Die unter der militärischen US-Weltherrschaft konsolidierte **Triade** Europa, Japan und Nordamerika **ächzt** deshalb inzwischen in den Fugen. Sie wird darüber hinaus durch immer größere regionale Wachstumsunterschiede –Zentraleuropa und Japan unter zwei, China über neun Prozent – sowie eine säkulare Tendenz zur Steigerung der Erdölpreise herausgefordert, die durch den Fehlschlag des Irak-Kriegs sowie rapid steigende Prospektions- und Förderkosten bedingt sind. Innerhalb von fünf Jahren hat sich die Führungsmacht des Weltsystems in den **größten weltwirtschaftlichen Nettoschuldner** verwandelt. Sie absorbiert immer größere Teile der globalen Kapitalüberschüsse, und die Gesamtsumme der von den ausländischen Zentralbanken gehaltenen US-amerikanischen Anleihen dürfte inzwischen die Marge von drei Billionen Dollar überschritten haben. Die Folge ist die zunehmende Abwertung der Weltleitwährung Dollar, die noch immer 65 Prozent – elf Billionen Dollar - der von den Zentralbanken gehaltenen Währungsreserven ausmacht. Um ihre eigenen Wechselkurse zu stabilisieren und einen im Gefolge einer noch rasanteren Abwertungstalfahrt drohenden weltwirtschaftlichen Kollaps zu vermeiden, befinden sich die Triade-Partner deshalb in einer immer deutlicher werdenden fiskalischen Erpressungssituation gegenüber der unilateral auftrumpfenden militärischen Supermacht.

Hinzu kommt jetzt **China**, dessen „reformierte“ Staatspartei- und Unternehmereliten inzwischen ganz **unerwartet** als die **größten regionalen Gewinner des Restrukturierungsprozesses** dastehen, weil sie dem anlagesuchenden Weltkapital ein inzwischen auf 140 Millionen Menschen angewachsenes Heer von Migrationsarbeiterinnen und Migrationsarbeitern feilhalten, dem seit nunmehr zwei Jahrzehnten des wirtschaftlichen Aufschwungs neben dem Streikrecht auch alle anderen gewerkschaftlichen Rechte verwehrt sind – eine historisch einmalige wie traurige „Rekordbilanz“ der internationalen Arbeitergeschichte. Die chinesische Zentralbank ist hinter Japan inzwischen zum zweitgrößten Gläubiger der USA aufgestiegen, die ihre China-Importe zunehmend durch die Begehung von Anleihen der Federal Reserve finanzieren.

Entsprechend melden die chinesischen Führungsschichten inzwischen ihre Ansprüche an. Werden die Welteliten des Neoliberalismus es schaffen, den neuen **Juniorpartner** zu integrieren? Und werden die Akteure bereit sein, die gigantischen Defizite der militärischen US-Hegemonie zu übernehmen und auf eine neue **Tetrade** - und dabei insbesondere auf China - zu verteilen, indem es als Gegenleistung die Kopplung seiner Yuan-Währung an den US-Dollar aufgibt? **Oder** wird der derzeitige kollektive imperiale Herrschaftsblock trotz seiner fest gefügten internationalen Instrumente (IMF, Weltbank, WTO, OECD, G7 usw.) und des Netzwerks seiner Zentralbanken wie nach dem Ende der Großen Depression 1896 und wie in der Weltwirtschaftskrise von 1931 in rivalisierende imperialistische Blöcke zerfallen, was den Übergang zu einer weiteren Runde der „schöpferischen Zerstörung“ der ganz besonderen Art – nämlich in regionalen oder gar globalen „Großkriegen“, eventuell sogar unter dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen - zur Folge hätte?

Die Entstehung **multi-polarer imperialistischer Rivalitäten** ist schon heute deutlich zu beobachten. In **Lateinamerika** verstärken sich die Tendenzen zu einer staatsinterventionistischen Abkopplung vom neoliberalen Weltregime. Auch manche Weichenstellungen der deutsch-französischen Kerngruppe der **Europäischen Union** deuten in diese Richtung, obwohl sie strikt

an das neoliberale Paradigma der 1980er und 1990er Jahre gebunden bleiben und durch die neuesten politischen Entwicklungen wieder in Frage gestellt werden. Von wirklich entscheidender Bedeutung wäre aber eine imperiale Blockbildung im globalen **Wachstumszentrum Ostasien**, wo die immer enger werdenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen China, Japan, Indien und Südkorea die ökonomischen Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Aber gleichzeitig hat in Ostasien ein Wettüsten eingesetzt, das vor allem China und Japan zunehmend entzweit und die Brisanz der aktuellen Entwicklung dramatisch aufzeigt. Das Wirtschaftswachstum Ostasiens ist inzwischen durchaus mit dem gigantischen Wachstumsschub Mitteleuropas und der USA vor dem ersten Weltkrieg vergleichbar. Es akkumuliert wie Europa vor 1914 – verfügt aber zusätzlich über Atomwaffen. Wird Ostasien trotz des tiefen, durch den japanischen Hypernationalismus angeheizten Zerwürfnisses um die Hypotheken des zweiten Weltkriegs die europäische Katastrophe von 1914 vermeiden? Wird es, falls dies gelingt, ausgehend von der ASEAN-Konstellation den weltweit mächtigsten regionalen Machtblock formieren, der Europa und möglicherweise auch Lateinamerika zur Seite tritt und die **USA** im Rahmen ihrer NAFTA-Verträge in die Rolle einer nordamerikanischen Großmacht **zurückdämmt**? Und werden die seit den 1970er Jahren neoliberal deformierten Bretton-Woods-Institute dann zusammen mit den Vereinten Nationen die Kraft zu einer regulationspolitischen Rückwende aufbringen und die Weltleitwährung US-Dollar durch eine **multi-polare Währungskombination** ersetzen, um die Rivalität der neuen imperialen Kontinentalblöcke zu bändigen und einen katastrophalen Wettlauf um eine an die USA anknüpfende neue Welthegeemonie zu vermeiden?

Aus der historischen Vergleichsperspektive mit den beiden vorausgegangenen Weltkrisen sind jedenfalls erhebliche Zweifel angebracht. Wer sie sich vergegenwärtigt, wird hinter die von vielen Globalisierungskritikern und den meisten Post-Keynesianern erwarteten Fortschritte aus der Implementierung kontinentaler wohlfahrtsstaatliche Re-Regulierungen ein dickes Fragezeichen setzen: Die Schattenseiten einer solchen Entwicklung zur kontinentalen „**De-Globalisierung**“ sollten klar benannt und offen diskutiert werden. Erstens würde jede blockgebundene post-keynesianische Staatsintervention zur Entschärfung der inneren Klassenpolarisierungen die sich zwischen den kontinentalen Imperien herausbildenden Konflikte unweigerlich forcieren, da sie ungleichzeitig erfolgt, global nicht abgestimmt werden kann und deshalb mit gefährlichen sozial-imperialistischen Implikationen behaftet ist. Zweitens wäre einer solchen post-keynesianischen Restrukturierung beispielsweise der Europäischen Union auch innenpolitisch nur wenig abzugewinnen: Wir sollten nicht vergessen, dass auch der supranational erweiterte Sozialstaat nur seinen eigenen „Staatsbürgern“ gegenüber den Anspruch auf soziale Existenzsicherung und die damit verbundenen politischen Freiheitsrechte gewährleistet, während die Flüchtlinge und MigrantInnen davon weitgehend ausgeschlossen bleiben und/oder erst nach massiven Anpassungsleistungen in den nachfolgenden Generationen „assimiliert“ werden. Die jenseits der Grenzen lebenden „Ausländer“ würden dagegen gewalttätig auf Distanz gehalten, und zwar in direkter Relation zum Ausmaß der Gefälle in den sozialen und politischen Rechten. Drittens würde auch ein post-keynesianisch re-regulierter Supra-Nationalstaat EU die breite Masse der abhängig Beschäftigten davon abhalten, ihre sozioökonomischen Belange selbst in die Hand zu nehmen, mit den Erfordernissen weltweiter Egalität abzustimmen und die nach wie vor bestehende Beschränkung der - repräsentativ-parlamentarisch eingefriedeten - politischen Freiheitsrechte und der - obrigkeitstaatlich gefesselten - sozialen

Sicherheitsversprechen zu überwinden. Wir sollten uns mehr einfallen lassen als ein *Remake* des nach dem Ende des zweiten Weltkriegs etablierten „goldenen“ Zeitalters der Sozialstaatlichkeit, auch wenn die Perspektive inzwischen auf ein kontinental erweitertes politisches Territorium – neben Europa vor allem auch Lateinamerika - projiziert ist.

Neben diesen Tendenzen zu einer multi-polaren „De-Globalisierung“ scheint aber auch die **Wiederkehr einer bi-polaren Welt** möglich, die sich freilich von den dichotomen Strukturen des Kalten Kriegs, der die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts prägte, erheblich unterscheidet. Ihr **Epizentrum** wäre nicht mehr Europa, sondern **Ostasien**, wo seit Mitte der 1990er Jahre die Machtinteressen der USA, Japans, Südkoreas und Taiwans auf diejenigen Chinas, Indiens und Russlands treffen. Dabei garantieren die USA bis heute mit ihrer uneinholbar erscheinenden militärischen Präsenz zusammen mit den hochgerüsteten Partnern Japan und Taiwan die Seewege und machen es China und Indien bis auf weiteres unmöglich, die vor ihren Küsten liegenden Meere zu kontrollieren.

Das durch die unipolare Militärherrschaft der USA solcherart festgeschriebene „Containment“ Chinas wird inzwischen dadurch in Frage gestellt, dass die chinesischen Herrschaftseliten als *new comer* der weltwirtschaftlichen Neuordnung zunehmend von anderen Großmächten hofiert werden, die die **Zurückdrängung der USA-Vorherrschaft** zugunsten einer **multi-polaren Revision der Weltordnung** anstreben. Es handelt sich dabei um **Russland, Indien, Brasilien** - und inzwischen auch die deutsch-französische Kerngruppe der **EU**, die sich in ihrem Oktober 2004 verabschiedeten Verfassungsvertrag offen auf einen neuen Multilateralismus und den Aufbau einer eigenständigen strategischen Rüstungs- und Militärkapazität festgelegt hat. In diesem Kontext ist vor allem die seit Anfang 2004 von Präsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder betriebene Aufhebung des im Jahr 1989 seitens der EU gegen China verhängten Waffenembargos zu sehen. Sie wurde zwar inzwischen wegen des jüngsten chinesischen Sezessionsgesetzes, das Taiwan für den Fall einer formellen Unabhängigkeitserklärung mit einer militärischen Aggression bedroht, vertagt, aber keineswegs aufgehoben. Kurzfristig sind vor allem die Interessen der EU-Rüstungslobby für diesen Schritt verantwortlich zu machen, mittelfristig geht es aber zweifellos auch um eine indirekte Schwächung der USA. Die – mittlerweile freilich recht angeschlagenen - Matadore von Paris und Berlin wollen und können nicht warten, bis sie den Widerstand einiger größerer EU-Länder gegen die Formierung zum imperialistischen Machtblock überwunden und ihr eigenes Potential als mächtiger „Gegenpol“ ins Spiel gebracht haben. Deshalb mischen sie sich verstärkt überall dort ein, wo sie eine Möglichkeit sehen, den Prozess zur Multi-Polarität schon vorher zu beschleunigen. In diesem Kontext erscheint die geplante Aufhebung des Waffenembargos als ein gefährliches Hasardspiel. Zugunsten einer taktischen Allianz mit China – und in dessen Schlepptau mit Russland, dem derzeit wichtigsten Lieferanten von Rüstungstechnologie nach Beijing, sowie Indien – würde das ohnehin schon brüchig gewordene transatlantische Bündnis zerfallen. Statt der angestrebten Multi-Polarität könnte dann eine neue bi-polare Welt entstehen: Europa geriete in eine immer schärfere Frontstellung gegen die USA und Japan. Die Triade würde sich auflösen und einem neuen bi-polaren Rüstungswettlauf Platz machen, der die Welt *und* den Westen ausgehend vom aktuellen ostasiatischen Wachstumszentrum spaltet und die strategische Konstellation in Ostasien zugleich unkontrollierbar macht. Das Ergebnis wäre eine gigantische **eurasiatische Blockbildung** von der Kanalküste bis zu den

chinesischen Meeren und zur Straße von Alaska, die von den See-Inselmächten USA/Kanada, Japan, Taiwan, Südkorea, Australien und möglicherweise Großbritannien flankiert würde. Dagegen würden Latein- und Zentralamerika, der Nahe und Mittlere Osten, Afrika und insbesondere die Erdölförder- und –Transportzentren Kaukasusregion und Zentralasien zu Objekten der neuen bi-polaren Rivalität, das heißt über kurz oder lang zu Schauplätzen von blutigen Stellvertreter- und Regionalkriegen, wie sie ja auch die Ära des Kalten Kriegs von Korea (1950) bis Afghanistan (1979) geprägt haben.

Gegenwärtig dominieren jedoch trotz dieser sich abzeichnenden Verwerfungen und Tendenzen zur Umformung der US-Weltherrschaft in eine multi- oder bipolare inner-imperialistische Konfliktdynamik die Strukturen und Institutionen eines durch die militärische Dominanz der USA gesicherten kollektiven Herrschaftsausgleichs, **eines gegen den globalen Süden gerichteten „Ultra-Imperialismus“**, wie ihn Karl Kautsky schon zwischen 1914 und 1917, mitten im ersten Weltkrieg, als mögliche Herrschaftsvariante des Weltsystems skizziert hatte. Und was das für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre bedeutet, haben die Urbanisten und Sozialwissenschaftler ziemlich überzeugend skizziert: Unter der Obhut der sich „zusammenraufenden“ Tetrade und ihrer Weltinstitutionen wird ein **weitmaschiges Netz von Global Cities** entstehen, das die Welteliten und ihre hochprofitablen Wissensindustrien beherbergt, nämlich die Achsen New York-Philadelphia, Los Angeles-California, Tokyo-Osaka, Paris-Lille-London, Shanghai-Yangtse, Hongkong-Guangzhou, Bombay und Singapur, und durch etwa 250 kontinentale Subzentren an den Knotenpunkten des Netzes ergänzt wird. In dieses Netzwerk werden die National- und Supranationalstaaten bei weiter fortschreitendem Abbau ihrer sozialökonomischen Integrationsaufgaben und gleichzeitigem Ausbau ihrer repressiven Identifikations-, Selektions- und Sicherungsfunktionen integriert werden, und hier werden die Klassenstrukturen und Klassenkämpfe der kommenden Jahrzehnte modelliert. Entsprechend zerklüftet und gegeneinander abgeschottet wird die Sozialgeographie dieser *Global Cities* aussehen, denn für die besonders profitable innovative Kapitalbildung sowie die Reproduktion der Führungsschichten und ihrer Funktionseliten werden auch qualifizierte industrielle Arbeiterkerne, prekäre Dienstleisterinnen und Dienstleister und trikontinentale Billigarbeiter benötigt, die – wie begrenzt auch immer – dank der Migrationsketten in die Agglomerationsachsen vordringen.

2. Die Restrukturierung des Zyklus aus der Perspektive von unten

Für die meisten Gruppierungen der globalen Unterklassen und unteren Mittelschichten hatte der gegen Mitte der 1970er Jahre in Gang gebrachte globale Restrukturierungsprozess einschneidende Folgen, die sich in wenigen Schlagworten zusammenfassen lassen: Globale Landflucht, transkontinentale und vor allem kontinentale Migrationsprozesse, Herausbildung von gigantischen *Slum Cities* und Schattenökonomien, despotisch zugespitzte Ausbeutungskonstellationen in einigen Schwellenländern, transkontinentale Umschichtungen der industriellen Arbeiterklasse, und die Durchsetzung ungeschützter Arbeitsverhältnisse bei konstanter Massenarbeitslosigkeit in den bisherigen Metropolen. Wie im ersten Abschnitt kann ich auch hier nur einige Schlaglichter auf die aktuellen Entwicklungstendenzen werfen und die Verflechtungen und Wechselwirkungen der gesellschaftlichen Umbrüche aufzeigen.

Den entscheidenden **Motor der globalen gesellschaftlichen Umschichtungen** bildet die **Vertreibung der kleinbäuerlichen**

Familien von ihrem Land, die inzwischen die gesamte kapitalistische Peripherie erfasst hat. Das Agrobusiness und die durch das GATT sowie später die World Trade Organisation (WTO) erzwungene partielle Marktöffnung für die Dumping-Konkurrenz der Agrarprodukte des Nordens haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehrere hundert Millionen Kleinbauern des Trikont vom Land vertrieben. Samir Amin zufolge war es zwar einem Teil dieser Kleinbauernfamilien gelungen, im Gefolge der „Grünen Revolution“ der 1960er und 1970er Jahre ihre Produktivität trotz des weiterhin beschränkten Zugangs zu landwirtschaftlichen Maschinen erheblich zu steigern. Jedoch hatten sie gegenüber den hoch subventionierten und technologisch entwickelten Landwirtschaften des Nordens nie eine Chance, und die seit den 1970er Jahren forcierte Hungerpolitik des global operierenden Agrarkonzerns tat ein Übriges. Gegenwärtig gibt es noch etwas mehr als drei Milliarden trikontinentale Kleinbauern, die sich überwiegend in familiär organisierten Erzeugerstrukturen reproduzieren. Unter dem ausschließlichen Regime von Agrobusiness und WTO und im Ergebnis der fortschreitenden Enteignung ihres Jahrhunderts alten Know how könnte die jährliche Erzeugung dieser 3,1 Milliarden Bäuerinnen und Bauern von etwa 50 Millionen Farmern und Landarbeitern aufgebracht werden. **Was aber soll dann mit dem „Rest“ von drei Milliarden geschehen?** Wenn ein Sozialwissenschaftler vom Rang Samir Amins in diesem Zusammenhang von einem drohenden „kapitalistischen Genozid“ spricht, sollte dies sehr ernst genommen werden.

Durch die seit Jahrzehnten anhaltende Landflucht aus der kapitalistischen Peripherie wurden riesige transkontinentale und vor allem kontinentale **Massenmigrationen** ausgelöst. Die transkontinentalen Wanderungsbewegungen sind inzwischen durch brutale Grenzregimes (Schengener Abkommen, Einrichtung von exterritorialen Auffanglagern im europäischen Vorfeld, Befestigung der US-amerikanischen Grenze nach Mexiko) und durch eine rigorose Einwanderungspolitik weitgehend gestoppt worden. Das trifft aber nicht auf die kontinentalen Arbeitswanderungen zu, die durch den Wirtschaftsboom der chinesischen Küstenzone und die Mechanisierung der Landwirtschaft in Indien, auf Java, in Anatolien und in Teilen Lateinamerikas ausgelöst wurden. Allein in China gibt es gegenwärtig 140 Millionen Wanderarbeiter, und ihre Verdopplung steht zu erwarten, weil innerhalb der nächsten zehn Jahre ein Anstieg der Zahl der „überflüssig“ werdenden Landarbeiter auf 250 bis 270 Millionen vorausgeschätzt wird. Sie sind nach ihrer Entlassung aus dem sie an das Land kettenden *hukou*-Status völlig rechtlos und sozial vollständig ungesichert. In den Bergwerken sowie in den Schwitzbuden und auf den Riesenbaustellen der Küstenzone verrichten sie die gefährlichsten Arbeiten. Ihre Hungerlöhne werden ihnen in vielen Fällen nicht ausgezahlt, wenn ihre Unternehmer – vor allem in den Baubranche – Bankrott machen. In Vielem gleicht ihre soziale Lage derjenigen der Bauernarbeiter des zaristischen Russlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts, jedoch mit einem gravierenden Unterschied: Eine Rückkehr in ihre Familien-Clans ist ausgeschlossen, denn die traditionellen Agrarstrukturen sind zerschlagen, das „Tafelsilber“ ist längst verkauft und die 800 Millionen Bäuerinnen und Bauern sind inzwischen einer durch den WTO-Beitritt Chinas international forcierten Kombination von Verelendung und mafiöser Ausplünderung ausgeliefert, die jeder Beschreibung spottet.

In den weltweiten, von der Peripherie in die Schwellenländer und Metropolen vordringenden Prozessen von **Massenverarmung und Proletarisierung** stellen die *Slum Cities* und die sich in diesen entwickelnden Schattenökonomien einen entscheidenden Schwerpunkt dar. Schon die „Grüne Revolution“ und die

„Schocktherapien“ gegen die Entwicklungsregimes des Trikont hatten dazu geführt, dass am Rand vieler Hauptstädte illegale Wellblech-Siedlungen entstanden, die von den landlos Gewordenen aufgebaut wurden und eine ebenso illegale gewerbliche oder dienstleistende Schattenwirtschaft hervorbrachten. Aus dieser Tendenz ist inzwischen ein Massenphänomen geworden, das in diesem Ausmaß von niemand erwartet wurde und eine außergewöhnliche Dynamik aufweist. Neuen Studien der Vereinten Nationen zufolge leben zum ersten Mal in der Geschichte mehr Menschen, nämlich etwas mehr als 3,2 Milliarden, in den Städten als auf dem Land. Von ihnen vegetieren inzwischen in der gesamten kapitalistischen Peripherie und in den Schwellenländern ein Drittel, nämlich eine Milliarde, illegal in riesigen *squatter*-Agglomerationen. Dabei sind mehrere *Hyper Cities* mit mehr als 20 Millionen und einige Dutzend *Mega Cities* mit mehr als acht Millionen Einwohnern im Entstehen, die durch eine breite Palette *in situ* wachsender *Slum Cities* mit durchschnittlich 500.000 Menschen, aber auch durch die Ausweitung vieler schon existierender *Slum Cities* zu ländlich-städtischen Hybridzonen flankiert werden. Wie Mike Davis bei der Auswertung dieser neuen Daten nachwies, werden die *Global Cities* des Weltsystems durch diesen völlig ungesteuerten „Urbanisierungsprozess von unten“ auf dramatische Weise konterkariert und im Süden und Osten durch das sich nur selten überlappende Netz der *Slum Cities* „unterschichtet“. Neben den seit Jahrzehnten bekannten Slum-Agglomerationen am Rand der Metropolen Bombay, Jakarta, Lagos, Buenos Aires, Dhaka, Istanbul und anderen sind völlig neue Namen aufgetaucht: Diese Agglomerationen hat noch niemand vermessen, und auch in den neuesten Atlanten suchen wir sie vergebens. Dabei hat sich die klassische Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Urbanisierung, die die bisherigen Industrialisierungswellen prägte, weitgehend umgekehrt. Die *Slum Cities* wachsen, obwohl die Einkommensmöglichkeiten aus abhängiger Arbeit gesunken sind und sich die infrastrukturellen Bedingungen fortlaufend verschlechtern. Auch die dabei entstehenden Schattenwirtschaften sind – vielen Prophezeiungen zum Trotz – weitgehend von den formalisierten Wirtschaftsprozessen ausgeschlossen. Nur in den *Slum-Cities* einiger Schwellenländer – Buenos Aires und vor allem Istanbul – kam es dadurch zu einer kurzen ökonomischen Scheinblüte, dass die Besetzerfamilien das ihnen von den Behörden schließlich geschenkte Land in mafiöse Bauunternehmen einbrachten, was eine neoliberale Bereicherungswelle „von unten“ und eine Anpassung der Slumgebiete an die normale Stadtgeographie zur Folge hatte. Das sind aber offensichtlich Ausnahmen, ebenso wie das Vordringen einiger metropolitaner Einzelhandels-Discounter in die Schwitzbudensphäre der Schattenökonomie. Wir haben uns vielmehr mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass inzwischen eine Milliarde land- und eigentumslos gewordener Menschen im Kampf gegen den Hunger eine Überlebensstrategie gewählt hat, die einem Prozess der indirekt aufgezwungenen Selbstgettoisierung recht nahe kommt.

Nicht weniger dramatisch sind aus der Perspektive von unten die Massenerfahrungen mit dem Wirtschaftsboom in einigen **Schwellenländern**. In diesem Kontext müssen wir noch einmal auf **China** zurückkommen: Das Reich der Mitte avancierte im vergangenen Jahrzehnt zum „Fließband der Welt“, und in ihm sind mittlerweile die quantitativ wie qualitativ wohl bedeutsamsten Lern- und Formierungsprozess der Arbeiterklasse des neuen Zyklus in Gang gekommen. Aufgrund der rigorosen Zensurpraktiken des Staats- und Parteiapparats sickern die Nachrichten darüber nur spärlich durch, aber sie erscheinen inzwischen dicht genug für einen orientierenden Überblick.

Ausgehend von den Sonderwirtschaftszonen der Küstengebiete hat das anlagesuchende globale Überschusskapital inzwischen den gesamten chinesischen Arbeitsmarkt unter seine Kontrolle gebracht. Der aber wird aus drei noch lange nicht ausgeschöpften Quellen gespeist: Erstens aus den früheren Beschäftigten der Staatsbetriebe, von denen im Ergebnis der Modernisierungs- und Privatisierungsprozesse etwa 30 Millionen entlassen und um ihre Pensionsansprüche gebracht wurden; zweitens aus den Wanderarbeitern der agrarischen Provinzen, und drittens aus den saisonal beschäftigten Bauern-Arbeitern der ländlichen Industriegebiete, deren Zahl sich mit 130 Millionen inzwischen derjenigen der Wanderarbeiter angenähert hat. Sie alle werden **in einen wahren Dschungel der Ausbeutung eingesaugt**, wo ihr Arbeitsvermögen in Montagefabriken, exterritorialen Fertigungsinseln, Joint-Venture-Betrieben, gigantischen urbanistischen Neubauprojekten, Endfertigungszentren und Legionen von Zulieferer-Schwitzbuden verwertet wird.

Zu Beginn des neuen Millenniums hatte es zunächst den Anschein, als würden sich auch die chinesischen Arbeiterinnen und Arbeiter dem erstaunlich raschen Konstituierungsprozess der Arbeiterbewegung anderer Schwellenländer – beispielsweise Südkoreas – anschließen und den Status des derzeit weltweit noch immer billigsten variablen Kapitalfaktors rasch überwinden. Im Frühjahr 2002 entstanden die ersten Wanderarbeiterverbände, und nach den großen Arbeiterkämpfen in Daqing und Liaoning wurden Provisorische Gewerkschaftskomitees gegründet, die der Staatsgewerkschaft die Stirn boten und sich über weite Teile Chinas ausbreiteten.

Diese unabhängigen Arbeiterorganisationen wurden jedoch nach dem Machtantritt der neuen Führungselite um Hu Jintao und Wen Jiabao brutal unterdrückt: Ihre Militanten wurden zusammen mit den sie unterstützenden Intellektuellen in die Arbeitslager verfrachtet. Dadurch wurde der sich entwickelnde Massenprotest enthauptet und zersplittert, aber keineswegs aus der Welt geschafft. Chinesische Sozialwissenschaftler berichten inzwischen über jährlich 50.000 bis 60.000 ernsthafte lokale Zwischenfälle: Straßenblockaden, Fabrikstreiks, Betriebsbesetzungen, Massendemonstrationen von Wanderarbeitern und Bauern, aber zunehmend auch direkte Attacken gegen Polizeiposten und staatliche Einrichtungen. Millionen von Menschen haben auf lokaler Ebene den Kampf gegen die fortschreitende Enteignung ihrer sozialen Rechte, gegen die Schändung ihrer persönlichen Würde durch das despotische Fabrikregime und gegen die oft lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen, aber auch gegen die Verschacherung wertvollen Ackerlands durch korrupte Funktionäre und die Zerstörung ihrer elementaren Lebensgrundlagen durch die Vernichtung ihrer Quartiere und die Verseuchung der Böden aufgenommen. Ihre Lage ist bitter, weil ihre Kontrahenten, die Staatsbürokratie, die Manager der Auslandsunternehmen und die neuen „Tycoons“ der chinesischen Konzerne, die übelsten Seiten des untergegangenen „staatssozialistischen“ Regimes und des aktuellen neoliberalen Verwertungszugriffs miteinander kombiniert haben. Sie können sich nicht direkt mit ihren kapitalistischen Ausbeutern messen, weil an allen Punkten des Zusammenstoßes die despotische Staats- und Parteimacht als Sachwalter des raubwirtschaftlichen Akkumulationstyps sofort dazwischentritt. Welche Lehren die Arbeiter und Bauern aus dieser Erfahrung organisatorisch ziehen, wissen wir nicht, weil schon die potentielle Kontaktaufnahme mit Ausländern mit hohen Strafen belegt wird und bis heute unterbunden ist. Vielfältig belegt ist jedoch die Tatsache, dass sich bei der Masse der chinesischen Arbeiter und Bauern ein abgrundtiefer, anarchistischer Hass auf die Obrigkeit entwickelt, der sich zunehmend in gewalttätigen spontanen Aktionen und auf

Massendemonstrationen entlädt. Am Knotenpunkt des aktuellen globalen Zyklus braut sich ein **brisantes Konfrontationspotential** zusammen: Die Ausgebeuteten sind offensichtlich nicht länger bereit, die extreme Gewalttätigkeit des postkommunistisch-neoliberalen Akkumulationsbündnisses hinzunehmen.

Was aber geschah seit den 1980er Jahren mit der **industriellen Arbeiterklasse** des voraufgegangenen Zyklus? Aus globaler Perspektive gehört sie zu derjenigen Schicht des Weltproletariats, die sich im Prozess der neoliberalen Restrukturierung am besten **behauptet** hat. Aus metropolitaner Perspektive ist dieser Befund überraschend – angesichts der aussichtslos gewordenen metropolitanen Defensivkämpfe gegen die Verlagerung immer größerer Produktionseinheiten der transnationalen Konzerne und inzwischen auch zunehmend der mittleren Unternehmen, aber nicht aus globaler Sicht. Wie Beverly Silver in einer vor zwei Jahren veröffentlichten Studie am Beispiel der Automobilarbeiter nachwies, hat die Verlagerung der industriellen Groß- und Zuliefererproduktion in die neuen Akkumulationszonen die Arbeitermacht nicht geschwächt, weil sich die Industriearbeiter im allgemeinen rasch organisierten und ihren „dozilen“ Status der „frischen Arbeitskraft“ überwandten. Auch die post-fordistische Umstellung der Arbeitsorganisation auf die *just in time*-Verfahren hat ihre *bargaining power* gestärkt, weil die Produktionsabläufe dadurch viel störanfälliger geworden sind. Trotzdem gehören auch die industriellen Arbeiterkerne der neuen Wachstumszonen nicht zu den Gewinnern der Restrukturierung: Die industriellen Auslagerungen erfolgen erst, wenn die in der Innovationsphase eines Produkts erzielten Extragewinne – die entsprechende Konzessionen an die Lohn- und Arbeitsbedingungen erlauben – abgeschöpft sind. Ihren Kämpfen sind daher von Anfang an engere Grenzen gesetzt als in den Metropolen. Hinzu kommen die teilweise extrem repressiven Rahmenbedingungen, die – wie am Fall China geschildert – die Möglichkeiten eines wie militant auch immer konfigurierten *collective bargaining* erheblich einschränken.

Ob sich diese zyklische und zugleich sozialgeographische Reproduktion des Verhältnisses zwischen industrieller Arbeiterklasse und Kapital auch bei den **Transport- und Kommunikationsarbeitern, der zentralen industriellen Arbeiterklasse des 21. Jahrhunderts**, wiederholen wird, ist noch unklar. Ihre Produzentenmacht ist mindestens so groß wie bei den Automobilarbeitern in ihren besten Jahren. Auch wegen ihrer globalen Vernetzungsfunktion verfügen sie über erhebliche Dispositive zur Arbeitermacht. Aber dieser strategische Vorteil hat zugleich den gravierenden Nachteil, dass die Transport- und Kommunikationsarbeiter seit Jahrzehnten entlang den globalen Wertschöpfungslinien hierarchisiert und gespalten sind.

Dessen ungeachtet sind die **metropolitanen Arbeiterinnen und Arbeiter** mit den Folgen einer fortschreitenden **De-Industrialisierung** konfrontiert, die sich in einer von Region zu Region unterschiedlich hohen Arbeitslosenquote niederschlägt. Aufgrund dessen haben sie erheblich an *bargaining power* eingebüßt. Sie waren nicht in der Lage, sich gegen die Durchsetzung ungeschützter Arbeitsverhältnisse wirksam zur Wehr zu setzen. **Im Verlauf der 1980er Jahre erreichte der Prekarisierungsprozess der Arbeiterklasse der Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer auch die metropolitanen Segmente des Weltsystems.** In vielen Ländern – beispielsweise den USA, aber auch England und Italien – ist er inzwischen weitgehend abgeschlossen. Auch in Japan, der früheren Hochburg lebenslanger patriarchalischer Festanstellungen, hat sich die Spaltung des Arbeitsmarkts verfestigt: Über 50 Prozent aller Schul- und Hochschulabgänger

finden keine feste Anstellung mehr und müssen sich auf ein Dasein als Teilzeitbeschäftigte (*freeter*) einrichten, die nur noch 40 Prozent der Löhne der Dauerbeschäftigten verdienen, aus den sozialen Sicherungssystemen verbannt sind und auch von den – in Japan besonders wichtigen – betrieblichen Qualifizierungssystemen ausgeschlossen bleiben. Ihre Einkommen reichen nicht mehr zur Familiengründung. Sie vegetieren in primitiven Wohncontainern oder kehren in die Haushalte ihrer Eltern zurück. Eine derart weit reichende Polarisierung der japanischen Gesellschaft hat es noch nie gegeben.

In **Deutschland** ist die Entwicklung dagegen noch im Fluss, und zusätzlich droht nun mit der bevorstehenden EU-Dienstleistungsrichtlinie eine weitere Verschärfung auf europäischer Ebene. Im Folgenden kann ich nur die allerwichtigsten Daten zusammenfassen. Neben den sechs Millionen faktisch Erwerbslosen befinden sich inzwischen dreizehn Millionen der abhängig Beschäftigten in ungeschützten Arbeitsverhältnissen (Teilzeitarbeiter, geringfügig Beschäftigte, Selbständige Arbeiter, Kontrakt- und Saisonarbeiter, Leiharbeiter, Ein-Euro-Jobber und so genannte Ich-AGs.). Aber auch den noch etwa 19 Millionen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten ist man längst an den Kragen gegangen: Im Jahr 2003 verdienten 3,4 Millionen Vollzeitbeschäftigte Löhne unterhalb eines Stundensatzes von 8,75 €; sie sind arbeitende Arme, denn dieser Lohnsatz entspricht genau der Hälfte des Durchschnittsverdiensts der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten. Selbst durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von nur 7,50 € pro Stunde würde inzwischen das Lohneinkommen von 2,4 Millionen arbeitenden Armen teilweise erheblich angehoben. Die Hauptbetroffenen sind Frauen und Migranten im Einzelhandel, der Gastronomie, dem Reinigungsgewerbe, der Landwirtschaft und den Call Centers. Paradoxerweise basiert auch ein erheblicher Teil dieses neu durchgesetzten Niedriglohnsektors auf Tarifverträgen: Von den Gewerkschaften wurden bis jetzt 670 Tarifverträge teilweise weit unter 7 €/Stunde – und dazu noch mit einer Staffelung West-Ostdeutschland - abgeschlossen. Die Gewerkschaften sind also nicht mehr in der Lage, das Existenzminimum der abhängig Beschäftigten zu verteidigen. Die **Arbeitsarmut** der zunehmend durch osteuropäische MigrantInnen unterschichteten Landwirtschafts- und Gartenbauarbeiter, Gebäudereiniger, Transportarbeiter, der im Einzelhandel und in der Gastronomie Beschäftigten, aber auch der Friseur, Bäckeriarbeiter und Fleischerhandwerker, ist offensichtlich **nur ein Anfang**. Und dieser Anfang ist es, der sich zusammen mit der Tatsache, dass inzwischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die jahrzehntelang hohe Beiträge in die Arbeitslosenversicherung hatten abführen müssen, nach einem Jahr des Arbeitslosengeldbezugs in die Armut gestürzt werden, verheerend auf die gesamte Arbeiterklasse auswirkt. Sie ist inzwischen auch in den industriellen Großbetrieben derart raffiniert in die unterschiedlichsten arbeits- und vertragsrechtlichen Kategorien zersplittert, dass selbst die elementarsten Rechte beseitigt und offene Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerungen und der Menschenwürde Hohn sprechende Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden können. Ihre soziale Würde ist in aller Offenheit zur Disposition gestellt. Dies ist der entscheidende Beleg dafür, dass **der eisige Wind der neoliberalen Neuordnung nun auch bei den letzten metropolitanen Nachzüglern zu wehen beginnt**.

3. Umriss einer erneuerten sozialistischen Alternative

Zweifellos können wir davon ausgehen, dass für die globalen Unterklassen, die überwiegende Mehrheit der derzeit 6,4

Milliarden Menschen, der Kapitalismus seine sozialen **Legitimationsgrundlagen verloren** hat. Das heißt aber noch lange nicht, dass sie über kurz oder lang gegen das Weltsystem revoltieren werden, um es ihren Bedürfnissen nach sozialer Gerechtigkeit und gesicherten Existenzgrundlagen zu unterwerfen und entsprechend umzugestalten. Der Kampf um das nackte alltägliche Überleben in den Slum Cities und Schattenwirtschaften der Peripherie, die zermalmenden Effekte des Booms in den Schwellenländern und die in den Metropolen um sich greifende „große Furcht“ vor den Folgen der dahinschwindenden sozialen Existenzsicherungen verzehren die Energien der meisten. Hinzu kommen in vielen Fällen neuartige spirituelle Angebote zur Bewahrung der Menschenwürde sowie zur sozialen Selbsthilfe in abgeschotteten kleinen Gemeinschaften, aber auch die systematische Desinformation durch die audiovisuellen Medien, die die subalternen Klassen nicht zuletzt im Ergebnis wachsender Analphabetisierung in ganz andere Richtungen lenken.

Bis zu einer gewissen Grenze sind wir selbst gegen derartige **Ventilmechanismen** gefeit – und zwar nicht zuletzt deshalb, weil wir das Privileg genießen, uns mit unseren globalisierten Informationsmöglichkeiten und den in unseren Studierstuben erworbenen analytischen Instrumentarien sehr weit über die Begrenzungen eines mehr oder weniger prekären Lebensvollzugs hinaus zu bewegen. Resultiert aber aus diesen – wie bescheiden auch immer arrangierten – Privilegien nicht auch eine gesellschaftliche Verantwortung? Dürfen wir uns mit mehr oder weniger unverbindlichen Kontemplationen über die Weltläufe begnügen, oder haben wir nicht auch eine Mitverantwortung gegenüber dem anwachsenden „Elend der Welt“? Und sollen wir uns, falls wir dies bejahen, darauf beschränken, den subalternen Klassen eine Stimme zu geben, oder sollen wir noch einen Schritt weiter gehen und mit ihnen einen Dialog über mögliche Wege zur Durchsetzung ihrer sozialen Gerechtigkeitsforderungen aufnehmen?

Mein eigener Vorschlag könnte.... **in einem sich über mehrere Generationen hinziehenden Transformationsprozess** zum Tragen kommen. Unverzichtbar sind und bleiben dabei erstens die subalternen Klassen als vielfältig vernetzte Akteure, die in ihren sozialen Kämpfen Lernprozesse durchlaufen und auf allen Ebenen – lokal, territorial und global – eigenständig entscheidungs- und handlungsfähig werden. Zweitens sollten parallel dazu aber auch Strukturen des Transformationsprozesses geschaffen werden, in denen das Er kämpfte fixiert und reproduziert werden kann, um als Ausgangspunkt für die nächsten Schritte zu dienen. Diese Verschränkung von sozial emanzipatorischer *Agency* und neuer **systembildender Struktur** eröffnet wohlgerne eine **Perspektive für Jahrzehnte und mehrere Generationen**. Räumlich werden diese Prozesse dagegen durch die Interaktion zwischen lokalen, regionalen, kontinentalen und globalen Initiativen vermittelt werden.

Entscheidend ist und bleibt dabei die lokale Ebene. Die lokalen Initiativen werden zwischen den beiden Extrempolen *Global Cities* und *Slum Cities* agieren. Qualitativ sind ihre Zielsetzungen dabei identisch: Soziale Gerechtigkeit, Existenzsicherung und Gleichheit. Auf dem Weg dorthin werden überall basisdemokratische Selbstorganisationen entstehen, in denen die entscheidenden Lernprozesse stattfinden, die die Menschen zu ihrem Aufbruch zu neuen solidarisch-sozialistischen Ufern befähigen. Dem gegenüber werden die Aktionsformen, die zu diesem Ziel hinführen, durch die jeweiligen Standortbedingungen geprägt sein. In den *Slum Cities* wird die kommunale Sozialisierungspraxis zunächst auf die Sicherstellung der elementaren Überlebensbedingungen konzentriert sein: Boden,

Wasser, Elektrizität, Sanitäre Grundversorgung, Einrichtung von Schulen usw. In den *Global Cities* und deren Subzentren wird dagegen die Wiederaneignung und kommunale Sozialisierung der gerade ausverkauften Infrastrukturen und Sozialfonds im Vordergrund stehen: Kommunale Versorgungsbetriebe, Nahverkehr, Gesundheitswesen, Wohnungswirtschaft, Bildung, soziales Grundeinkommen usw.

Für diese **Prozesse der gesellschaftlichen Wiederaneignung** und ihrer kommunal-sozialistischen Fixierung und Neugestaltung werden erhebliche Ressourcen benötigt. Zugleich soll aber, vermittelt durch die auf den neuen Kommunen aufbauenden territorialen Föderationen - Regionen (wie beispielsweise Südliches Afrika, Ostasien, Südosteuropa usw.) und Kontinente -, so schnell wie möglich eine **egalisierende Umverteilung** der gesellschaftlichen Reichtümer in Gang kommen. Deshalb sollte die kommunale Sozialisierungspraxis auch auf der Vermögensebene zugreifen. Dies lässt sich am ehesten durch die **Abschaffung des Erbrechts** bewerkstelligen: Die Geld- und Sachwerte der Kapitalvermögensbesitzer sind nach deren Tod den neuen Kommunen zu übereignen. Dies kann auf humane und respektvolle Weise und unter Berücksichtigung der legitimen Existenzrechte der Nachkommen geschehen, sodass es möglich erscheint, die mit den Eigentumstransaktionen verbundenen Gefahren gewaltsamer Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Selbstverständlich haben die weltweit aufblühenden selbst organisierten und selbst verwalteten Kommunen und die von diesen ausgehenden territorialen Föderationen nur dann eine Chance, wenn sie von Anfang an in einer **intensiven internationalen Vernetzung** entstehen. Ihre idealen Kommunikationspartner werden die Migrantinnen und Migranten sein, die dem Prozess der sozialen Emanzipation eine unverwechselbare transkulturelle Perspektive verleihen und die Grenzregime der National- und Supranationalstaaten aus den Angeln heben.

Hinzu kommen Migranten und Migranten der besonderen Art: Die **Transport- und Kommunikationsarbeiter**, die das Weltsystem inzwischen zu weltweit zirkulierenden Arbeitsnomaden geformt hat. Sie konstituieren den **Kern der industriellen Arbeiterklasse des 21. Jahrhunderts**. Durch ihre Assoziation entsteht eine komplementäre Perspektive weltweiter Sozialisierung, weil sie im entscheidenden High-Tech-Sektor des transnationalen Kapitals verankert sind. Sobald sie ihn in allen seinen regionalen, kontinentalen und transkontinentalen Verzweigungen in Selbstverwaltung übernehmen, verwandelt sich tendenziell die gesamte materielle wie immaterielle Güterproduktion und -Verteilung der Welt in einen integralen Bestandteil des sozialistischen Transformationsprozesses. Die Sozialisierung und durch die unmittelbaren Produzenten betriebene Anpassung der übrigen Wirtschaftssektoren an die Erfordernisse der großen Umgestaltung wird Zug um Zug folgen. Auf diese Weise wird die **kapitalistische Dynamik entscheidend gebrochen**. Nun kann die sich sozial und politisch demokratisierende Gesellschaft endlich die Früchte der kapitalistischen Industrialisierung ernten, die die notwendige Arbeit radikal verringert und den Anteil der lebendigen Arbeit an der Gütererzeugung gewaltig reduziert hat. Dabei wird die Entfaltung der sozialistischen Arbeiterdemokratie mit einer **enormen Verkürzung der Arbeitszeiten** einhergehen. Auf diese Weise werden sich die unmittelbaren Produzenten die erforderliche Zeit für die aktive Gestaltung des Transformationsprozesses verschaffen, die sie gemeinsam mit den kommunal-sozialistischen Initiativen vorantreiben.

Die lokalen und internationalen Transformationsinitiativen werden sich jedoch nicht darauf beschränken können, sich

arbeitsteilig zu konstituieren und die Gegenangriffe der Mächte des kapitalistischen Weltsystems in die Schranken zu weisen. Vielmehr sollten sie sich zu regionalen Föderationen zusammenschließen, die kontinentalen Blöcke (ASEAN, NAFTA, APEC, OAU, EU) in kontinentale Föderationen umwandeln und schließlich **die Vereinten Nationen in eine sozialistische Weltföderation transformieren**, in der alle Kontinente gleichberechtigt assoziiert sind. Unter ihrer Regie und Entscheidungskompetenz werden dann **flexible Planungsinstrumente** zur Bearbeitung all jener Probleme ins Leben gerufen werden, die nur noch auf globaler Ebene gelöst werden können: Eine weltweit greifende **Agrarreform** zur nachhaltigen Stabilisierung der kleinbäuerlichen Wirtschaften des Südens und zur dauerhaften Überwindung des Hungers, die Urbanisierung der *Slum Cities* und die Integration ihrer Schattenökonomien, die Aufhebung aller Migrationsschranken, der Einsatz der Finanz- und Geldpolitik zur endgültigen Überwindung des Nord-Süd- und des West-Ost-Gefälles, die Egalisierung des Zugangs zu den Energieressourcen, der Stopp der Umweltzerstörung und weit reichende Maßnahmen zur Abwendung der Klimakatastrophe, aber auch die Zerstörung aller Massenvernichtungswaffen und eine damit einhergehende weltweite Rüstungskonversion sowie die Auflösung aller staatlichen Gewaltapparate. Dagegen sollten die außerhalb der UN bestehenden Bretton-Woods-Institute (IMF, Weltbank, WTO) aufgelöst werden, weil sie wegen ihrer Koordinierungs- und Kontrollfunktion gegenüber den Nationalökonomien dysfunktional geworden sein werden, aber auch deshalb, weil ihre Kader in der Ära des Kalten Kriegs und der neoliberalen Deregulierungen allzu willig die Vorgaben der Welteliten umgesetzt und in vielen Fällen sogar noch radikalisiert haben.

Zweifellos handelt es sich bei diesem Vorschlag über weite Strecken um eine **Vorwegnahme** von Massenerfahrungen. Die subalternen Klassen sind in bitteren alltäglichen Überlebensanstrengungen befangen. Soweit sie dem dadurch auf ihnen lastenden Druck nicht nachgeben und die erfahrene Gewalt nach innen und unten „weiterreichen“, projizieren sie ihre Bedürfnisse nach menschlicher Würde und sozialer Gerechtigkeit derzeit ganz überwiegend auf spirituelle Heilerwartungen. Darüber hinaus gibt es aber auch wichtige konkrete Anknüpfungspunkte auf kommunaler Ebene und in den inzwischen weltweit aktiv gewordenen Sozialbewegungen. Mein eigener Vorschlag versteht sich in diesen Kontexten als ein bescheidener Versuch, die Erfahrungen des weltweiten sozialen Widerstands mit einer Analyse der aktuellen globalen Entwicklungstendenzen zu kombinieren und daraus eine **Gegenperspektive** zu entwickeln, die die **Fehler der vergangenen sozialistischen Transformationsvorstellungen vermeidet**. Er wird selbstverständlich durch die Massenerfahrungen der nächsten Jahre korrigiert, vielleicht aber auch gänzlich verworfen und durch bessere Transformationswege ersetzt werden. Insofern bleibt er immer der Einsicht verpflichtet, dass **die „soziale Frage“ nur von denen gelöst werden kann, deren Existenzrechte beseitigt wurden oder bedroht sind**. Sie werden im Ergebnis ihrer Lernprozesse den aus den derzeitigen Erfahrungen des sozialen Widerstands und aus dem Wissenspotential der internationalen Neuen Linken zusammengetragenen konzeptionellen Vorgriff korrigieren, verwerfen oder bestätigen. Er wird sich aber auf jeden Fall dann überlebt haben, wenn **weltweit eine neue Schicht von Arbeiter-Intellektuellen** entstanden ist, die die Kluft zwischen den alltäglichen Überlebensanstrengungen und den spirituell eingefriedeten Hoffnungen auf soziale und politische **Gerechtigkeit und Gleichheit** überwunden hat und **den sozialistischen Umbruch im Habitus der kommenden Generationen verankert**.

Schuldenerlaß für die USA? George Bush feiert seinen Schuldenerlaß. Dabei sind Entwicklungsländer längst zum Gläubiger der USA geworden

Euphorisch hat UN-Generalsekretär Kofi Annan am Dienstag in New York das gemeinsame Angebot von USA und Großbritannien, die Finanzhilfen für Afrika zu erhöhen, begrüßt. US-Präsident George W. Bush und der britische Premierminister Anthony Blair hatten zuvor nach ihrem Treffen in Washington angekündigt, in diesem Jahr zusätzliche Mittel in Höhe von 674 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen. **Bush und Blair** waren sichtlich **beeindruckt von ihrer eigenen Großzügigkeit**. Auch, weil sie nicht nur die Verstärkung der Finanzhilfe beschlossen, sondern zugleich einen vollständigen Schuldenerlaß für die ärmsten Staaten Afrikas in Aussicht gestellt hatten – allerdings gebunden an **politische Auflagen**. Das alles soll geschehen, ohne die Töpfe der Weltbank anzurühren. Es handelt sich hierbei jedoch um geschickte **Öffentlichkeitsarbeit**.

Ein Editorial aus der Feder von Eduardo Porter in der New York Times vom 5. Juni macht unmißverständlich deutlich, daß die Entwicklungsländer in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Finanzier der USA geworden sind: »Arme Länder sind zu Geldgebern der Vereinigten Staaten geworden. Sie ermöglichen damit den extrava-

gantesten Konsumrausch in der Weltgeschichte.« Das Institute of International Finance – ein Lobbyorgan der US-Banken – schätzt die bei US-Banken angesparten Guthaben der Entwicklungsländer auf etwa 400 Milliarden Dollar. Rußland steuert 124 Milliarden Dollar bei. Indien horstet 124 Milliarden Dollar in den USA. Das ist selbst dem Gouverneur der US-Zentralbank und Bush-Wirtschaftsberater Ben S. Bernanke unheimlich: »Aus der Sicht der Entwicklungsländer ist es als langfristige Option ganz und gar nicht wünschenswert, den entwickelten Ländern gewaltige Geldsummen zu leihen.« Was der US-Wirtschaft zu einem fortwährenden Boom auf Pump an der Börse und bei Immobilienspekulationen verhilft, fehlt den Entwicklungsländern somit, um in die eigene Infrastruktur zu investieren und die Inlandsnachfrage zu beleben. Doch viele Entwicklungsländer befolgen heutzutage freiwillig jene neoliberalen Rezepte, die der IWF ihnen früher mit massivem Druck verordnet hat: Export um jeden Preis, Unterdrückung des Imports, drastische staatliche Ausgabenkürzungen. Die **traumatischen Erfahrungen** mit rasanter Kapitalflucht und **Währungs-**

kollaps haben Länder wie Rußland, Brasilien oder Argentinien dazu veranlaßt, sich ein Sparguthaben abzuhungern, um künftigen Zusammenbrüchen mit eigenen Mitteln begegnen zu können. In Ermangelung von Alternativen auf dem Finanzmarkt lagern diese Ersparnisse in den USA. Die Initiative, eine autonome ostasiatische Entwicklungsbank aufzubauen, wurde von den US-Banken durchkreuzt, wie der frühere IWF-Chefökonom Joseph Stiglitz nachgewiesen hat. Und der Versuch, mit der BCCI eine Entwicklungsbank für den islamischen Raum aufzubauen, pervertierte aufgrund abenteuerlicher Finanzspekulationen in eine kriminelle Veranstaltung mit gigantischen Veruntreuungen. Angesichts der **gigantischen Kapitalinfusionen** in die hoffnungslos verschuldete US-Ökonomie durch die Entwicklungsländer fallen die nunmehr abgeschriebenen afrikanischen Schulden überhaupt nicht ins Gewicht
Hermann Ploppa (Junge Welt 8.6.2005)

s. auch die Erklärung vom Komitee für die Abschaffung der Schulden der Dritten Welt:
www.cadtm.org/article.php3?id_article=1448

Philipp Hersel: »Der Süden blutet aus«

Kredite für Kredite: Ein Ausweg aus dem Teufelskreis ist ohne radikalen Schuldenerlass nicht möglich.

Interview: Wolfgang Pomrehn, Junge Welt 9.6.05

F: Frankreich, Deutschland und Japan haben alternativ zu den britischen Vorstellungen einen eigenen Vorschlag zur Entschuldung vorgelegt. Was steht drin?

Nichts als heiße Luft, was man versucht, hinter komplizierten technischen Details zu verbergen. Im Grunde genommen wird lediglich vorgeschlagen, bei der so genannten HIPC-Initiative, einem fragwürdigen Entschuldungsprogramm für die ärmsten Länder, noch einen minimalen Nachschlag zu gewähren. Dabei werden die Zugangskriterien dafür sogar noch ein bisschen schärfer als bisher, so dass nur fünf Länder in den Genuss des Nachschlags kämen, und zwar Mali, Mauretanien, Niger, Äthiopien und Guayana. Der Nachschlag wäre ein winziger Schuldenerlass, der sofort ausgesetzt wird, sobald der jährliche Schuldendienst einen gewissen Wert unterschreitet, und wieder in Kraft tritt, sobald die Schwelle wieder überschritten wird. Aus meiner Sicht ein völlig planloser Vorschlag. Die Länder hätten **nicht einmal den Hauch einer Chance auf echte Entschuldung und einen wirtschaftlichen schuldenfreien Neuanfang**.

F: Was ist denn das Motiv für diesen Minimalvorschlag?

Hauptsächlich das Argument leerer Kassen. Die Verschuldungskrise kostet tagtäglich Tausenden Menschen das Leben. Finanzminister Eichel sagt also ohne mit der Wimper zu zucken, wir nehmen diese Toten billigend in Kauf. Anders kann man seine Aussagen nicht verstehen. Darüber hinaus wird gesagt, man müsse für jedes einzelne Land immer wieder prüfen, ob es in den Genuss von Entschuldung kommen sollte, ob es überhaupt die extrem neoliberalen **Auflagen** von IWF und Weltbank erfüllt. Daran zeigt sich, dass es inzwischen meist nur noch darum geht, dass die Gläubiger ihre Erpressungsmittel behalten wollen. Sie wissen selbst, dass sie nur noch sehr mickrige Rückzahlungen erwarten können. Aber die Schulden lassen sich in internationalen Verhandlungen, zum Beispiel in der UNO oder der Welthandelsorganisation WTO hervorragend als **Druckmittel gegen die Entwicklungsländer** einsetzen.

F: Im Zusammenhang mit der von den Briten vorgeschlagenen »International Financial Facility« (IFF) wird von Kritikern moniert, sie würde nichts am Transfer von Süd nach Nord ändern. Wie ist das zu verstehen? Spätestens seit der Asienkrise, wie vorher schon einmal in den 1980er Jahren, haben wir netto **massive Kapitalflüsse, die vom Süden in den Norden** gehen. Die sind weit größer

als das, was an Entwicklungshilfe in den Süden fließt. Unter den heutigen Bedingungen der Weltwirtschaft blutet der Süden also systematisch aus.

F: Wie kommen diese Kapitalflüsse zustande?

Das läuft hauptsächlich über Kredite. Es ist immer so, dass der Gläubiger mehr zurückbekommt, als er einmal gezahlt hat, weil er **Zinsen** kassiert. Das ist völlig normal. Nur ist die Frage, ob man unter den heutigen weltwirtschaftlichen Bedingungen als Schuldner mit einem Kredit auch genug Gewinn erwirtschaften kann, um die Zinsen zu bezahlen. Meiner Ansicht nach ist das im Rahmen einer neokolonialen und neoliberalen Weltwirtschaft, wie wir sie heute haben, bedingt durch das Regime des Internationalen Währungsfonds und den Handelsbedingungen, wie sie mit der der WTO geschaffen wurden, nicht möglich. Die **wenigsten Länder des Südens** schaffen es heute, **Handelsüberschüsse** zu erwirtschaften, um damit ihre Zinsen zahlen und Schulden tilgen zu können. Die Gläubiger geben stattdessen ständig neue Kredite, mit denen die alten zurückgezahlt werden. So dreht sich die Spirale jedes Jahr ein Stück weiter. Ein Ausweg aus diesem Teufelskreis ist ohne einen radikalen Schuldenerlass überhaupt nicht möglich.

Strategische Probleme und Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegungen

Workshop des wissenschaftlichen Beirates von Attac Deutschland, Februar 2005

Was tut eigentlich der wissenschaftliche Beirat von Attac? Um Aufklärung in diese Sache zu bringen, sei hier ein kurzer Bericht über den letzten Workshop im Februar 2005 gegeben, wo über Strategische Probleme und Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung beratschlagt wurde. Trotz weitreichender Kampagnenarbeit, Großdemonstrationen und internationaler Vernetzung der globalisierungskritischen Bewegung auf den Weltsozialforen läßt sich derzeit so etwas wie ein „Strategieloch“, ein Mobilisierungstief feststellen. Handelt es sich hierbei nur um „Zwischenzeiten“ eines normalen Bewegungszyklus (siehe **Peter Wahl** SIG 42) oder hat dieses Abflauen doch andere, tiefgreifendere Gründe? Wie kann einer Mobilisierungs- und Bewegungsflaute schwungvoll und offensiv begegnet werden oder gilt es einfach, die Mühen der Ebenen zu durchlaufen, bis ein erneutes Ereignis oder ein konkreter Konflikt die Dynamik der Bewegung wieder beflügelt?

Peter Wahl und Werner Rätz vom Attac-Koordinierungskreis, Elmar Altvater sowie Christa Wichterich nahmen dazu Stellung (siehe Beiträge in dieser Ausgaben der SIG). **Christa Wichterich**, die den wissenschaftlichen Beirat längere Zeit im Attac-Rat vertreten hat, bemerkte grundsätzlich, dass eine Mobilisierungs- und Bewegungsflaute bereits öfter reflektiert wurde. **Werner Rätz** gab zu Bedenken, dass es nach wie vor darum gehe, Globalisierung in Wahrnehmbarkeit umzusetzen und in den Kern neoliberaler Glaubenssätze zu zielen. Anstatt einer „Verwaltung des Mangels“ gelte es die Überzeugung des „Genug für alle“ stark zu machen. **Elmar Altvater** appellierte daran, über den Kapitalismus hinaus zu denken (etwa „Solidarische Ökonomie“) und die Machtfrage nicht außer Acht zu lassen, auch wenn diese sich auf globaler Ebene nicht so direkt stelle, wie dies nationalstaatlich der Fall ist.

Die Eingangsreferate wurden durch weitere für die globalisierungskritische Bewegung bedeutende Themenblöcke ergänzt: **Martin Büscher** (Evangelische Akademie Iserlohn) berichtete etwa über die Globalisierungskritik in den Kirchen. Er gab einen kurzen Überblick zu den globalisierungskritischen Positionen der evangelischen Kirche und verdeutlichte, dass Impulse einer kritischen Reflexion der Globalisierung besonders von der Basis und einzelnen kirchlichen Amtsträgern ausgehen. Die EKD in ihrem volkswirtschaftlichen Verständnis sei eher konservativ und auf Konfliktvermeidung ausgerichtet. Ein weiterer kritischer Anstoß könne von der Debatte auf der Ebene des Weltkirchenrates ausgehen, wobei es zunächst auf eine bessere Vernetzung auf europäischer Ebene ankäme. Hier könnte ein konkreter Anknüpfungspunkt für Attac liegen.

Hans-Jürgen Urban (IG-Metall) lieferte des Weiteren einen Beitrag über das Verhältnis von Globalisierungskritik und Gewerkschaften, der von Thomas Sablowski kommentiert wurde. Die Gewerkschaften stünden strategisch vor der Entscheidung, (1.) sich stärker auf das Kerngeschäft zu konzentrieren (Tarif-, Organisations- und Betriebspolitik), (2.) einer Mobilisierung betrieblicher Konflikte, (3.) eine pragmatische Position einzunehmen, d.h. weg vom Kampf, hin zur Dienstleister-Logik, oder (4.) eine Reaktivierung und Erweiterung des politischen Mandats zu fordern. Wenn davon ausgegangen werden kann, dass sich die politische Repräsentanz zunehmend von der Basis, von einer Mobilisierung abschottet, so dass es in den politischen Entscheidungsarenen kaum noch Bündnispartner gibt, dann muss neu darüber nachgedacht werden, wie politischer Druck

entfaltet werden kann. Damit drängt sich auch für die Gewerkschaften die Suche nach anderen, (zivil-)gesellschaftlichen Bündnispartnern auf. In der letzteren Strategievariante, der Reaktivierung des politischen Mandats der Gewerkschaften, könnte eine Kooperation mit Attac möglich sein. **Thomas Sablowski** wandte ein, dass es für Attac wichtig ist, Autonomie zu wahren und Kooperationsmöglichkeiten mit Gewerkschaften gut abzuwägen. Allerdings gelte es für das Profil von Attac, Konflikte um Arbeit und um kapitalistische Produktionsweise zu thematisieren. Das sei bis jetzt zu wenig passiert, außerdem muss darüber nachgedacht werden, wie die politische Basis von Attac strukturiert ist und wie breitere Kreise der Lohnabhängigen angesprochen werden können. Interessant für Attac ist die geplante Bildungsoffensive der IG-Metall, 6.000 MultiplikatorInnen auszubilden, um neoliberale Gemeinplätze mit tragfähigen politischen und gesellschaftlichen Alternativen zu erwidern.

Eine weitere Bereicherung des Workshops war die Teilnahme einiger VertreterInnen von Attac Frankreich (**Thomas Coutrot**), Österreich (**Karin Küblböck**, **Cornelia Staritz**) und der Schweiz (**Alessandro Pelizzari**). Bereits in der Diskussion der Eingangsreferate wurde deutlich, dass in anderen europäischen Ländern – exemplarisch **Frankreich, Österreich, Schweiz** – die politischen Analysen grundsätzlich geteilt werden, obgleich sich sowohl die politischen Systeme der einzelnen Länder (etwa direkte Demokratie in der Schweiz) als auch die aktuell politische Situation (etwa konservativ-rechte Regierung in Österreich) unterscheiden. Angesichts der Mobilisierungsflaute, oder vielleicht lässt sich besser von „Erschöpfung“ der globalisierungskritischen Bewegung sprechen, konzentriert sich Attac Österreich u.a. auf die historische Analyse anderer sozialer Bewegungen (Arbeiter-, Frauen-, Friedensbewegung etc.). Was lässt sich von diesen sozialen Bewegungen lernen? **Alessandro Pelizzari** (Schweiz) schlug außerdem vor, ein Blick auf die soziale Struktur von Attac Deutschland zu werfen: Wer sind eigentlich die Attacies? So stellte sich in der Diskussion heraus, dass die Mitgliederstruktur in den einzelnen Ländern sehr differiert. Während Attac Österreich vorwiegend jüngere Leute als AktivistInnen anzieht und aufgrund der bewussten Organisationsstrategie, zentrale Positionen mit Frauen zu besetzen, einen guten Anteil aktivistischer Frauen aufweisen kann, bildet die soziale Basis von Attac Frankreich überwiegend ältere Mitglieder, die stark im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, ungefähr die Hälfte davon LehrerInnen, die meist Gewerkschaften oder Parteien angehör(t)en. **Thomas Coutrot** (Frankreich) ergänzte die Eingangsreferate und politischen Analysen um die These einer Verschiebung des Globalisierungsdiskurses seit dem 11.9.01. Die derzeitigen Schwierigkeiten der globalisierungskritischen Bewegung hingen auch damit zusammen, dass es seit diesem Zeitpunkt keine Versprechungen seitens der Regierungen/der Staaten hinsichtlich einer vernünftigen Sozialpolitik, sondern lediglich Sicherheit- und Schutzversprechen gebe, den die sozialen Bewegungen kaum etwas hinzu- oder entgegenzusetzen könnten. Angesichts dieses Legitimationsdiskurses von Herrschaft in einem „permanenten Ausnahmezustand“ seien die sozialen Bewegungen quasi „entwaffnet“. Fraglich bleibt, was die globalisierungskritische Bewegung dieser post-11.9.-Periode entgegenzusetzen könne.

In der weiteren Diskussion wurde die veränderte Rolle und Funktion des Staates immer wieder zu Bedenken gegeben. Nicht nur die ökonomische Kriegspolitik auf internationaler Ebene, sondern auch der grundsätzliche Umbau des (Sozial-)Staates auf nationaler Ebene sei zu beachten. So müsse die Frage, was heute das politische Feld strukturiere, grundsätzlich geklärt werden, um – an **Elmar Altvater** anknüpfend – erneut, wenn auch in veränderter Form, die Machtfrage zu stellen. Eine Eingangsbemerkung von **Peter Wahl**, dass Attac die erfolgreichste Bewegung seit Ende des Kalten Krieges sei, wurde damit erwidert, Attac stärker in Kontinuität zu anderen Bewegungen zu begreifen. Stärken und Schwächen der Organisationsstruktur, des Pluralismus, und des Konsensprinzips etc. seien eine grundsätzliche Diskussionen Wert. Widersprüche, die innerhalb der Arbeit von Attac sowie des wissenschaftlichen Beirates auftreten, sollten stärker herausgestellt und aufkommende Kontroversen auch tatsächlich ausgetragen werden. Selbstkritisch wurde für die Arbeit des wissenschaftlichen Beirates eine verbindlichere Arbeitsstruktur eingefordert.

Da nicht nur eine Erschöpfung innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung, sondern eine Abschottung der politischen Repräsentanz trotz großer Demonstrationen und starker Mobilisierung festzustellen sei, stelle sich außerdem die Frage der Umsetzbarkeit und Implementierung von konkreten Forderungen. Wie kann die globalisierungskritische Bewegung mehr Durchsetzungsfähigkeit erlangen? An den wissenschaftlichen Beirat wurde konkret mit dem Anspruch herangetreten, Antworten darauf zu finden, wie anstatt einer Vielfalt von Themen, die von einer abnehmenden Anzahl von AktivistInnen gar nicht alle bedient werden könnten, Auswahlkriterien für Themen zu finden seien, die eine Verknüpfung zum Attac Profil leisteten. So könnte eine konkrete Aufgabe der Beiratsmitglieder sein, die nach wie vor problematische Verbindung von sozialpolitischen Themen und der Globalisierungsebene argumentativ zu verdeutlichen.

Abschließend stellte **Heide Gerstenberger** einen Vorschlag für eine längerfristig zu planende Kampagne zu globaler Grundversorgung vor, der im wissenschaftlichen Beirat weiter diskutiert werden wird.

Strategien! Aber welche?

Als ein wesentliches Ergebnis des Workshops kann die Kooperation der wissenschaftlichen Beiräte und Attac-Gruppen auf europäischer Ebene angesehen werden. Es wurde eine Kontakt- bzw. Kooperationsgruppe gegründet, welche die Aufgabe verfolgt, die Arbeitsweise, Produkte (z.B. Publikationen) und Diskussionen des jeweiligen Landes kennenzulernen, um bspw. Übersetzungen von Veröffentlichungen vorzunehmen, gemeinsame Publikationen zu erstellen sowie sich gegenseitig ReferentInnen zu vermitteln. Um Attac politisch handlungsfähiger zu machen, sollen gemeinsame Projekte, Themen und Positionen entwickelt, terminlich abgestimmt und umgesetzt werden. Die Zusammenarbeit sollte dabei nicht auf die politischen Gremien, auf den wissenschaftlichen Beirat begrenzt sein, sondern auf allen Ebenen von Attac stattfinden. Es soll zunächst geprüft werden, welche Kooperationen es auf europäischer Ebene bereits gibt und Verbindung zu bestehenden Gruppen (etwa europäischer Memo-Gruppe) aufgenommen werden. Da es nach wie vor nicht die Aufgabe des wissenschaftlichen Beirates sein kann, mit einer Themensetzung Kampagnen vorzugreifen oder gar vorzugeben, gilt es vielmehr Kriterien für eine Auswahl von Themen aufzustellen, die Attac besetzen kann. Dabei kommt es auf das transformatorische Potential der Themen und Instrumente alternativer (Wirtschafts-)Politik an, d.h. die Themen sollten auf „das Andere der Globalisierung“ verweisen.

Für eine thematische Kooperation und als Verantwortliche in dem jeweiligen Bereich konnten Jörg Huffschmid für Steuerpolitik, Birgit Mahnkopf für Handelspolitik/Alternativen zum Freihandel und Elmar Altvater für alternative Wirtschaftspolitik bzw. solidarische Ökonomie gewonnen werden.

Ein erstes umgesetztes Ergebnis des Strategie-Workshops des wissenschaftlichen Beirates war die Unterschriftenkampagne „Europa: Nein zu diesem EU-Verfassungsvertrag; Ja zu einem sozialen, demokratischen und friedlichen Europa“.

Köln 2005, **Bettina Lösch**

Dieser Beitrag basiert auf eigenen Mitschriften sowie den Protokollen von **Karin Küblböck** (Attac Österreich) und **Christian Christen** (wissenschaftlicher Beirat Attac Deutschland).

Elmar Altvater

Zum Verhältnis von Netzwerken und Macht

Strategische Dilemmata von attac

Auf der einen Seite ist attac eine ziemlich erfolgreiche Bildungsbewegung, etwa im Sinne Pierre Bourdieus, der als eine der wichtigsten Aufgaben der globalisierungskritischen Bewegung die "ökonomische Alphabetisierung" hervorgehoben hat. Die Kritik am Neoliberalismus in seinen verschiedenen Facetten von attac und aus attac-Kreisen hat zwar nicht die "Lufthoheit" über den akademischen und „bewegten“ Stammtischen zurückgewinnen können. Aber es ist verhindert worden, dass die neoliberale Ideologie trotz unerhörter Anstrengungen von mit viel Geld ausgestatteten Think Tanks etc. ohne intellektuellen und politischen Widerstand geblieben wäre. Hier zeigt sich sehr deutlich, dass der berühmte "stete Tropfen" den Stein höhlen kann. Dass der SPD-Vorsitzende Müntefering den harten Tobak der Kapitalismuskritik anrührt,

um im Wahlkampf zu punkten, hat mit der Delegitimierung der viele Menschen empörenden Auswüchse der globalen Finanzmärkte zu tun, auf die Attac seit Jahren kritisch verweist.

Der politische Einfluss hingegen wächst nicht mit, er bleibt beträchtlich zurück. Dies zeigt sich etwa an der Kluft zwischen theoretischer Stärke und institutionell gesicherten Stellen an den deutschen Universitäten. Dies zeigt sich auch an der relativen Stärke im außerparlamentarischen und an der Schwäche von globalisierungskritischen Positionen im parlamentarischen Raum. Möglicherweise hat dies mit der politischen Form von attac zu tun. Die (Sozial)forumsbewegung oder die Bildung von Netzwerken auf und zwischen lokaler, nationaler und globaler Ebene ermöglichen eine außerordentliche Intensivierung der

Kommunikation zwischen AktivistInnen verschiedener Gruppen. Doch diese Kommunikation und die dabei erarbeiteten Positionen und Forderungen setzen sich nicht in Macht um. Kampagnen können organisiert werden in der Hoffnung, dass die politische Öffentlichkeit beeinflusst wird und irgendwann die Kampagnenziele auch im parlamentarischen Raum bzw. von der Regierung übernommen werden. Aus diesem Dilemma ergibt sich die Notwendigkeit, das **Verhältnis von Netzwerken und Macht** genauer zu bestimmen als dies in aller Regel in der globalisierungskritischen Öffentlichkeit geschieht.

Dabei darf selbstverständlich nicht unterschlagen werden, dass die Macht (Stichwort Politikverflechtungsfälle) auf verschiedenen Ebenen von lokal über national bis europäisch und global verschränkt ist, daher schwer zu lokalisieren ist und folglich einen Politikansatz erforderlich macht, der viele Ebenen und viele Akteure einschließt, also vieldimensional und widersprüchlich ist und einfache Ansätze verbietet. In Bezug auf Europa bedeutet dies beispielsweise: Auseinandersetzung mit der Lissabonstrategie, die ganz dem Konzept der Standortlogik in deregulierter globaler Konkurrenz folgt, der Ausbildung und Verteidigung eines europäischen Sozialmodells gegenüber dem angelsächsischen *share-holder*-Kapitalismus und die Auseinandersetzung um die Verfassung, die in Zukunft den Rahmen abgibt, in dem überhaupt noch Alternativen gedacht und gemacht werden können.

Ein **zweites** Dilemma ergibt sich aus dem Motto, dass seit der Gründung attac begleitet: **Eine andere Welt ist möglich**. Dies war ja explizit gegen das berühmte und gedankenlose Wort von der Unmöglichkeit von Alternativen am „Ende der Geschichte“ gerichtet. Das Ende der Geschichte bedeutet ja im Verständnis der neokonservativen Ideologen die Ewigkeit des institutionellen Systems des Kapitalismus, also von formeller (und nicht sozialer), von prozeduraler (und nicht materialer) politischer Demokratie, von Marktwirtschaft und von pluralistischer Gesellschaft, in der aber die großen Kapitalgruppen und deren Medien das Sagen haben. In diesem institutionellen Triangel wird die kapitalistische Gesellschaftsformation in alle Ewigkeit fortgeschrieben. Dies exakt ist das Ende der Geschichte.

Wenn eine andere Welt möglich ist, stellt sich sofort die Frage, ob dies **innerhalb** des institutionellen Systems der kapitalistischen Gesellschaftsformation oder **jenseits** des Kapitalismus konzipiert werden kann. Gestattet die pluralistische Gesellschaft Differenz und Diversität der gesellschaftlichen Subjekte, inwieweit kann der Markt reguliert und durch politische Planung der Ökonomie ergänzt werden? Ist anders als Joseph Schumpeter sich dies vor mehr als fünfzig Jahren vorstellte, eine materiale, soziale Demokratie im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Raum als Wirtschaftsdemokratie unter kapitalistisch institutionellen Bedingungen möglich?

Man könnte an dieser Stelle erneut über die **Dialektik von Reform und Revolution** reflektieren. Diese Aufgabe bleibt ohne Frage aktuell. Eine Re-Lektüre von Rosa Luxemburg kann dabei sehr hilfreich sein. Doch die Frage ist zugespitzter als noch vor einem Jahrhundert. Denn zumindest die folgenden Probleme stehen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf der Agenda: Das **fossile Energieregime** geht zu Ende, erstens wegen der größeren Knappheit an Öl und zweitens wegen der Folgen der Verbrennung der fossilen Energieträger für das Weltklima. Die Auswirkungen auf Verkehrssysteme, Konsummuster,

Geschlechterverhältnisse, auf die internationalen Beziehungen und daher auf Krieg und Frieden sind mit Sicherheit enorm, auch wenn keine genauen Prognosen gemacht werden können. Auch stellt sich die Frage nach Wachstum bzw. Schrumpfung, wenn der Treibstoff des Industriemodells nicht mehr so selbstverständlich zur Verfügung steht wie in den bisherigen 200 Jahren der kapitalistischen Geschichte seit der industriellen Revolution. Möglicherweise wird durch diese naturbedingten Grenzen die Frage nach einer **Alternative zum Kapitalismus** auch jenen aufgedrängt, die vom Ende der Geschichte, d.h. implizit von der Ewigkeit des Kapitalismus reden. Es gilt, sich darauf strategisch vorzubereiten. **Ist ein post-fossilistisches Regime überhaupt mit der kapitalistischen Produktionsweise vereinbar?**

Eine andere Frage zielt auf den plünderischen Charakter des modernen Kapitalismus, der unter dem Begriff der globalen **"Enteignungsökonomie"** diskutiert wird. Wegen der Wirkungsweise der globalen Finanzmärkte müssen so hohe Renditen erwirtschaftet werden (man denke an die 25%, die Ackermann für die Aktionäre der Deutschen Bank erwirtschaften will), dass sie nicht mehr aus dem "normalen" Überschuss bzw. Mehrwert abgezweigt werden können. **Die Substanz der Gesellschaften wird daher zu Gunsten der Finanzinstitutionen angezapft**. Die Mechanismen dieser Plünderung bzw. Enteignung werden durch die globalen Finanzmärkte bereitgestellt: Derivate und andere Finanzinnovationen, das Konzept des Shareholder value, die Hedge- und private equity-Fonds, die die Rendite für ihre Klientel der Geldvermögensbesitzer auch auf Kosten der Arbeit maximieren. Aus diesem, breit in die Kritik geratenen Sachverhalt (Stichwort: Münzfering-Debatte) ergibt sich eine sehr gute Über die Notwendigkeit der unmittelbaren Krisenbekämpfung (Asienkrise) weit hinausgehende Begründung für **Regulation auf globaler Ebene**.

In Nischen und an den Rändern der kapitalistischen Ökonomie haben sich Ansätze einer **"Solidarischen Ökonomie"** herausgebildet, basierend auf sehr unterschiedlichen Erfahrungen und mit höchst unterschiedlichen Ansprüchen. Der wissenschaftliche Beirat hätte die Aufgabe, die Potentiale, die in der solidarischen Ökonomie stecken, genauer zu analysieren, um dieses Praxisfeld strategisch gewichten zu können. Zentral ist dabei die Frage, inwieweit aus den Ansätzen einer solidarischen Ökonomie ein politisches Projekt werden kann, das sich auf die verschiedenen erwähnten Ebenen bezieht, das auch die Rolle der supranationalstaatlichen und nationalstaatlichen Regulation einbezieht. Die Frage ist auch, inwieweit hier ein Gegenprojekt gegen die außerordentliche Aggressivität des Neokonservatismus im Entstehen begriffen ist.

Was heißt dies alles für den wissenschaftlichen Beirat von attac? Zunächst einmal ergeben sich aus diesem analytischen Ansatz Arbeitsschwerpunkte für die Theoriearbeit und die Strategieentwicklung. Dabei ist es selbstverständlich, dass nicht immer das Rad neu erfunden werden muss, es gibt bereits viel Expertise innerhalb und außerhalb des wissenschaftlichen Beirats, die systematisiert und gebündelt werden kann. Zu überlegen wäre, ob vom wissenschaftlichen Beirat nicht im Laufe des Jahres ein Reader zur Solidarischen Ökonomie in Kooperation mit attac Frankreich, wo bereits eine intensive Diskussion über die solidarische Ökonomie stattfindet, und attac Österreich, Schweiz, Italien zur besseren Fundierung der Strategiedebatte erarbeitet werden sollte.

Bruchlinien zu den bestehenden Verhältnissen herausarbeitet

Ein Schweizer Blick

Strategische Diskussionen über die Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegungen finden selbstredend nicht im luftleeren Raum statt, sondern sind durchzogen durch widersprüchliche Entwicklungen, die den jeweiligen Entstehungskontext, die regionalen Kräfteverhältnisse und die Erfahrungen konkreter sozialer Auseinandersetzungen widerspiegeln. Es ist daher nicht unwesentlich, zum besseren Verständnis der Diskussionen, die innerhalb von attac schweiz geführt werden, mit ein paar Worten zum politischen und sozialen Kontext zu beginnen, in dem attac schweiz handelt.

Kontext und Entstehung von attac Schweiz

Nicht anders als im übrigen Europa, jedoch mit rund einem Jahrzehnt Vorsprung auf die angrenzenden Staaten, eröffneten Anfang der 90er Jahre Schweizer Unternehmerkreise eine überaus erfolgreiche Offensive auf die Fundamente des im europäischen Vergleich bereits relativ unterentwickelten Sozialstaats und Arbeitnehmerschutzes (vgl. die programmatischen Manifeste der Schweizer Industrie und Finanz: „Schweizerische Wirtschaftspolitik im internationalen Wettbewerb (1991) und „Mut zum Aufbruch“ (1995)). Das gegenüber den Unternehmensinteressen traditionell sehr durchlässige politische System sowie die historisch schwache Widerstandskraft der Gewerkschaftsbewegung führte zu einer zügigen Umsetzung des „Reform“-Programms: Wie die aktuellen Rekordgewinne der großen Schweizer Multis (UBS, Crédit Suisse, Nestlé, Novartis usw.) zeigen, wurde damit das oberste Ziel erreicht, die schleppenden Profitraten wieder anzuheben.

Dennoch blieb auch die Schweizer Wirtschaft im Übergang zum neuen Jahrtausend nicht von den augenscheinlichsten Anzeichen der kapitalistischen Funktionskrise verschont: Massiver Stellenabbau in Folge dramatischer Reorganisationen des Schweizer Kapitalismus (Stichwort *Swissair*), eine sich ausbreitende Armut (die reiche Schweiz verfügt europaweit über eine der höchsten *working-poor*-Raten) sowie Spekulationskrisen in der privaten Altersvorsorge prägen heute das politische Umfeld, in dem eine zutiefst verunsicherte Arbeiterschaft scharenweise in das Lager der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei von Christoph Blocher überwechselte. Es ist aber auch der Kontext, in dem sich neue politische Räume links der etablierten sozialdemokratischen Regierungsparteien öffnen konnten: 1998 kristallisierte sich der v.a. jugendliche Unmut erstmals massiv gegen das World Economic Forum (WEF) in Davos und gegen die WTO in Genf. Im gleichen Jahr gründeten sich unabhängig voneinander in verschiedenen französischsprachigen Kantonen erste lokale *attac*-Gruppen, welche sich ein Jahr später zu „*attac schweiz*“ zusammenschlossen.

Noch heute prägt dieser Entstehungskontext – eine föderalistische Struktur, welche gleichsam „von unten“ wuchs – die Aktions- und Diskussionskultur von *attac schweiz*: Politisch wie finanziell verfügen die Lokalgruppen über ungleich mehr Spielraum als die „zentrale“ Instanz, die in erster Linie als Koordinationsstelle für die lokalen Aktivitäten fungiert. Im Vergleich zur französischen „Mutter“-Organisation gilt es noch weitere gewichtige Unterschiede hervorzuheben: die bereits erwähnte geringe soziale Konflikthaltigkeit und somit das fehlende „kollektive Gedächtnis“ sozialer Kämpfe und Erfahrungen bei gleichzeitig hoher politischer Integrationskraft des politischen Systems, welches mit einer 50jährigen Allparteienregierung und

Ansätzen direkter Demokratie traditionell wenig Spielraum für außerparlamentarische Linke zulässt; damit verbunden: eine schwache institutionelle Anlehnung an die traditionellen Apparate der Arbeiterbewegung; und schließlich die Komplexität eines durch die relativ unabhängigen politischen Kulturen in den unterschiedlichen Sprachregionen geprägten Landes.

Vor diesem Hintergrund ist die Geschichte von *attac schweiz* als eine durchaus erfolgreiche zu betrachten. In einer dynamischen Anfangsphase erreichte die Mitgliederzahl bald die 5000er-Grenze, und *attac schweiz* konnte sich als eine Art „Volksuniversität der Bewegung“ profilieren, welche es verstand, die Debatten innerhalb der ausserparlamentarischen Linken mitzuprägen: der jährliche international renommierte WEF-Gegengipfel „Das Andere Davos“ in Zürich, die Foren rund um die WTO- und G8-Gipfel in Genf, die Sommerakademie sowie die aktive Rolle im europäischen Sozialforums-Prozess haben *attac* zu einem Ort gemacht, in dem neue politische Räume erkundet werden. Als aktionsorientierte Bewegung hat *attac* immer wieder auch Mobilisierungen angestoßen, mitgetragen oder alleine durchgeführt: Nicht nur zu den traditionellen globalisierungskritischen Treffen rund um WEF, WTO usw., sondern von Beginn weg mit dem Anspruch, das Feld der sozialen Auseinandersetzungen in der Schweiz zu besetzen, insbesondere mit den Anti-Privatisierungskampagnen (Post, Stromnetz, Rentenversicherung) und die Aktionen zu den Schweizer Multis (Nestlé), welche beigetragen haben, Breschen in die neoliberale Hegemonie zu schlagen.

Grenzen der Dynamik und Fallen für die Bewegung

Diese positive Bilanz kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch *attac schweiz* es in keiner Weise geschafft hat, die neoliberale Offensive zu stoppen oder auch nur zu bremsen. Im Gegenteil: Wirtschaftsverbände und Regierung üben sich seit Jahren in einer Zermürbungstaktik nach dem Motto: „Demonstriert Ihr nur so viel wollt, wir ziehen unsere Reformen so oder so durch.“ Dramatische Einschnitte in der Renten- und Invalidenversicherung, eine neue Sozialhilfe-Reform, die angekündigte massive Deregulierung des Arbeitsmarktes im Zuge der „Anpassungen“ an die Osterweiterung der EU sowie immer weitergehende Steuerreformen sind gar Ausdruck davon, dass sich die neoliberale Politik verschärft. Zu der gewissen Entmutigung in den *attac*-Reihen über den ausbleibenden politischen Kurswechsel kommt, dass viele AktivistInnen mehr und mehr direkte Erfahrung mit staatlicher Repression machen: Im Zuge der Anti-WEF- und Anti-G8-Mobilisierungen stehen heute massenweise Verhaftungen und brutales Vorgehen der Polizeikräfte mittlerweile auf der Tagesordnung jeder Demonstration, so dass die Bereitschaft für Straßenproteste merklich abgenommen hat. Kurzum: Der Neoliberalismus ist nicht am Ende, aber die sozialen und ökonomischen Kosten seines Weiterbestehens werden immer höher.

Vor dem Paradox, keine tagespolitische Durchsetzungsfähigkeit zu besitzen, gleichzeitig jedoch mit einer großen Erwartungshaltung konfrontiert zu sein, steht die globalisierungskritische Bewegung auch in der Schweiz heute unter dem Druck, politikwirksam zu werden. Damit sind zweierlei Fallen verbunden, die es vor dem Hintergrund der Schweizer Erfahrungen zu vermeiden gilt. Einerseits besteht die Verlockung, angesichts des mässigen Erfolges von Massenmobilisierungen, sich auf das klassische

Politikverständnis zurückzuziehen, wonach die sozialdemokratische Linke die natürliche institutionelle Verlängerung der Bewegungen darstellt. Durch diese engere Anbindung an die parlamentarische Linke, inklusive Gewerkschaftsbürokratien und halbstaatliche entwicklungspolitische NGOs, droht sich jedoch das Versprechen einer „anderen möglichen Welt“ auf das „möglich Machbare in *dieser* Welt“ zu reduzieren, auf ein bestenfalls neo-keynesianisches Projekt, für dessen Umsetzung jedoch die ökonomischen und politischen Voraussetzungen längst abhanden gekommen sind: Einerseits besteht der ökonomische Spielraum für eine Umverteilungspolitik im nationalstaatlichen Rahmen nicht mehr, und andererseits unterscheidet sich das Kräfteverhältnis, das notwendig wäre, um über den Staat eine Reformpolitik durchzusetzen, kaum mehr vom Kräfteverhältnis, das den Prozess einer Strukturalternative erlauben würde. Ohne inhaltliche Konzessionen kann eine solche Anbindung also nicht erfolgen, und so erstaunt es auch nicht, dass in der Schweiz Massendemonstrationen gegen den Krieg zwar durchaus möglich waren, eine ebenso massive Mobilisierung gegen Sozialabbau und Privatisierungen jedoch ausblieb – würde dies doch bedeuten, auf Bundesebene und in vielen Kantonen gegen sozialdemokratische Minister auf die Strasse zu gehen. Ähnlich steht es um das Verhältnis mit den Gewerkschaftsbürokratien, die in nicht wenigen Konflikten (z.B. rund um die Privatisierung der Post) den Bewegungen als Vertreter eines wettbewerbskorporatistischen Konsenses als politische Gegner gegenüber standen, was zur Verunsicherung vieler attac-Mitglieder geführt hat. Schliesslich erweist sich die Zusammenarbeit auch mit den traditionellen NGOs als zunehmend problematisch, haben sich doch viele von ihnen beispielsweise dieses Jahr im Rahmen der Anti-WEF-Mobilisierung auf die Seite von Blairs, Lulas und Sharon Stones Vorschläge zur weltweiten Armutsbekämpfung geschlagen, während gleichzeitig die rot-grüne Stadtregierung Berns gar ein Verbot des Kongresses „Das Andere Davos“ erwo. Andererseits, und als logische Reaktion auf diese Entwicklungen, ist heute die Tendenz zu einer Radikalisierung der Aktionsformen in der Bewegung zu erkennen. Die „Revolutionierung der Alltagspraxis“, wie sie beispielsweise in den Besetzungsaktionen der Umsonst-Kampagne durchschlägt, erscheint indessen in vielerlei Hinsicht als eine linksradikale Variante des „möglich Machbaren“, bei der mangels realer Strategiediskussion das Feld sozialer Machtverhältnisse und Auseinandersetzungen zugunsten alternativer Lebensformen und Alltags“praxen“ verlassen wird. Ähnlich droht auch in der Schweiz die Anti-WEF-Bewegung in die politische Marginalisierung abgedrängt zu werden, verliert sie doch den Anschluss an die Lebenswelten breiterer Gesellschaftsschichten, deren Heranführung an globalisierungskritische Positionen in erster Linie eine Sache gemeinsamer Mobilisierung ist.

Was ist zu tun? Autonomie und Augenmass wahren

Vor diesem Hintergrund scheint klar, dass sich die Perspektive von attac nicht auf das parlamentarisch-institutionelle Terrain beschränken darf, in welchem wir höchstens als Bewegungsarm für ein sozialliberales Projekt unter neoliberalen Rahmenbedingungen dienen können, sondern nach wie vor die gesellschaftliche Transformation und der Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht im Auge behalten muss. Dies bedeutet andererseits aber auch, dass eine solche Perspektive sich nicht in avantgardistischen Aktionsformen erschöpfen darf, sondern eine **autonome programmatische Arbeit** erfordert, welche **Bruchlinien** zu den bestehenden Verhältnissen

herausarbeitet, mit denen potenzielle Bündnispartner (Gewerkschaftslinken, kritische NGOs, etc.) offensiver konfrontiert werden müssen.

Solche Richtungs- oder **Übergangsforderungen** können u.a. anknüpfen an die Charta von Porto Alegre sowie die verschiedenen Aufrufe der Sozialen Bewegungen an den Sozialforen, in denen Vorschläge entwickelt werden, die in der Alltagserfahrung der Menschen ansetzen, aber gleichzeitig eine **weitergehende Dynamik** entfalten können. Forderungen nach radikaler **Arbeitszeitverkürzung**, die **komplette Neugestaltung** des internationalen Handels oder die Diskussion um **gesellschaftliche Aneignung** als Antwort auf die weltweite Privatisierungspolitik sind Forderungen, welche die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum setzen. Für deren Realisierung müssen soziale Infrastruktur und soziale Rechte weltweit ausgeweitet werden, für deren Finanzierung neue, solidarische Finanzierungsquellen erschlossen werden. Ebenso bedingen solche Forderungen eine Diskussion über die gesellschaftliche Organisationsform der Bedürfnisbefriedigung, die über eine simple Rückverstaatlichung hinausgeht und verschiedene Formen von Selbstverwaltung, Genossenschaftswesen, solidarischer Ökonomie usw. miteinbezieht. Die radikale Demokratisierung der Befriedigung grundlegender Bedürfnisse, die Ausweitung von Bürgerrechten und die gesellschaftliche Aneignung öffentlicher Daseinsvorsorge sind somit auch ein erster Schritt, die ökonomischen Entscheidungsträger der demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Damit stellt sich zwangsläufig die Frage nach **Macht und Gegenmacht**.

Eine derartige programmatische Arbeit ist ambitiös – und bescheiden zugleich, denn sie bedeutet eine **Absage an die „ganz grosse Politik“ der medialen Scheinwerfer** und stellt die Frage, an welches Publikum sich attac richtet – und richten kann. Überzogene Illusionen darüber, dass die globalisierungskritische Bewegung eines Tages die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung organisieren und an die Stelle der notwendigen Neugründung der von Mitgliederschwund und Orientierungslosigkeit gekennzeichneten Gewerkschaftsbewegung treten kann, sollten tunlichst vermieden werden. So ist attac beispielsweise in der Schweiz eine Organisation, die in erster Linie gut ausgebildete Angestellte, zumeist aus dem öffentlichen Dienst (also die ehemals stabile und heute verunsicherte „Mittelklasse“), sowie junge Studierende (also zukünftige Lohnabhängige mit unsicheren Perspektiven), anspricht. Diese gesellschaftlichen Milieus haben in der Vergangenheit erheblich von sozialstaatlicher Umverteilung profitieren können und fühlen sich heute vom Versprechen nach sozialer Gerechtigkeit „enteignet“. Das gesellschaftliche Potenzial, welches sie repräsentieren, ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft, und ihre weitere Politisierung braucht viel Durchhaltevermögen und Kreativität, um kollektive Tendenzen der Selbstorganisation zu unterstützen. Aktionen in der Schweiz zur Konstituierung von Aktionskomitees gegen die **Privatisierung** der Post, die heute noch ausserhalb von attac bestehen, oder die laufende Kampagne für **GATS-freie Zonen** sind Mittel, um Räume zu schaffen, in denen attac-AktivistInnen, BasisgewerkschafterInnen und NutzerInnen in einen Diskussionszusammenhang treten können. Und der Erfolg der Kampagne gegen die EU-Verfassung in Frankreich, die als erste wirklich europäische Kampagne von attac die Notwendigkeit an den Tag gelegt hat, Europa als politisches Handlungsfeld zu begreifen, beweist dass nur eine inhaltliche Aufbauarbeit von der Basis her den heutigen Herausforderungen gerecht werden kann. Dies ist bescheiden und nachhaltig zugleich.

Christa Wichterich

Agenda Following oder Agenda Setting?

An einem ausgeprägten Strategiebewusstsein hat es attac nie gefehlt. Rat und Ratschlag diskutieren bei jeder Sitzung über mobilisierungs- und kampagnenfähige Themen und internationale Mobilisierungsereignisse. Der derzeitige Mobilisierungsabschwung und die Bewegungsflaute wurden bereits früh antizipiert.

Nach zwei Jahren als Vertreterin des wissenschaftlichen Beirats im Rat nehme ich attac in einer Reihe inhaltlicher und bewegungspolitischer Spannungsfelder und Dilemmata wahr, die es notwendig machen, strategische Brücken zwischen verschiedenen Parametern und Polen zu bauen oder Vermittlungswege zu finden.

- 1) Der erste Spannungsbogen knüpft an die Frage mobilisierungsfähiger Themen und Ereignisse an. Attac ist ständig auf Ausschau, an welche politischen Themen, Events und Akteure es mit seiner Kritik und Protest andocken kann. Attac war immer gut im agenda following, aber es muss selbst auch attac-spezifische Themen definieren und eine politische Agenda setzen. Es gilt, einen strategischen Bogen zu schlagen zwischen dem agenda following und dem agenda setting, der reaktiven und der pro-aktiven Agenda.
- 2) Unmittelbar daran schließt an, dass attac von Anfang an ein doppeltes Profil hatte als Kritik- und Protestbewegung gegenüber der neoliberalen Globalisierung und als „Alternativ-Bewegung“ bzw. Bewegung gegen das TINA-Prinzip mit dem Anspruch der Zukunftsoffenheit und dem Bruch mit dem neoliberalen Totalitarismus und Determinismus. Um politische Glaubwürdigkeit zu bewahren muss attac in beiden Handlungsfeldern arbeiten, ohne sich den Schuh, um jeden Preis zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort „konstruktiv“ zu sein, anziehen zu müssen.
- 3) Am Anfang waren Globalisierungsthemen. Doch als lokale und nationale Bewegung gerät attac unter Druck, sich innenpolitisch zu Themen zu positionieren; außerdem greifen Ortsgruppen Vor-Ort-Themen von sich aus auf. Attac hat sich bemüht, den Bogen zwischen internationalen und nationalen Themen zu schlagen, indem es ökonomische, finanz-, fiskal-, und sozialpolitische Problemkonstellationen in der Republik als spezifische Varianten und Durchsetzungsformen des neoliberalen globalen Regimes identifiziert und dies in seiner Bildungsarbeit genutzt hat. Es ist unklar, inwieweit dies gelungen ist. Den Bogen zu schlagen zwischen den globalozentrischen Ansätzen mit ihrer Makroperspektive und den globalen Ansätzen mit ihrer Mikro- und Mezzoperspektive ist eine strategische Notwendigkeit, die sich im Bewegungsalltag immer neu stellt.
- 4) Damit hängt zusammen, dass infolge des schnellen Wachstums von attac an der Basis eine breites Themenspektrum von den pluralen Akteuren aufgemacht und bearbeitet wird. Der Kritik am neoliberalen System und seinen Global Players, die langfristig auf Transformationsziele abstellt, steht an der Basis eine Bandbreite von Einzelthemen und eine inhaltliche Zersplitterung gegenüber, die eher lokal, aktuell und realpolitisch motiviert und begründet sind. Attac muss die Kurve kriegen zwischen dem Blick fürs globale Ganze und den kleinen pragmatischen Schritten, zwischen Politik als visionärem und radikalem Kraftakt und den realpolitischen und reformerischen Hausarbeiten.

- 5) Ein strategischer Fokus von attac liegt auf dem Erzielen von Sichtbarkeit und Öffentlichkeit. Demgegenüber sind die subversiven Anteile von attac vernachlässigt, die mit lokalen Praktiken des Widerstands, der Wiederaneignung oder der Revolutionierung der Alltagsverhältnisse einhergeht. In diesem Spannungsfeld muss ebenfalls eine strategische Balance gefunden werden.

Aus den benannten Spannungen und strategischen Dilemmata ergibt sich die Notwendigkeit zu klären, welche Themen die Bewegungsidentität von attac ausmachen. Was ist die Klammer, was sind die Konsense, die die Bewegung zusammenhalten und ihr Profil markieren, was genau ist das Dach, unter dem die vielfältigen Akteurinnen ihre Kräfte bündeln und ihre partikularen Themen zusammenführen können. Diese Fragestellung führt auf den 1. Punkt einer eigenen Agenda zurück. Dazu ist eine Präzisierung notwendig: was ist attac Position, was über neo-keynesianische Ansätze und Restauration des Sozialstaats hinausgeht? Wo sind die angekündigten alternativen Ansätze, Vorschläge, Praktiken?

Das Programm ist umrissen. Es geht darum

- 1) neoliberale Vergesellschaftung zu kritisieren und hegemoniale Diskurse zu dekonstruieren,
- 2) Mechanismen und Akteure von Herrschaft zu analysieren und zu demontieren,
- 3) Emanzipatorische Gegenmacht aufzubauen und politische, ökonomische und soziale Alternativen – nicht eine Blaupause – zu reflektieren, zu erarbeiten oder auch zu leben.

In den letzten Monaten sind bereits mehrere Ideen für Leitorientierungen oder Denkrichtungen auf den Tisch gelegt worden:

- Eine demokratische Neu-Aneignung und Umverteilung von Arbeit und Reichtum auf der Grundlage weltbürgerlicher Solidarität und im Rahmen solidarischer Ökonomien, die zu verknüpfen ist mit einem Konzept globaler *citizenship* (siehe medico Papier)
- Eng damit verbunden ist das Konzept eines Rechts auf gesicherte Grundversorgung, das in einem Global Governance Regime zu verankern und durch dies zu gewährleisten ist und somit eine Entstaatlichung bzw. Internationalisierung des Sozialpakts bedeuten würde (siehe Papier von Heide Gerstenberger)

Ein Klärungsbedarf und eine strategische Positionierung von attac scheint mir außerdem dringend notwendig bezüglich der Programme und Instrumente, mit denen neoliberale Politik auf die Kritik an globalen Ungerechtigkeits- und Ungleichheitsstrukturen reagiert. Die Vereinten Nationen haben mit den Millennium-Entwicklungszielen das Thema Armutsbekämpfung neu besetzt und für sich reklamiert. Die Weltbank thematisiert soziale Ungleichheit. In Davos war von sozialer Unternehmensverantwortung die Rede. Schröder, Chirac und Blair suchen zur Entlastung defizitärer Haushalte nach neuen Finanzierungsinstrumenten, die teils die von attac propagierten sind. In Porto Alegre haben „global justice movements“ einen „Global Call for Action Against Poverty“ ausgerufen.

Wie bezieht attac sich auf diese Initiativen? Wie – um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen – vermitteln wir in diesem Kontext in die Öffentlichkeit hinein unsere eigene Agenda der Globalisierung von Gerechtigkeit gegen und jenseits des neoliberalen Regimes, wie schärfen wir unsere Positionen?

Attac und andere globalisierungskritische Akteure im Strategieloch

Lange wurden in vielen Bereichen der Öffentlichkeit „Globalisierung“ und „nationale“ Deregulierung/Privatisierung als zwei getrennte Bereiche wahrgenommen. Insbesondere in den Medien war diese Sichtweise absolut dominant. Dass der an den Bedürfnissen der Finanzmärkte ausgerichtete Standortwettbewerb in den industrialisierten Staaten wie ein Strukturanpassungsprogramm wirkte und wirkt, ist auch heute noch bis weit in die globalisierungskritische Bewegung und Attac hinein keineswegs Allgemeingut. Besonders sich stark internationalistisch verstehende Teile der Bewegung tun sich schwer mit dieser Sicht.

Dabei wurde die Auflösung der Grenzen zwischen Innen(-) und Außen(politik) nicht nur im sozialen, sondern besonders auch im friedenspolitischen Feld deutlich: Weltordnungskriege kamen als humanitäre Interventionen daher, die sich im Rahmen traditioneller, gar „linker“ internationaler Solidarität inszenierten. Mit dem 11. September wurde auch das Phänomen einer teilweisen „Privatisierung“ des Krieges überdeutlich sichtbar. Der neoliberale Gestaltungsanspruch ist ein totaler, er akzeptiert keine Grenzen, weder zwischen Staaten noch zwischen Politikfeldern.

Vielleicht war das zwar kein notwendiges, aber ein hilfreiches Moment um die Attacarbeit in der BRD insgesamt etwas anders zu positionieren. Der Widerstand gegen Privatisierungen auf kommunaler Ebene und der Ausrichtung der Weltwirtschaft auf die Finanzmärkte wurde ergänzt durch eine deutliche Beschäftigung mit dem Um- und Abbau des Sozialstaates, die vorher lediglich ein Thema unter vielen und eher randständig war. Auch wenn es vielfach Kritik an dieser Orientierung gab, trug sie insgesamt doch zu einer bemerkenswerten Verschiebung des öffentlichen Diskurses bei: Die Behauptung der Alternativlosigkeit konnte nicht mehr so durchgängig aufrecht erhalten werden wie bisher.

Die neoliberale Deutungshoheit der Wirklichkeit ist zwar keineswegs gebrochen, aber doch angekratzt. Das steigert beides, die Erwartungen und den Gegendruck. Es wurden nicht nur von außen an die Bewegung Fragen nach ihrer Gestaltungskraft herangetragen. Auch intern wurde oft vergessen, dass wir noch im Frühjahr/Sommer 2003 unsere Versuche einer starken Ausrichtung auf die soziale Frage mit der Einschätzung verbunden hatten, es sei auf absehbare Zeit unrealistisch, tagespolitische Durchsetzungsfähigkeit zu erwarten. Es gehe vielmehr darum die neoliberale Hegemonie anzugreifen. So wurde flugs aus dem „man kann ja doch nichts machen“ bei manchen ein „jetzt verhindern wir zumindest Hartz IV, wenn wir nicht die ganze Agenda 2010 kippen“. Solche Erwartungen sind selbstverständlich außerhalb jeder Realität und es wundert nicht, dass sie teilweise sehr schnell wieder in TINA enden. Und dennoch hat die Mobilisierungswelle vom 1.11. 2003 bis zu den Montagsdemos im Herbst 2004 erheblichen Einfluss auf die politische Landschaft gehabt, wenn auch anders als erwartet. An ihrem Ende war die CDU aus ihrem Umfragehoch tief gefallen und die SPD schien sich gefangen zu haben.

Zeitweise war die Mobilisierung nicht nur von der globalisierungskritischen Bewegung im engeren Sinne getragen worden. Vor allem in den Gewerkschaften konnten sich diejenigen teil- und zeitweise durchsetzen, die eine enge Kooperation mit sozialer Bewegung anstrebten. Zu unübersehbar war eine Weile

lang die Tatsache, dass die Partei der strategischen Kooperation zwischen SPD und DGB den Boden entzogen hatte. Der relative Erfolg der sozialen Mobilisierung trug dazu bei, dass sich dies wieder anders darstellte. Unentschiedene Teile (nicht zuletzt der Vorsitzende selbst), die mit ihrer Haltung bestimmte Zusammenarbeit und Bündnisse erst ermöglicht hatten, setzten verstärkt wieder auf die Idee der Gestaltbarkeit eines „sozialstaatlichen Rests“. Interviews mit Michael Sommer und für den kirchlichen Bereich sehr ähnlich mit Wolfgang Huber in den letzten Wochen machen deutlich, dass man hier glaubt, Gestaltungsmacht im Konkreten zu gewinnen, wenn man auf Kritik an der ganzen Richtung verzichtet.

Das wird sich als Illusion herausstellen, weil das sozialstaatliche Projekt keine materielle Basis mehr hat. Standortkonkurrenz ist zentrales Element der Globalisierung und ihren Folgen kann sich kein Staat national entziehen, selbst wenn seine politische Elite es wollte. Das heißt nicht, dass es keinerlei Gestaltungsspielräume gäbe, aber solange es keinen Bruch mit der Logik dieser Konkurrenz gibt, sind sie auf die Verwaltung der Folgen beschränkt. So besteht die reale Aussicht, dass das Agieren von Sommer und Huber sich am Ende als bloßes Hineingezogenwerden in ein sozialdemokratisches Wahlkampfalkül herausstellt nach dem Motto: „Wir sind wenn schon nicht gar keines mehr dann doch zumindest das kleinere Übel.“

Die SPD selbst und die Bundesregierung agieren genau in diesem Sinne. Die Debatte um die Bürgerversicherung, wo sie lediglich das sozialer klingende Etikett an ihre Variante der Privatisierung kleben, Schröders Rede von möglichen internationalen Steuern, die Diskussion um Schuldenerlasse für Südländer eröffnen genau einen solchen Horizont, ohne dass sie in der Substanz ernsthafte Bewegung in Richtung eines antiliberalen, sozialen Projekts enthielten. Sie sind erkennbar Teil einer Gegenstrategie auf die gelungene, wenn auch höchst unvollständige Infragestellung der neoliberalen Dogmen. Unsere Denunziation einer „Neoliberalen Einheitspartei“ im Deutschen Bundestag war wohl wirkungsvoll gewesen und der entzieht sich die SPD auf diesem Wege. Gleichzeitig scheint sie nicht gewillt bis zur Bundestagswahl konkrete Anlässe für neue Mobilisierungen zu schaffen. Das kann zwar niemand wirklich vorhersehen – die Steuereinnahmen sind z. B. aktuell ein Problem, im Januar hatten sie einige hundert Millionen in der Rentenkasse gefunden, hätten die stattdessen außerplanmäßig gefehlt, wäre vielleicht eine unmittelbare Intervention nötig gewesen. So wie man Bewegung nicht willkürlich machen kann, kann man auch ihre Zyklen nicht vorhersehen. Aber so weit es in der Möglichkeit der Bundesregierung steht, wird sie uns vorläufig keinen Anlass zu breitem neuem Protest geben und wahrscheinlich wird ihr das gelingen.

Damit haben wir ein doppeltes Problem. Es gibt zwar unzählige Baustellen, auf denen der Sozialabbau weitergeht, aber kein Punkt, an dem Protest oder gar Widerstand leicht gebündelt werden könnte. Wir müssen vieles im Auge behalten ohne irgendwo zuspitzen zu können. Das kann entmutigen und den Eindruck erwecken, dass sich gar nichts tut, so wie wir es aus den 90er Jahren noch kennen. Wie viele der jungen, neu und erst kurz politisierten GlobalisierungskritikerInnen da die Geduld verlieren könnten, ist nicht absehbar. Aktionistische Vorstöße liegen da nahe und es gibt sie immer wieder. So wurden allein im letzten Januar drei „zentrale Aktionstage“ gegen Hartz V

ausgerufen. Auch wenn sie nichts nützen werden, kann man sie nicht immer einfach nur abwehren, sondern muss ihre TrägerInnen durchaus ernst nehmen. Dafür haben wir bisher keine Erfahrungen und Wege.

Zum zweiten verweigert uns die Bundesregierung inzwischen auch die offene unmittelbare Konfrontation mit dem neoliberalen Hardcoreprogramm. Die Selbstinszenierung ist nicht mehr „wir sind die konsequenteren Reformer“, sondern eben „wir gestalten den sozialstaatlichen Rest“. Da fällt uns ein wenig auch der Umstand auf die Füße, dass wir, wenn überhaupt, den „ungezügelt“, den „gierigen“, den Raubtierkapitalismus“ kritisiert haben und nicht bereit waren zu sagen, was ist: Dieser „Raubtierkapitalismus“ ist der real existierende Kapitalismus von heute. Wer ihn wirklich angreifen will, muss eben den Kapitalismus selbst angreifen. Und wen wir dann wiederum an älteren, erfahreneren MitstreiterInnen verlieren würden, weil sie da alle möglichen Miss- und auch tatsächlich vorhanden skurrilen Verständnisse heraushören würden, mit denen sie nichts zu tun haben möchten, ist auch nicht absehbar.

Auch wenn ich also keine Antwort geben kann auf die Frage, wie genau wir in den nächsten Monaten agieren können und sollten,

so scheint mir doch eines sichtbar: Unsere Analyse von 2003, dass es ein mühsames aber unumgängliches Geschäft sein würde, die neoliberale Hegemonie anzugreifen, ist nach wie vor richtig. Nach wie vor ist jede realpolitische Gestaltungsmöglichkeit pure Illusion. Wir sind so weit vom Sozialismus entfernt wie von einer umfassenden Gesundheitsversorgung für alle. Wir müssen uns keine übertriebene Sorge darum machen, ob wir morgen einen Punkt zum Eingreifen übersehen oder eine tagespolitische Frage falsch einschätzen. Unser Bemühen muss nach wie vor einer völlig anderen Richtung von Politik gelten. Dabei dürfen wir Unklarheiten haben, Fehler machen, Diskussionsphasen einlegen.

Und bei aller Unklarheit gibt es ja auch Klarheit genug, um die zentrale Auseinandersetzung mit dem Kern des Neoliberalismus und letztlich jeglicher kapitalistischen Gesellschaft aufzunehmen: Definiert diese Ökonomie grundsätzlich und immer als Verwaltung des Mangels, so können wir dem einen Diskurs der Fülle entgegensetzen: Es ist genug für alle da. Und zwar, wie Heide Gerstenberger zu recht betont, nicht als Geld, monetär, sondern real. Erst wenn das breit bewusst geworden ist, stellen sich tagespolitische Fragen wirklich wieder mit Dringlichkeit.

Heide Gerstenberger

Vorschlag für eine längerfristig zu planende Kampagne: Globale Grundversorgung

Attac sollte den Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ noch ernster nehmen als bislang geschehen. Bislang dominiert eine Kritik, die sich auf neoliberale „Auswüchse“ des Kapitalismus beschränkt. Zudem spielt „die Welt“ zumeist nur insoweit eine Rolle für konkrete Kampagnen, als Mißstände im eigenen Land auf globale Entwicklungen bezogen werden.

Ich schlage vor, über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer globalen Grundversorgung zu diskutieren. Das ist keine schlichte Internationalisierung der Diskussion über Grundbedürfnisse, wie sie im Rahmen von Attac bereits geführt wird, knüpft aber doch insoweit an sie an, als mit der Thematisierung von Grundbedürfnissen immer marktunabhängige Leistungen gefordert werden. Die folgenden Überlegungen sind als Anregung für die Diskussion über mögliche Konzepte, Institutionen und Kampagnen gedacht.

Situation I:

Historisch sind Formen staatlicher Sozialpolitik in Industriegesellschaften entstanden. Die Funktionsweise dieser Gesellschaften wurde durch Markt bzw. Märkte bestimmt, ihre Integration durch Staat hergestellt. Neben allgemeinen Regulierungen und ihrer – gegebenenfalls zwangsweisen - Durchsetzung fungierte das Konzept der Nation als ein zentrales Element der politischen Integration von Industriegesellschaften. Nun waren und sind Nationen zwar ganz überwiegend „imagined communities“ (Benedict Anderson), in manchen Staaten sind für diese Imagination im Laufe der historischen Entwicklung aber Anhaltspunkte in realen Strukturen geschaffen worden: durch nationale Gesetzgebung, durch soziale Auseinandersetzungen im nationalen Rahmen, durch allgemeine Schul- und Wehrpflicht, vor allem aber durch Sozialpolitik. In Sozialstaaten, besonders deutlich in Sozialstaaten mit einem System der Sozialversicherung, organisiert der Staat eine zwangsweise Solidarität mit Fremden. Diese Solidarität ersetzt und ergänzt Solidarität im Nahbereich, beschränkt sich aber auf Staatsbürger. Sie ist ausgrenzend, tendenziell nationalistisch. Deshalb findet die Forderung nach einer Beschränkung von Zuwanderung zumeist auch breite Zustimmung. Dem hilft auch der Hinweis nicht ab, dass Arbeitsimmigration im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme nützlich wäre.

Situation II:

Die meisten der heutigen Nationalstaaten sind aus Prozessen der Entkolonisierung hervorgegangen. In vielen dieser vergleichsweise jungen Staaten sind zwar staatliche Institutionen nach dem Vorbild entwickelter Industriegesellschaften übernommen worden, überall gibt es auch die üblichen nationalen Symbole (samt der Begeisterung für „nationale“ sportliche Erfolge), dennoch ist in vielen jüngeren Staaten jener historische Prozess nicht in Gang gekommen oder wieder abgebrochen, der nicht nur die Verbreitung der Imagination von Nation möglich macht, sondern damit zugleich die Voraussetzung für nationale Sozialpolitik schafft. Kann Staat den gesellschaftlichen Zusammenhang nicht bewirken, beschränkt sich Solidarität eher auf den sozialen Nahbereich. (Das Dorf, die – wie auch immer definierte – Ethnie, die Religionszugehörigkeit.) Soziale Grundrechte, so sie denn formal bestehen, sind im Zusammenhang derartiger politischer Strukturen nicht zu realisieren. Das heißt aber auch: in vielen Staaten fehlen heute die politischen Voraussetzungen für eine Umsetzung des Sozialpaktes, den die UN-Generalversammlung 1966 verabschiedet hat. Diese Entwicklung wird gefördert durch knappe Mittel, durch Korruption und durch Konditionen für Kredite, die auf der Vorstellung beruhen, Armut ließe sich mit den Mitteln des (erweiterten) *Washington Consensus* reduzieren.

Situation III:

Seit dem Ende der Blockkonfrontation ist das Ausmaß an Entwicklungshilfe drastisch reduziert worden. Nur wenige Staaten erfüllen selbst die geringe Quote, die in der UNO beschlossen worden ist. Katastrophenhilfe hat ein sehr viel größeres Gewicht erhalten. Bei sehr großen Katastrophen werden staatliche Zusagen und private Spendensammlungen zum *Event*.

Situation IV:

Zu Beginn der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts sahen viele Kritikerinnen und Kritiker der Entwicklungshilfe (aber auch staatliche Stellen in entwickelten Industriegesellschaften) in der wachsenden Zahl von lokalen Nichtregierungsorganisationen eine vielversprechende Lösung. Heute hat sich diese Begeisterung abgeschwächt. Zum einen, weil sich die Arbeit vieler NGOs an den

Möglichkeiten für eine erfolgreiche Einwerbung von Mitteln und damit auch von Einkommensmöglichkeiten für Aktivist(inn)en ausgerichtet, zum anderen aber auch, weil lokale NGOs immer nur auf Ausschnitte wirtschaftlicher- und gesellschaftlicher Situation ausgerichtet sein können. So unverzichtbar sie vielfach sind, die politischen Voraussetzungen für nationale Sozialpolitik können sie nicht grundlegend verbessern. Das gilt auch für widerständige Basisbewegungen.

Situation V:

Wenn die Feststellung zutrifft, dass in vielen heutigen „National“-staaten, insbesondere in Staaten mit einer mehrheitlich sehr armen Bevölkerung, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer nationalen Sozialpolitik besonders schlecht sind, so gibt es zwei (sich gegenseitig nicht ausschließende) Möglichkeiten: eine Unterstützung lokal/regional (ethnisch) begrenzter Aktivitäten und die Entwicklung einer Sozialpolitik, die nicht nationalstaatlich begrenzt ist.

Forderung I:

Schuldenerlass für arme Länder, Änderung der Konditionen für Kredite, Erhöhung oder zumindest Erfüllung der regelmäßig zu leistenden Quote an Entwicklungshilfe, ein „globaler Marshallplan“, alle diese Forderungen sind und bleiben nützlich. Sie sind im Kern aber darauf ausgerichtet, wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen und auf diese Weise das jeweilige nationale Steueraufkommen zu erhöhen. Selbst wenn das gelingt, ist (siehe Situation II) keineswegs gewährleistet, dass eine bessere Grundversorgung der gesamten Bevölkerung zustande kommt. Es gibt derzeit kaum Anzeichen dafür, dass sich gerade in den heute sehr armen Ländern jene sozialen Auseinandersetzungen entwickeln können, die in der rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Verankerung eines Anspruchs auf Grundversorgung münden. Die Hoffnung auf den Erfolg lokaler Basisbewegungen, die in Attac mit guten Gründen dominiert, erweist sich unter solchen Bedingungen als systematische Begrenzung von Solidarität auf den eigenen nationalen Rahmen.

Forderung II und Diskussionsvorschlag:

Teilweise Entnationalisierung des UN-Sozialpaktes durch die transnationale Bereitstellung einer Grundversorgung der Weltbevölkerung.

Bedingungen: Die Herausbildung einer derartigen Grundversorgung muss von der Voraussetzung nationalen Wirtschaftswachstums abgekoppelt sein. Sie wird sich auch nicht dadurch herstellen, dass Regierungen armer Länder entsprechende Finanzmittel zugeteilt bekommen. Grundversorgung kann nicht in monetärer Form, sie muss real bereit gestellt werden.

Einwand I:

Die Entstaatlichung des Sozialpaktes bedeutet nicht nur eine Begrenzung nationaler Souveränität in Empfängerländern, sondern läuft auch Gefahr, ein globales System kultureller Bevormundung zu schaffen, das die Konditionalitäten des IWF noch in den Schatten stellen würde.

Diesem Einwand ist zumindest in Teilen Rechnung zu tragen. Damit ist eine Kampagne für die Finanzierung der Ausbildung von Lehrern und Lernmitteln problematisch, eine Kampagnen für die Bereitstellung von Schulgebäuden und für eine international zu gewährleistende medizinische Grundversorgung sind es nicht. Ein guter Anfang wäre mit Realisierung der inzwischen vielfach erhobenen Forderung nach sauberem Wasser für alle zu machen. Obwohl der Vorschlag davon ausgeht, dass die weltweite Realisierung des Sozialpaktes durch seine Bindung an nationale politische Entscheidungen verhindert wird, kann auch die transnationale Bereitstellung von Grundversorgung nur als Angebot funktionieren, das von nationalen Regierungen akzeptiert oder abgelehnt werden kann.

Einwand II:

„Sozialstaat“ bedeutet nicht nur Versorgung, sondern auch Disziplinierung.

Gegenargument: Das Konzept einer globalen Bereitstellung von Grundversorgung kann dieser Gefahr nicht völlig, aber doch weitgehend entgegen, weil es die Individualisierung vermeidet, die in den heutigen Sozialstaaten den Ansatzpunkt für Disziplinierungen liefert.

Einwand III:

Das Angebot an transnational bereit zu stellender Grundversorgung kann von manchen Regierungen mit dem Ziel akzeptiert werden, die bisherigen Ausgaben für Militär nicht kürzen zu müssen.

Gegenargument: Das trifft zu, spricht aber nicht wirklich gegen den Vorschlag.

Einwand IV

Auch in entwickelten Industriegesellschaften haben heute nicht alle Staatsbürger Zugang zu Grundversorgung.

Gegenargument: Eine zentrale Ursache dieser Entwicklung ist die Globalisierung der Konkurrenz unter Arbeitskräften. Sie kommt – trotz der beträchtlichen Abschottung nationaler Arbeitsmärkte in entwickelten Industriegesellschaften – durch reguläre sowie irreguläre Arbeitsmigration, durch Verlagerungen und die Nutzung von Subunternehmen im transnationalen Rahmen zustande. Prozesse der Integration in den globalen Arbeitsmarkt sind weltweit von Prozessen der Ausgrenzung aus diesem Arbeitsmarkt begleitet. Unter heutigen Bedingungen bedeutet eine Orientierung auf die nationale Absicherung von Grundbedürfnissen gewissermaßen die Rückkehr zu einer Solidarität im Nahbereich.

Einwand V

Wie soll eine Realisierung globaler Grundversorgung - und damit zentraler Elemente des Sozialpaktes – angesichts der Tatsache konzipiert werden, dass die USA diesen Pakt nach wie vor nicht ratifiziert haben?

Gegenargument: nicht entmutigen lassen

Einwand VI:

Bestehende öffentliche und private Organisationen richten ihre Arbeit bereits auf die Bereitstellung von Grundversorgung aus. Weitere Konzepte und Kampagnen werden nichts ändern. Jede neue organisatorische Struktur bringt neue Bürokratie mit sich. Die Gründung einer NGO für die weltweite Realisierung von Grundversorgung ist schwerlich vorstellbar.

Trotz allem:

Von einer „anderen Welt“ ist nur zu reden, wenn sich angestrebte Veränderungen nicht nur auf Auswüchse des globalisierten Kapitalismus und die Auswirkungen neoliberaler Politik auf die Lebensumstände von Menschen im nationalen Nahbereich beziehen.

Damit die Diskussion über die Forderung einer globalen Grundversorgung einen konkreten Anhaltspunkt hat, war in meinen Ausführungen für den wissenschaftlichen Beirat der Vorschlag einer Kampagne enthalten, die auf die Einrichtung einer Institution zielt, die ich als UNBNF (United Nations Basic Needs Fonds) bezeichnet habe. Einer neu zu schaffenden Unterorganisation der UNO sollte also die Bereitstellung von Grundversorgung übertragen werden, ihre Organisation, die Einwerbung staatlicher und privater Mittel. Dagegen sind Bedenken erhoben worden. Sie sollten nicht verhindern, daß darüber nachgedacht wird wie eine international bereitgestellte Grundversorgung aussehen und organisiert werden könnte, die

- nicht an Strategien zur Förderung des Wirtschaftswachstums in sehr armen Ländern angebunden ist;
- nicht nur auf einzelnen Projekten beruht, wie sie von NGOs durchgeführt werden können;
- nicht in der Konkurrenz um unterschiedlichen Zugang zu staatlichen Mitteln untergeht;
- nicht zu einer neuen Strategie für die Etablierung hegemonialer Strukturen verkommen.

Hans-Jürgen Urban (IG Metall)

Modernisierungsbegleiter oder konstruktive Vetomacht? Zur Rolle der Gewerkschaften im flexiblen Kapitalismus

Dass sich die Gewerkschaften in der politischen Defensive befinden, hat sich seit geraumer Zeit herumgesprochen. Die Indikatoren sind eindeutig: Mitgliederzahlen und betriebliche Organisationsgrade sinken, die verteilungspolitischen Anteile der Lohnabhängigen bleiben hinter den besitzstandsneutralen Verteilungsspielräumen aus Inflation und Produktivitätswachstum zurück und auf betrieblicher Ebene unterliegen Belegschaften, betriebliche Interessenvertretungen und Gewerkschaften ein um das andere Mal dem Erpressungsdruck trans-nationaler Konzernleitungen.

Anlässe genug also, über Strategien einer umfassenden Revitalisierung der Gewerkschaften nachzudenken. Dabei dürfte weitgehend konsensfähig sein, dass die Aneinanderreihung betrieblicher Abwehrkämpfe und die Verteidigung zentraler Basisinstitutionen des keynesianischen Wohlfahrtsstaates keinen Ausweg aus der gewerkschaftlichen Defensive eröffnen werden. So notwendig betriebliche und gesellschaftliche Widerstandsaktionen auch sind, ohne eine Perspektive der Veränderung der Status-Quo-Bedingungen, die ja die Defensive hervorgebracht haben, ist grundlegende Besserung kaum zu erwarten. Aber auch ein strategisches Einschwenken auf den neu-sozialdemokratischen Modernisierungskurs, das strukturkonservative Abwehrkämpfe durch eine wettbewerbskorporatistischen Einbindung in die Strategie des Umbaus des Wohlfahrts - zum Shareholder-Kapitalismus ersetzen würde, dürfte die erhoffte Perspektive nicht bieten. Sie wäre zwar durchaus mainstream-kompatibel und könnte dem öffentlichen Image der Gewerkschaften zuträglich sein. Doch letztlich liefe eine solche Politik darauf hinaus, sich mit einem sozialökonomischen Entwicklungsmodell zu arrangieren, indem die sozialen Sicherungs- und Beteiligungsinteressen der Lohnabhängigen den Wettbewerbs- und Renditeansprüchen der Unternehmen strukturell untergeordnet und die Verteilungsrelationen in die gleiche Richtung verschoben werden; in dem also auf die Lohn-abhängigen und ihre Gewerkschaften lediglich ein subalterner Status wartet.

Welche Rolle sollten die Gewerkschaften spielen?

Wenn aber weder Status-quo-Verteidigung noch Mainstream-Orientierung Erfolg versprechen, stehen die Gewerkschaften vor der Herausforderung, neue strategische Schlüsselziele zu definieren. Zentral dafür ist das Selbstverständnis der Gewerkschaften im flexiblen Kapitalismus, will sagen: die Selbstdefinition der gewerkschaftlichen Rolle im Prozess der Herausbildung der neuen, postfordistischen Kapitalismus-Formation. Grundsätzlich lassen sich hier drei Idealtypen gewerkschaftlichen Selbstverständnisses unterscheiden.

Die Gewerkschaften können sich einerseits als pragmatischer Modernisierungsbegleiter definieren. Die mit einem solchen Selbstverständnis einhergehende strategische Grundausrichtung setzt vor allem auf pragmatische Ad-hoc-Maßnahmen mit geringem Korrekturanpruch gegenüber dem aktuellen Modernisierungsprozess. Insbesondere dem neu-sozialdemokratischen Modernisierungskurs steht sie prinzipiell positiv gegenüber. Sie hält daher in der Regel weder eine grundsätzliche Kurskorrektur für notwendig noch eine prinzipielle Oppositionspolitik für sinnvoll. Letztlich akzeptiert sie die

Dominanz und Führungsrolle von Staat und Unternehmen bezüglich der Frage, wie die Verschärfung der globalen Konkurrenzbeziehungen und die Überwindung der Produktivitäts- und Profitabilitätsklemme angegangen werden soll.

Ein alternativer Typ gewerkschaftspolitischen Rollenverständnisses gegenüber den aktuellen Veränderungsprozessen ließe sich mit dem Begriff des konstruktiven Veto-Spielers beschreiben. Dieses Selbstverständnis geht davon aus, dass sich der Übergang von der fordistischen Formation zu einem neuen sozial-ökonomischen Entwicklungsmodell über machtbasierte Verteilungs- und Aushandlungskonflikte vollzieht und die Fähigkeit einer hinreichenden Mobilisierung von Machtressourcen die Voraussetzung darstellt, sich als Mitspieler in den Konfliktsphären etablieren und behaupten zu können. Insofern kommt dem Erhalt bzw. der Erhöhung von Machtressourcen eine strategische Bedeutung zu. Gleichwohl wird die darauf beruhende Veto-Macht „konstruktiv“ in dem Sinne eingesetzt, als sie sich nicht auf die Konservierung der Status-Quo-Strukturen sondern auf die Präsentation und Durchsetzung eigener Beiträge zur Neu-Konstruktion des sozial-ökonomischen Entwicklungsmodells setzt. Der Mobilisierung von Veto-Macht zur Verhinderung problemverschärfender Modernisierungsstrategien wird die Mobilisierung von Veränderungsmacht zur Durchsetzung problemlösender Politikkonzepte zur Seite gestellt.

Gestaltungsfragen sind Machtfragen

Es ist evident, dass das Rollenverständnis des konstruktiven Vetospielers der Eingangs geschilderten Problemkonstellation am ehesten gerecht wird. Doch: ob die Gewerkschaften mit eigenen Konzepten an der Konstruktion des neuen Kapitalismusmodells mitwirken, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sie sich in den gegenwärtigen machtbasierten Auseinandersetzungen behaupten zu können. Ob dem in die Krise geratenen Fordismus ein vermarktlichter Shareholder-Kapitalismus oder ein neues Modell eines transnational regulierten Wohlfahrtskapitalismus folgt, ist letztlich Resultat sozialer Kämpfe und politischer Aushandlungsprozesse. Und um in diesen Kämpfen erfolgreich zu sein, sind Durchsetzungsmacht und die Fähigkeit zur Entwicklung gesellschaftspolitischer Alternativentwürfe notwendig, die über den gesellschaftlichen Status Quo hinaus - und auf die Perspektive eines alternativen Entwicklungsmodells hinweisen.

Rückzug auf das gewerkschaftliche Kerngeschäft?

Kein Zweifel: für die Gewerkschaften muss eine Revitalisierung mit der Rückgewinnung gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht in den Arenen der Betriebs- und Tarifpolitik beginnen. Ohne eine erfolgreichere betriebliche Interessenvertretung, eine offensivere Tarifpolitik und die Modernisierung der gewerkschaftlichen Mitgliederstruktur werden sich die Gewerkschaften im flexiblen Kapitalismus als durchsetzungsfähige Akteure nicht halten können. Doch so zentral die machtpolitische Neufundierung in den gewerkschaftlichen Kernfeldern ist, ein strategischer Rückzug auf diese Politikfelder wäre fatal. Die Gewerkschaften liefen Gefahr, zur Lobby relativ privilegierter

Beschäftigtengruppen zu degenerieren und damit ihren historisch erkämpften Anspruch auf eine aktive Beteiligung an der Gesellschaftsgestaltung preiszugeben.

Zugleich könnten nicht einmal die vollständigen Reproduktionsinteressen der Beschäftigten vertreten werden, solange die Sphäre des Politischen außer Acht bleibt. Insbesondere in den Feldern der aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie der Ausgestaltung der Systeme der sozialen Sicherung werden Versorgungsstandards und Beteiligungsansprüche vor allem über Verordnungen und Gesetze geregelt, die in den politischen Arenen und damit außerhalb der Betriebs- und Tarifpolitik entstehen. Eine Gewerkschaftspolitik auf der Grundlage eines umfassenderen Interessenbegriffs bedarf also zwangsläufig einer politischen Orientierung, die gewerkschaftliches Engagement im Bereich der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik erfordert.

Ein solcher weitgehender Interessenvertretungsanspruch der Gewerkschaften ist in der Gesellschaft, insbesondere in Phasen neoliberaler oder neosozialdemokratischer Hegemonie keineswegs generell anerkannt und muss heute erneut erstritten werden. Die Gewerkschaften sind gefordert, im Bewusstsein ihrer sozialen Funktion in kapitalistischen Marktgesellschaften, diesen Anspruch mit hinreichendem Selbstbewusstsein zu formulieren und im Zuge einer politischen Selbstmandatierung entsprechende politische Konzepte zu entwickeln. Eine solche Re-Formulierung eines gesellschaftspolitischen Mandates drängt zu einem gewerkschaftspolitischen Strategieverständnis als Teil einer umfassenderen sozialen Bewegung und damit zu dem, was im angelsächsischen Sprachraum als Social-Movement-Unionism beschrieben wurde.

Eine solche politische Orientierung erfordert zugleich eine neue Debatte über die Formierung „strategischer Allianzen“ („coalition-building“) mit anderen Bewegungen, Organisationen und Akteure der Zivilgesellschaft. Damit geraten Fragen der Kooperation mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden aber auch lokalen Selbsthilfeorganisationen sowie der globalisierungskritischen Bewegung in das Blickfeld gewerkschaftlicher Strategieüberlegungen. Dabei geht es zum einen natürlich um „Mobilisierungs-Allianzen“ zur Stärkung von Durchsetzungsmacht in zugespitzten Konfliktsituationen. Wenn auch zumeist sporadisch verfügen die Gewerkschaften durchaus über solche Erfahrungen. Nicht minder bedeutend sind jedoch auch „Konzept-Allianzen“, in denen unterschiedliche Akteure aus unterschiedlichen Interessenlagen und Wertorientierungen gemeinsam an Konzepten einer alternativen, solidarischen Modernisierung der Gesellschaft arbeiten. All dies erfordert die selbstkritische Aufarbeitung bisheriger Erfahrungen sowie den systematischen Ausbau von Mobilisierungs-, Konzept- und Netzwerkkompetenzen (auch) auf Seite der Gewerkschaften.

Strategien globaler Regulierung

Was könnten solche Konzepte einer neuen, solidarischen Regulierung von Ökonomie und Gesellschaft sein? Zum einen geht es natürlich um die unverzichtbare Re-Regulierung der globalen Handels- und Finanzmärkte. Sie werden ja mittlerweile selbst von etlichen Akteuren dieser Märkte gefordert, weil sie

Ineffizienz und Instabilität des gegenwärtigen Regimes fürchten. Die Besteuerung ökonomisch destruktiver Spekulationstransaktionen, die Definition zulässiger Schwankungszonen zwischen den großen Weltwährungen, die Einführung sozialer Mindeststandards und Grundrechte in die globalen Handelsregime, verbindliche Koordinierung der (Unternehmens-)Steuersysteme, die auf eine transnationale Definition von Steuerbemessungsgrundlagen und Mindestsätzen abzielt und nicht zuletzt die Vereinbarung konzerninterner „Sozialverfassungen“ (u.a. „codes of conducts“) in den transnationalen Konzernen sind hier zielführende Wege.

Bleibe das Problem der strategischen Transnationalisierung gewerkschaftlicher Strukturen und Politikkonzepte. Wie immer man den hegemonialen Globalisierungsdiskurs im Einzelnen einschätzen mag, an der objektiven Transnationalisierung ökonomischer Beziehungen und politischer Entscheidungsprozesse kann kaum Zweifel bestehen. Auch wenn aus diesen objektiven Entwicklungstendenzen kein unentrinnbarer Sachzwang in Richtung Abbau von Einkommens- und Tarifstandards oder Sozial- und Gewerkschaftsrechten abgeleitet werden kann, so muss auf Seiten der Gewerkschaften ein eklatanter Transnationalisierungsrückstand konstatiert werden. Diesen zu beheben stellt eine strategische Aufgabe ersten Ranges dar.

Das gilt - erstens - für die betrieblichen und tariflichen **Interessenvertretungsstrukturen**. Die hier wartenden Aufgaben reichen von einem Ausbau betrieblicher Interessenvertretungsstrukturen in transnationalen Konzernen mit dem Ziel der konzernweiten Durchsetzung arbeitsorientierter Sozialverfassungen bis hin zur Nutzung der (sicherlich begrenzten) Einflusspotentiale im Rahmen des sozialen Dialogs der Europäischen Gemeinschaft.

Zweitens bedarf es der **Transnationalisierung** gewerkschaftlicher Organisations- und Kommunikationsstrukturen. Hier geht es um die Intensivierung der Kontakte zwischen nationalen Gewerkschaftsorganisationen sowie den finanziellen und personellen Ausbau gewerkschaftlicher Dachorganisationen auf europäischer und globaler Ebene.

Schließlich wäre - drittens - der gewerkschaftliche Beitrag zur Konstituierung einer **transnationalen Gegenöffentlichkeit** zu nennen. Die seit einigen Jahren durch die transnationalen Nicht-Regierungsorganisationen mit gewerkschaftlicher Unterstützung organisierten europäischen und Weltsocialforen können sich zu wichtigen Knotenpunkte eines Netzwerks gegen öffentlicher Aktivitäten entwickeln. Ähnlich die sozialen Protestinitiativen anlässlich der regelmäßigen Treffen der wirtschaftlichen und politischen Eliten der entwickelten kapitalistischen Metropolen (G-8-Treffen, WTO-Treffen, Sitzungen des Europäischen Rates usw.). Auch hier werden Elemente einer Alternativkultur und -bewegung deutlich, die sich als Träger einer globalen Gegenöffentlichkeit erweisen könnten.

Juni 2005

ANZEIGE

Streifzüge
wertkritisches magazin
unsachlich wertlos jenseits
<http://www.streifzuege.org/>

Attac Schweiz: Nestlé. Anatomie eines Weltkonzerns

Buchbesprechung von Béatrice Schmid, Gruppe Multis und Globalisierung (Lausanne, Schweiz).

Nun liegt das erste Buch von Attac Schweiz auch in deutscher Übersetzung vor. Die französische Originalausgabe "Attac contre l'empire Neslé", die im Juni 2004 im Attac-Eigenverlag herauskam, war innerhalb weniger Wochen schon vergriffen und musste neu aufgelegt werden. Der deutschschweizer **Rotpunktverlag** lanciert mit der Übersetzung unseres Buches die neue Reihe "Attac-Texte". Das Buch wurde für die deutsche Ausgabe überarbeitet und aktualisiert. Birgit Althaler hat eine sehr präzise und sorgfältige Übersetzungsarbeit geleistet.

Attac trägt seit seiner Gründung dazu bei, über die neoliberale Globalisierung, die treibenden Kräfte – die Mitglieder der internationalen Finanzinstitutionen Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Welthandelsorganisation (WTO) – sowie die wichtigsten NutznießerInnen zu informieren. Demselben Anspruch fühlten auch wir uns, die Arbeitsgruppe »Globalisierung und Multis« verpflichtet, die von der Waadtländer Attac-Sektion (Attac Vaud) in der Schweiz ins Leben gerufen wurde. Die AutorInnen der versammelten Beiträge sind – mit Ausnahme von Stephan Suhner, auf dessen Arbeit sich der Text über Kolumbien im Wesentlichen stützt – Mitglieder dieser Arbeitsgruppe. Dass unsere Wahl auf den Nestlé-Konzern fiel, dessen Firmensitz in Vevey am Genfersee liegt, verdankt sich im Wesentlichen zweierlei: Erstens ist Nestlé – heute de facto der führende Konzern im Nahrungsmittelsektor – das **Paradebeispiel eines mit seinen Finanzinteressen weltweit vertretenen transnationalen Unternehmens**, dessen Aktivitäten sowohl im Hinblick auf Arbeitsbedingungen als auch in der Handelspolitik Anlass zu Konflikten gaben. Zweitens sind die Informationen über dieses allgegenwärtige Unternehmen einer breiten Öffentlichkeit relativ wenig bekannt; hier wird die Wahrnehmung von dem Image geprägt, das sich der Konzern selbst gibt und das natürlich ausgesprochen vorteilhaft ausfällt.

Wir haben also begonnen, Unterlagen über einige der Geschäfte zusammenzutragen, in die Nestlé verwickelt ist, und uns dabei strikt an öffentlich zugängliche Informationen gehalten. Natürlich war es notwendig, lokale (schweizerische, aber auch französische und kolumbianische) Publikationen und Spezialberichte über die uns interessierenden Bereiche zu lesen.²

Wir haben uns dafür entschieden, einige bezeichnende Beispiele der weltweiten Machenschaften von Nestlé aufzuzeigen. Sie zeugen davon, wie wenig sich dieser Multi um Umweltschutz, das Grundrecht der ArbeitnehmerInnen auf gewerkschaftliche Organisation, korrekte **Arbeitsbedingungen** und angemessene Löhne oder die Meinungsfreiheit schert, und zeigen einmal mehr, dass letztlich nur der Profit zählt. Das Buch erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist vielmehr ein Versuch, einen Teil der verfügbaren Informationen über dieses schweizerische Unternehmen zusammenzutragen. Viele Aspekte mussten unberücksichtigt bleiben, wie beispielsweise eines der wichtigsten Tätigkeitsfelder von Nestlé, die Schokolade.

Den Anfang macht ein kurzer Überblick über das »Nestlé-Imperium« in Form einer knappen Zusammenfassung der Unternehmensgeschichte, gefolgt von einigen aktuellen Zahlen über die Geschäftsergebnisse und einem Kurzporträt der wichtigsten Führungskräfte des Multis sowie deren Strategien. Danach folgt eine kurze Darstellung der wichtigsten Konflikte, in die Nestlé involviert war und die zum Teil noch immer andauern. Unter den Ländern mit Nestlé-Niederlassungen oder Tochterunternehmen gibt es praktisch keines, in dem es nicht zu einer Konfrontation zwischen Geschäftsführung und ArbeiterInnen gekommen wäre; gelöst

wurden diese Konflikte zumeist nicht, vielmehr wurden sie von den Geschäftsführungen sozusagen handstreichartig beendet. Auf den Fall Kolumbien werden wir näher eingehen.

Das nächste Kapitel ist der Untersuchung des **Kaffees** gewidmet, einem Produkt, das für viele Länder des Südens eine wichtige Einkommensquelle darstellt. Der Kaffeemarkt hat eine Phase überstürzter Liberalisierung hinter sich, von der in der langen Kette, die sich von der Produktion bis zum Konsum zieht, ganz bestimmte Akteure profitiert haben. Dabei wird deutlich, dass auch wir als KonsumentInnen über eine gewisse Macht verfügen, das Verhalten der Großkonzerne zu steuern, da wir Einfluss auf das nehmen können, was für sie am meisten zählt: die kontinuierliche Steigerung der Gewinne.

Der momentan von allen Seiten heiß umkämpfte **Wassermarkt** spielt in der Handelspolitik von Nestlé eine ausgesprochen wichtige Rolle. Dieser Frage ist daher das nächste Kapitel gewidmet. Den Multis ist es gelungen, sich nahezu alle bestehenden Rohstoffe unter den Nagel zu reißen. Nun machen sie sich mit Hilfe internationaler Finanzinstitutionen über das Wasser, die Grundlage jeden Lebens, her. Der Zugang zu Wasser ist ein Grundrecht jedes Menschen; dennoch schreitet die Privatisierung des Wassers weltweit scheinbar unaufhaltsam voran.

Als nächstes greifen wir das Thema der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf. In der Frage der **Gentechnik** wird deutlich, wie weit insbesondere in Entwicklungsländern, wo auf die vermeintliche Unwissenheit der KonsumentInnen und eine laschere Gesetzgebung gebaut wird, die beschwichtigenden Worte der Multis und ihre Handlungen auseinander klaffen können.

Den Schluss bildet der zu trauriger Berühmtheit gelangte Fall der **Babymilch**. Daran wird deutlich, wie wichtig es ist, aufmerksam zu bleiben, denn trotz zahlreicher Boykottkampagnen und Ordnungsrufe seitens großer internationaler Institutionen wie der UNICEF ist die Zahl der Säuglinge, die jährlich im Zusammenhang mit dem Konsum von Säuglingsnahrung sterben, offenbar noch immer gleich hoch.

Dieser Überblick mag deprimierend wirken, gäbe es nicht zu jedem Kapitel, in jedem Land, zu jeder »Affäre« Widerstand und würden sich nicht alternative Bewegungen organisieren. Es ist möglich, anders zu konsumieren, wie es auch möglich ist, anders zu arbeiten und anders zu reagieren. Das reine Gewinnstreben befriedigt uns nicht. Die Erde ist reich genug, damit wir alle satt werden können.³ In der Schlussfolgerung zeigen wir, dass es vielfältige **Aktionsmöglichkeiten** gibt und dass es mit jedem Tag mehr Menschen werden, die sich für eine andere Welt einsetzen.

Natürlich war die Arbeit am Buch, die sich über ein Jahr erstreckte, nicht immer nur einfach. Manche Mitglieder der Gruppe gingen ins Ausland, neue kamen hinzu, und einige mussten aus beruflichen oder privaten Gründen ihr Engagement einschränken. Unser Ziel war nicht, das Buch möglichst schnell auf den Markt zu bringen, sondern eine Art der Zusammenarbeit zu finden, in der die Kompetenzen und Möglichkeiten eines jeden respektiert werden. Es gab keine Hauptverantwortlichen, die das Ganze in die Hand genommen und zusammengehalten haben. Es war immer wieder jemand anderes, der je nach Zeit und Verfügbarkeit das Projekt vorangetrieben und weiter konkretisiert hat. Dadurch konnten wir uns laufend selbst weiterbilden, ohne unter Druck zu kommen oder die Neugierde und das Interesse an der Reise ins Land des Nestlé-Multis zu verlieren. Wir freuen uns, unsere Entdeckungen nun auch mit der deutschsprachigen Leserschaft teilen zu können!

¹ Vgl. insbesondere Attac, *Enquête au coeur des multinationales*, Paris 2001; Attac, *Remettre l'OMC à sa place*, Paris 2001; Attac, *Quand les femmes se heurtent à la mondialisation*, Paris, November 2003.

² Was medizinische und biologische Zeitschriften betrifft, sind die Artikel vielfach kostenpflichtig.

³ John Madeley, *Hungry for trade. How the poor pay for free trade*. London 2000. Vgl. auch die englische Homepage des World Food Programme: www.wfp.org, besucht am 23. 4. 2004.

De-Globalisierung als Strategie für eine andere Welt

Anmerkungen zum neuen Buch des Globalisierungskritikers Walden Bello

Es gibt **drei** grundsätzliche Möglichkeiten, wie die **Zukunft** unserer Welt gestaltet werden kann. Die gegenwärtig vorherrschende Option ist die neoliberale Globalisierung. Dabei sind wir Zeugen einer insgesamt deprimierenden Entwicklung. Sie zeichnet sich aus durch wachsende Massenarbeitslosigkeit, durch Verlängerung der Arbeitszeit und Ausbreitung einer Niedriglohnökonomie, durch eine sich vergrößernde Spaltung zwischen Arm und Reich, durch eine zunehmende Unsicherheit und Zukunftsängste, vor allem bei der jüngeren Generation, und durch neue Verteilungskonflikte und Kriege zwischen den Kulturen. Die wenigen punktuellen Gewinner neoliberaler Globalisierung in manchen Transformationsgesellschaften Asiens und Osteuropas resultieren mehr oder weniger aus einer Nord-Süd-Standortverlagerung und sind Ergebnis eines globalen Nullsummenspiels. Die neoliberale Globalisierung ist keine innovative, sondern eine rückwärts gewandte Strategie, sie zehrt von der Substanz des Produktivvermögens von Mensch und Natur und begünstigt die Umverteilung von unten nach oben, sie verschärft die globalen Umweltkrisen und verbaut auch die Zukunft künftiger Generationen.

Die weltweite globalisierungskritische Bewegung ist - wenn man so will - die natürliche Reaktion auf die neoliberale Globalisierung, auf Instabilität und Chaos. Diese Bewegung streitet für eine "andere Welt" als Alternative zu der gegenwärtigen Weltordnung. Über diese andere Welt gibt es allerdings bisher nur vage Vorstellungen, sie zielen im Großen und Ganzen auf **zwei unterscheidbare Perspektiven**:

Den **einen** geht es um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ohne globale Armut und Massenarbeitslosigkeit mit gerechterer Einkommensverteilung und fairem Handel. Diese Weltwirtschaftsordnung soll vor allem durch die Einführung von Sozial- und Umweltstandards, durch Reformen von WTO und IWF und durch die Stärkung der UNO erreicht werden. Es handelt sich dabei um eine **Wiederbelebung sozialdemokratisch grüner Programmatik** aus den neunziger Jahren für ein keynesianisch gelenktes ökosoziales Modell im Weltmaßstab. Angesichts der neoliberalen Offensive der Gegenwart erscheint selbst dieses durch und durch systemimmanente Projekt als utopisch, ja fast revolutionär. Hätte dennoch diese Perspektive Aussicht auf Erfolg, gingen mit ihr - darüber sollte man sich keine Illusionen machen - ein **neuer Schub weltweiter Kapitalakkumulation** in einem bis dato nicht gekannten Ausmaß einher. Dabei würden kapitalistische Wachstums- und Gewinnmaximierungsnormen weiterhin alle gesellschaftlichen Bereiche dominieren. Auch die Unterordnung des Menschen und deren natürlicher Bedürfnisse, wie Sicherheit, Fairness, Solidarität, Gerechtigkeit, unter abstrakte Gesetze des Kapitals blieben genauso unangetastet wie die undemokratischen Entscheidungsstrukturen angesichts des Primats kapitalistischer Normen gegenüber der freien Willensbildung.

Die **andere** radikalere Perspektive geht einen deutlichen Schritt **über das global keynesianische Modell einer ökosozialen Marktwirtschaft hinaus**, sie zielt - in Anlehnung an Karl Polanyi - auf die **Einbettung** des Kapitalismus in die Gesellschaft und auf das Primat menschlicher Werte und Bedürfnisse über die in letzter Instanz die Demokratie unterminierenden Gesetze des Kapitals. Walden Bello ist ein authentischer Vertreter dieser Richtung, er ist der bekannteste, aus den Philippinen stammende Globalisierungskritiker des Südens. Bello ist ein Intellektueller und Aktivist, seine strategischen Überlegungen resultieren aus Theorie und Praxis, sein bestechendes Modell heißt **De-Globalisierung**, ein

aus der Regionalisierungs- und Nachhaltigkeitsforschung eigentlich längst bekanntes Modell, das Bello in seinen Essays verdienstvoll aktualisiert und politisiert. Damit meint er, im Unterschied zur lateinamerikanischen Dependenzia der siebziger Jahre - wie er sagt - nicht "den Rückzug aus der internationalen Wirtschaft", sondern **Unterordnung "strategischer Wirtschaftsentscheidungen unter die demokratische Willensbildung, Kontrolle des Privatsektors durch die Zivilgesellschaft"**, eine Vernetzung von "Gemeindekooperativen, Privatunternehmen und staatliche Unternehmen, die Multinationale Konzerne ausschließt", **Exportabhängigkeiten reduziert** und **Binnenmärkte** stärkt. Bello plädiert auch nicht für die Abschaffung von WTO und anderen Bretton-Woods-Institutionen, sondern für die Neudefinition ihrer Aufgaben, weg von MNK-gesteuerten Handlungskompetenzen hin zu reinen Beobachtungs- und Forschungsaufgaben mit dem Ziel, den Handlungsspielraum regionaler und sektoraler Organisationen wie UNC-TAD und ILO zu erweitern und die **plurale Welt** zu stärken. "De-Globalisierung als Strategie für eine andere Welt" ist nicht weniger utopisch als der globale Keynesianismus, aber auch nicht weniger realistisch. Denkbar wäre tatsächlich, den Umweg zu einer globalen Nachhaltigkeit über eine globale ökosoziale Marktwirtschaft mit allen seinen negativen Nebeneffekten um Jahrzehnte direkt durch De-Globalisierung **abzukürzen**. Bello ist jedenfalls optimistisch und weist auf vorhandene Ansätze dazu hin, die weiter entwickelt werden müssten. Dabei konzentriert er sich auf konkret nachvollziehbare und politisch um so wirkungsvollere Schritte zum Abbau von Machtungleichheiten und zentralistischen Strukturen und zur Stärkung von Chancengleichheit und Autonomie, die Allianzbildungen gegen die neoliberale Strategie der nimmer satt werdenden reichen Haie fördern. Genau in der Kombination von Anschlussfähigkeit an die Gegenwart und einer am Menschen orientierten Zukunft steckt auch die Stärke von Bellos Konzept von De-Globalisierung, das im Unterschied zu scheinradikalen Forderungen nach Abschaffung des Kapitalismus durchaus **System sprengende Kraft** besitzt.

Bellos De-Globalisierung ist **eine Strategie des Südens**, um die Bedrohung aus dem Norden abzuwehren, sie ist aber - wie Bello betont - auch für den Norden relevant. Dazu äußert sich Bello getreu seinem Theorie-Praxis-Ethos jedoch nicht. In der Tat obliegt es den Globalisierungskritikern des Nordens, sich über die konkreten Schritte dazu Gedanken zu machen. Hier müsste die **Unterordnung des Kapitalismus unter die Gesellschaft** - im Unterschied zum Süden- vom Systemfundament her in Gang gebracht werden. Die Neuverteilung der Arbeit durch **radikale Arbeitszeitverkürzung** - zumal angesichts der steigenden Massenarbeitslosigkeit - im Norden und Austausch eines Teils der Erwerbsarbeit gegen mehr Freiheit und Lebensqualität ist einer der wirkungsmächtigsten Schritte zur Rückgewinnung menschlicher Autonomie und sukzessiver Zurückdrängung des Primats von scheinbarer Rationalität ökonomischer Normen, zu einer Art De-Globalisierung von innen heraus.

Walden Bellos Buch in deutscher Sprache kommt insofern zur rechten Zeit und wird eine hierzulande längst fällige Gesellschaftsdebatte hoffentlich auch beleben. Damit erwarben sich Oliver Nachtwey und Peter Strotmann als Herausgeber von Bellos Essaysammlung und einer lesenswerten Einführung einen besonderen Verdienst.

Erschienen in FREITAG 28. März 2005

Walden Bello, 2005: De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg (VSA-Verlag), 164 S., 14,80 €

Erklärung des Attac-Koordinierungskreises

Zur Rolle von Attac im Bundestagswahlkampf 2005

31.5.2005

Attac ist ein außerparlamentarisches Netzwerk - und das aus gutem Grund. Zum einen wird die Dominanz des Neoliberalismus auf Dauer nur zu brechen sein, wenn verschiedene emanzipatorische Strömungen und Gruppen in unserer Gesellschaft ihre Sichtweisen solidarisch zusammentragen und ihre Gemeinsamkeiten entwickeln. Eine kooperative Zusammenarbeit lässt sich aber mit der Konkurrenzlogik von Parteipolitik nur schwer vereinbaren. Zum anderen zeigt die Erfahrung, dass sich gesellschaftlicher Wandel nur über eine Veränderung der herrschenden Diskurse erreichen lässt. Parlamentarische Politik allein kann dies ohne Unterstützung einer breiten sozialen Bewegung nicht leisten.

Dies bedeutet nicht, dass es gleichgültig ist, wie die Parteienlandschaft aussieht, wie die parlamentarische Opposition agiert und wer die Regierung stellt. Parteien und Parlament haben einen großen Einfluss auf das Meinungsklima und die gesellschafts-politischen Kräfteverhältnisse. Die neoliberale Allparteienkoalition im Bundestag war einer der Hauptgründe dafür, dass die Agenda 2010 bisher rücksichtslos durchgezogen werden konnte. Wenn im Parlament emanzipatorische Positionen artikuliert werden, dann nützt dies auch sozialen Bewegungen.

Das Verhältnis von Attac zur parlamentarischen Politik

Es stellt sich die Frage, wie Attac sich zu einzelnen Personen, Parteien und Fraktionen in den Parlamenten verhält. Insbesondere zu der Frage, ob und was bei der kommenden Bundestagswahl gewählt werden soll, gibt es bei Attac **unterschiedliche Auffassungen**, die sich teils ergänzen, teils widersprechen. Im Einzelnen sind dies:

- **Wir brauchen eine starke parlamentarische Kraft**
Um den Einfluss von Parteien und Parlamenten zu nutzen, brauchen wir auch eine starke parlamentarische Kraft, die die Interessen der globalisierungskritischen Bewegung und anderer sozialer Bewegungen vertritt. Wir fordern daher all jene auf, die sich für eine emanzipatorische Politik im Bundestag engagieren, verantwortlich gegenüber den Gesamtinteressen emanzipatorischer Politik zu handeln.
- **AnsprechpartnerInnen in Parteien können hilfreich sein.** Um den Druck in Richtung des notwendigen Politikwechsels zu erhöhen, können uns zwar parlamentarische AnsprechpartnerInnen, nicht aber die besondere Nähe zu einzelnen Parteien hilfreich sein. Wir begrüßen es daher, wenn in verschiedenen Parteien und Fraktionen Menschen unseren Positionen nahe stehen.

- **Die Arbeit in Parteien schwächt die Bewegung**
Da aufgrund der Kräfteverhältnisse im öffentlichen Diskurs derzeit die Chancen für eine wirklich emanzipatorische Politik in den Parlamenten minimal sind, halten wir die Arbeit in Parteien und Parlamenten zumindest derzeit für eine schädliche Schwächung der Bewegung. Unter anderem weckt sie möglicherweise Hoffnungen auf eine rasche Änderung der Verhältnisse, die nicht zu erwarten ist.

Attac wird daher **weder** eine Wahlempfehlung abgeben **noch** die Kandidatur von Einzelpersonen unterstützen. Wenn Personen, die Attac-Mitglieder sind, für Wahlen zum Bundestag kandidieren, so müssen sie jeden Eindruck vermeiden, dies im Auftrag von Attac zu tun. Erwecken sie hingegen diesen Eindruck, so wird Attac diesem Eindruck öffentlich entgegnet werden müssen.

Attac im Wahlkampf 2005

Attac als außerparlamentarisches Netzwerk sieht seine Aufgabe im Wahlkampf darin, durch Aktionen, Expertisen und Bildungsarbeit **auf den öffentlichen Diskurs Einfluss** zu nehmen. Wir müssen die richtigen, die entscheidenden Fragen stellen. Diese unterscheiden sich grundlegend von dem, was die VertreterInnen neoliberaler Politik als entscheidend ausgeben. Es muss verhindert werden, dass die öffentliche Auseinandersetzung an den **wahren Problemen der Welt** vorbei geführt wird und ihre **tatsächlichen Ursachen** nicht thematisiert werden. Nur so können wir erfolgreich Druck auf Politik und Wirtschaft ausüben.

Aus diesem Grund rufen wir alle Attac-Gruppen dazu auf, **in den Wahlkampf durch Aktionen und Bildungsarbeit einzugreifen und bohrende Fragen** nach sozialen Rechten, Demokratie, Ökologie und globaler Gerechtigkeit, nach Tobin- und Solidarischer Einfachsteuer, Hartz IV und WTO-Verhandlungen zu stellen. Wir wollen den PolitikerInnen deutlich machen, dass sie auch nach der Wahl mit uns rechnen müssen.

Um den Forderungen nach einem dringend notwendigen Politikwechsel Nachdruck zu verleihen, werden wir Initiativen zur Bildung eines **Bündnisses für globale Gerechtigkeit und gegen Neoliberalismus** unterstützen. Schon im Wahlkampf muss den KandidatInnen Druck gemacht werden, der sich nach der Wahl mit Richtung auf die neue Regierung fortsetzen wird. Das Sozialforum in Erfurt wäre ein geeigneter Ort, über solche Aktivitäten zu diskutieren und im Anschluss mit anderen sozialen Bewegungen, Organisationen und Netzwerken konkrete Aktionen vorzubereiten.

21.7. - 24.7. Deutsches Sozialforum in Erfurt <http://sozialforum2005.de/>

26.7.- 28.7. "Generalrat der Menschen dieser Welt" in Genf
während dem Treffen des WTO-Generalrats http://www.schweiz.attac.org/article.php3?id_article=614

Attac Sommerakademien

Österreich: 13.7.-17.7. in Ebensee <http://www.attac.at/1506.html>

Deutschland: 9.8.-14.8. in Göttingen <http://www.attac.de/sommerakademie2005/>

Schweiz: 15.9.-18.9. in Les Rasses http://www.schweiz.attac.org/rubrique.php3?id_rubrique=120